



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

JUGEND STÄRKEN –

Neue Wege einer zukunftsorientierten Jugendpolitik

JUGEND
STÄRKEN

**Dokumentation der
Bundeskonzferenz
am 15.6.2009 im
Umweltforum Berlin**



Kinder und Jugend

Programm

Neue Wege einer zukunftsorientierten Jugendpolitik

Bundeskonferenz am 15. Juni 2009 in Berlin



| Zeit | Programm | Personen |
|----------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| ab 10.00 | Einlass, Frühstücksimbiss | |
| 11.00 | Begrüßung | Moderatorin |
| 11.05 | Grußwort | Dr. Hermann Kues, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) |
| 11.20 | Keynote: „Verloren und vergessen? Jugend als Spiegel der Gesellschaft“ | Dr. Warnfried Dettling, Publizist |
| 11.40 | Hip-Hop-Performance | Streetdance Connection vom Reuterplatz, Berlin-Neukölln |
| 11.50 | Podiumsdiskussion: „Neue Wege in der Politik für benachteiligte junge Menschen und Jugendliche mit Migrationshintergrund“ | Dr. Hermann Kues (BMFSFJ) Prof. Dr. Georg Cremer, Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes Prof. Dr. Ludger Wößmann, ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V. an der Universität München Ingelore Rosenkötter, Senatorin für Arbeit, Frauen, Jugend und Soziales der Freien Hansestadt Bremen Holger Schwannecke, designierter Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) |
| 12.50 | Vorstellung der Initiative JUGEND STÄRKEN | Dr. Martin Neubauer, BMFSFJ |
| 13.00 | Mittagsimbiss, Präsentation der Initiative JUGEND STÄRKEN | |
| 14.00 | Musikalisches Intermezzo | Musikband „Rainbow“ aus Pirmasens |
| 14.10 | Koreferat: „Ausgegrenzt und abgehängt? Chancen eröffnen in Schule, Übergangssystem und Ausbildung“ | Prof. Dr. Gerhard Christe, Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (IAJ), Oldenburg Heiner Brülle, Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden |
| 15.00 | Podiumsdiskussion: „Zielgruppen und Ansätze vor Ort“ | Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, Direktor des Deutschen Jugendinstitutes (DJI) Beatrix Geisen, Jugendmigrationsdienst (JMD) Lippstadt-Soest Hans-Jürgen Brackmann, Generalsekretär der Stiftung der Deutschen Wirtschaft (sdw) Aleksander Dzembritzki, Rektor der Rütli-Schule Berlin-Neukölln |
| 16.00 | Schlusswort | Dr. Martin Neubauer, BMFSFJ |
| 16.05 | Verabschiedung | Moderatorin |
| 16.10 | Musikalisches Intermezzo | Musikband „Rainbow“ aus Pirmasens |
| 16.20 | Ende der Veranstaltung | Moderatorin: Ferdos Forudastan, Deutschlandfunk |

Inhalt

| Programmpunkt | Personen | Seite |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| Grußwort | Dr. Hermann Kues, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend | 4 |
| Keynote: „Verloren und vergessen? Jugend als Spiegel der Gesellschaft“ | Dr. Warnfried Dettling, Publizist | 8 |
| Podiumsdiskussion: „Neue Wege in der Politik für benachteiligte junge Menschen und Jugendliche mit Migrationshintergrund“ Publikumsbeteiligung | Dr. Hermann Kues Prof. Dr. Georg Cremer, Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes Prof. Dr. Ludger Wößmann, ifo Institut für Wirt- schaftsforschung, München Ingelore Rosenkötter, Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales der Freien Hansestadt Bremen Holger Schwannecke, designerter General- sekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) | 13 |
| Vorstellung der Initiative JUGEND STÄRKEN | Dr. Martin Neubauer, Referatsleiter im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend | 33 |
| Impulsreferat: „Ausgegrenzt und abgehängt? Chancen eröffnen in Schule, Übergangssystem und Ausbildung“ | Prof. Dr. Gerhard Christe, Institut für Arbeits- marktforschung und Jugendberufshilfe (IAJ), Oldenburg Heiner Brülle, Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden PowerPoint-Präsentation zum Impulsreferat „Ausgegrenzt und abgehängt? Chancen eröff- nen in Schule, Übergangssystem und Ausbil- dung“ | 35 |
| Podiumsdiskussion: „Anforderungen an die Integration der Zielgruppen und Ansätze vor Ort“ Publikumsbeteiligung | Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, Direktor des Deutschen Jugendinstitutes (DJI) Beatrix Geisen, Jugendmigrationsdienst (JMD) Lippstadt-Soest Hans-Jürgen Brackmann, Generalsekretär der Stiftung der Deutschen Wirtschaft (sdw) Aleksander Dzembitzki, Rektor der Rütli- Schule Berlin-Neukölln | 75 |
| | Teilnehmerliste | 97 |
| | Referentinnen und Referenten | 106 |
| | Moderatorin: Ferdos Forudastan, Deutschlandfunk | |

Dr. Hermann Kues, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Grußwort

Sehr geehrte Frau Forudastan, liebe Damen und Herren,



ich freue mich, Sie alle so zahlreich auf unserer Bundeskonferenz im Umweltforum begrüßen zu dürfen. Zwei Stichworte möchte ich gern zu Beginn aufgreifen: das Stichwort Wirtschaftskrise und das Stichwort Perspektiven für Jugendliche. Gibt es hier einen Zusammenhang? Wie können wir Rahmenbedingungen schaffen, sodass Jugendliche auch in Zeiten von Finanz- und Wirtschaftskrise eine faire Chance erhalten, dass sie eine Zukunft haben und für sich selbst eine Zukunft sehen? Das ist das Thema, das uns heute hier zusammengeführt hat.

Es gilt

- | die Stärken unserer Jugend zu aktivieren,
- | neue Wege in der Politik für die Zukunft unserer Jugend zu gehen und
- | neue Herangehensweisen für eine Politik zu finden, die sich intensiver und konzentrierter als bisher mit benachteiligten jungen Menschen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund auseinandersetzt.

Im Blick der heutigen Veranstaltung stehen die Jugendlichen, die aus ganz unterschiedlichen Gründen am Rande unserer Gesellschaft stehen.

Mir ist an dieser Stelle erst einmal wichtig zu unterscheiden, von wem wir sprechen und mit wem wir es zu tun haben. Wir können und sollen nicht alle jungen Menschen, die auf Anrieb nicht auf dem Ausbildungsmarkt unterkommen, per se als benachteiligt bezeichnen. Es gibt Jugendliche, die – nicht nur vor dem Hintergrund der angespannten Wirtschaftslage – sehr schlechte Bildungschancen haben. Bei diesen jungen Menschen kommen oft mehrere Faktoren zusammen, warum ihre Chancen schlechter sind. Dies kann an ihrem sozialen Umfeld, etwa fehlender Präsenz und Rückhalt der Eltern, oder auch einer generellen Verweigerungshaltung in einer entscheidenden Entwicklungsphase liegen.

Junge Migrantinnen und Migranten werden oftmals nur wegen ihres Migrationshintergrunds zu der Gruppe der benachteiligten Jugendlichen gezählt. Dies ist so nicht richtig; hier müssen wir differenzieren. Migrant oder Migrantin zu sein ist nicht gleichbedeutend mit Benachteiligung, sondern es kommt im Einzelnen auf die Lebensumstände dieser jungen Menschen an. Manche Migranten-Jugendliche brauchen zum Beispiel nur einen kleinen Anschub zur Verbesserung ihrer Deutschkenntnisse, andere brauchen intensivere Unterstützung.

Aus diesem Grund reichen Programme von der Stange für unsere Zielgruppen nicht aus. Wir müssen passgenaue Hilfen entwickeln. Für junge Menschen, die bereits mehrfach im System gescheitert sind und drohen ganz verloren zu gehen, ist daher eine andere Form der Begleitung erforderlich als bei jungen Migrantinnen und Migranten, die Unterstützung im Umgang mit deutschen Behörden brauchen. Dies schließt allerdings im Einzelfall nicht aus, dass auch ein junger Migrant aufgrund seiner komplexen Problemlage benachteiligt ist und intensiver unterstützt werden muss.

Diese Sachlage zeigt, dass wir auch auf Bundesebene unsere Aktivitäten zur sozialen, schulischen und beruflichen Integration junger Menschen in der Initiative JUGEND STÄRKEN stärker als bisher aufeinander abstimmen müssen.

Bewährte Programme wie

- „Schulverweigerung – Die 2. Chance“,
- die Kompetenzagenturen und
- Jugendmigrationsdienste sowie
- „STÄRKEN vor Ort – Lokales Kapital für soziale Zwecke“



haben wir jetzt mit unserer Initiative gebündelt und verstärkt.

Wir wissen: Für eine erfolgreiche soziale und berufliche Integration von jungen Menschen kommt der Bildung eine Schlüsselfunktion zu. Je besser der Bildungsstand von jungen Menschen, desto besser finden sie ihren Weg in Beruf und Gesellschaft. Ein fehlender oder schlechter Schulabschluss und fehlende Ausbildung stellen bei Jugendlichen die Hauptursachen für Arbeitslosigkeit, spätere Langzeitarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit dar.

Jeder junge Mensch muss in unserer Gesellschaft eine Chance bekommen, unabhängig von seiner sozialen Herkunft. Wir müssen diese Chance vor allem jungen Menschen aus Familien geben, in denen Bildung keinen hohen Stellenwert hat. Mir kann niemand plausibel erklären, dass diese jungen Menschen weniger begabt sind als der Durchschnitt der Gleichaltrigen. Es fehlt ihnen jedoch oft an gezielten, auf ihre individuellen Bedürfnisse und Lebenssituationen zugeschnittenen Angeboten. Aber das allein reicht nicht: Häufig müssen sie einfach nur langfristig durch feste Ansprechpartner begleitet werden.

Begleitung ist vor allem an den sogenannten Übergängen erforderlich, denn diese Übergänge sind wichtige Weichenstellungen im Leben junger Menschen. Wenn hier der falsche Weg eingeschlagen wird, drohen sogenannte Förderkarrieren, Entmutigung und Ausgrenzung. Von den vielen Übergängen, die es gibt, ist heute unser Thema: der entscheidende Übergang nach der Schule für junge Menschen, die es eher schwer auf dem Arbeitsmarkt haben. Entweder es klappt mit der Ausbildung oder sie landen in den verschiedenen Maßnahmen des Übergangssystems oder sie kommen nirgends an und können nur mit gezielten Hilfen wieder aufgesucht und motiviert werden.

Oft fehlen an diesen Übergängen Hilfen aus einer Hand, Hilfen, die die Jugendlichen über den Tellerrand der verschiedenen Hilfesysteme – Bildung und Berufsbildung, Arbeitsmarktförderung und Jugendhilfe – hinweg zuverlässig in einer ohnehin schwierigen Lebensphase lotsen und begleiten. Und meist sind nach wiederholten Niederlagen, Abbrüchen und

Ausgrenzungen ganz spezielle, unterschiedliche und individuelle Ansätze einer aufsuchenden, motivierenden und aktivierenden Jugendhilfe erforderlich.

Die aktuellen Statistiken zeigen: Im Jahr 2007 haben immer noch mehr als 70.000 Jugendliche die Schulen ohne Abschluss verlassen. Das sind ca. 7,5 Prozent. Bei ausländischen Jugendlichen liegt diese Quote mehr als doppelt so hoch. Jugendliche ohne Schulabschluss oder mit einem Hauptschulabschluss haben wesentlich geringere Chancen, einen Ausbildungsplatz zu bekommen als Jugendliche mit mittlerem oder höherem Schulabschluss. Ausländische Jugendliche sind auch in Bezug auf die Beteiligung an Ausbildung gegenüber deutschen Gleichaltrigen massiv benachteiligt.

Im letzten Jahr waren immer noch 7 Prozent aller Jugendlichen unter 25 Jahren arbeitslos. Die Zahl ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Die Finanzkrise stellt uns nun vor zusätzliche Herausforderungen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in den ersten Monaten dieses Jahres wieder deutlich gestiegen.

So wie auch wir festgestellt haben, dass vom konjunkturellen Aufschwung nicht alle gleichermaßen profitiert haben, laufen verstärkt in Zeiten einer Wirtschaftskrise junge Menschen mit schlechteren Startchancen Gefahr, abgehängt zu werden.

Um die Bildungschancen gerade für benachteiligte Jugendliche und Jugendliche mit Migrationshintergrund zu verbessern, hat sich die Bundesregierung bis zum Jahr 2015 zusammen mit den Ländern auf dem Bildungsgipfel in Dresden ehrgeizige Ziele gesetzt:

- die Zahl der Schulabbrecher auf 4 Prozent zu senken und
- die Zahl der Jugendlichen ohne Berufsausbildung von 17 auf 8,5 Prozent zu halbieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, neue Wege und Herangehensweisen zur Integration von jungen Menschen mit schlechteren Startchancen zu entwickeln und zu erproben, ist ein zentraler Bestandteil der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung und ein zentraler Kern der Jugendpolitik meines Hauses.

Genau hier setzt die Initiative JUGEND STÄRKEN mit ihren Programmen an:

- Die ca. 200 Schulverweigerungsprojekte reintegrieren „harte“ Schulverweigerer, deren Schulabschluss gefährdet ist, zurück in die Schulen.
- Die ca. 200 Kompetenzagenturen geben Jugendlichen neue Hoffnung, die nach der Schule auf dem Weg in die Ausbildung „verloren gegangen“ sind.
- Die ca. 400 Jugendmigrationsdienste begleiten Jugendliche mit Migrationshintergrund fachkundig während der Integrationskurse des Bundesamtes und weiter auf ihrem Weg in den Beruf.
- Die Mikroprojekte in „STÄRKEN vor Ort – Lokales Kapital für soziale Zwecke“ bieten ganz niedrighschwellige Angebote in 264 Fördergebieten, das heißt in den Sozialräumen, in denen die jungen Menschen leben.

An bundesweit insgesamt mehr als 1.000 Standorten ist so inzwischen ein flächendeckendes Netz an Angeboten und Strukturen für benachteiligte Jugendliche und Jugendliche mit Migrationshintergrund entstanden.

Wir wollen die Bundeskonferenz als Auftakt, als Start für unsere Initiative JUGEND STÄRKEN nutzen. Unter dem Dach der Initiative JUGEND STÄRKEN haben wir diese vier Programme fachlich geschärft und als jugendpolitische Programme neu ausgerichtet:

- | Wir haben sie stärker auf die besonders benachteiligten und nur noch schwer erreichbaren jungen Menschen zugeschnitten und aufsuchende und strukturbildende Ansätze gestärkt.
- | Wir haben gemeinsame Methoden und Instrumente eingeführt, wie zum Beispiel das Case Management.
- | Und wir zielen auf eine bessere Abstimmung und Anschlussfähigkeit zwischen den Programmen und damit die Erhöhung ihrer Passgenauigkeit und Wirksamkeit. Hier wird es in Zukunft noch viel zu tun geben.

Darüber hinaus haben wir die Programme zum Teil erheblich ausgebaut und aufgestockt. Für die vier Bausteine der Initiative JUGEND STÄRKEN werden in den Jahren **2009 bis 2011** zusammen mit den ESF-Mitteln **367 Millionen Euro** aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt. Mit der vorwiegend kommunalen Kofinanzierung verfügt die Initiative bis 2011 damit über **mehr als eine halbe Milliarde Euro**.

Den Programmen unserer Initiative ist gemeinsam, dass sie Jugendliche aufsuchen, die zum Teil an den Rand der Gesellschaft geraten sind. Sie aktivieren diese jungen Menschen und bauen ihnen Brücken in die Zukunft.

Auf der heutigen Bundeskonferenz stellen wir Ihnen JUGEND STÄRKEN erstmals vor. Wir wollen die Initiative in der Öffentlichkeit auch durch ein neues Onlineportal **www.jugend-staerken.de** bekannt machen. Ich lade Sie alle herzlich ein, in der Mittagspause unsere kleine Präsentation der Initiative auf der Galerie zu besuchen.

Wir wollen aber auch die Länder und Kommunen in ihren Anstrengungen unterstützen und ihnen Impulse für neue Wege und Methoden in der Arbeit mit besonders benachteiligten jungen Menschen in der Schule und am Übergang in Ausbildung und Beruf geben.

Wir können es uns nicht leisten, einen Teil der jungen Menschen auf der „Verliererstraße“ zu belassen, sie einfach aufzugeben. Es gibt keine hoffnungslosen Fälle! Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um Jugendlichen wieder eine Perspektive zu geben und sie nicht ins soziale Abseits abrutschen zu lassen.

Ich wünsche uns und Ihnen hier beim Kongress viele interessante Anregungen für die Diskussion einer zukunftsorientierten Jugendpolitik und der Integrationspraxis vor Ort. Ich wünsche Ihnen Mut, Motivation und Kraft, sich auch weiterhin für unsere wichtige Aufgabe einzusetzen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Dr. Warnfried Dettling, Publizist

Keynote: „Verloren und vergessen? Jugend als Spiegel der Gesellschaft“



Sehr geehrter Herr Staatssekretär, sehr geehrte Frau Forudastan, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe nicht viel Zeit zu reden. Deshalb mache ich es in der gewohnten Kürze und Zuspitzung. Meine These ist eigentlich ganz einfach die, dass wir bei meinem Thema „Jugend – verloren und vergessen?“ das Fragezeichen gleich weglassen können, wenn es uns nicht gelingt, in einer großen gesamtgesellschaftlichen Anstrengung die Jugend wirklich zu einem Thema der ganzen Gesellschaft und der zukünftigen Entwicklung unseres Landes zu machen. Ich denke, das bedarf einer ähnlichen Anstrengung, eines Perspektivenwechsels, wie er ja diesem Hause bereits einmal gelungen ist. Sie haben es geschafft, die Familien neu auf die Agenda der Politik zu setzen. Das BMFSFJ hat erreicht, dass heute ganz anders über Familie gesprochen wird, als das in der Vergangenheit der Fall war. Der Grund dafür ist, dass Familie als Thema der Gesellschaft, der Wirtschaft, der demografischen Entwicklung konzeptualisiert worden ist.

Der Oberbürgermeister von Stuttgart, Dr. Wolfgang Schuster, hat mir einmal voller Anerkennung gesagt: „Ich bewundere Frau von der Leyen außerordentlich für ihren Erfolg; für ihren Erfolg auf einem Gebiet, für das sie eigentlich gar nicht zuständig ist. Sie hat viel erreicht, zum Beispiel bei Kindergärten und anderen Bereichen, die an sich nicht Sache des Bundes sind.“

Die Frage ist, ob und wie es uns gelingen kann, Jugend insgesamt zu einem Thema für die Entwicklung der Gesellschaft zu machen, denn nur in diesem Rahmen wird es möglich sein, auch ganz besondere Gruppen gebührend zu berücksichtigen und zu stärken.

JUGEND STÄRKEN hat eine doppelte Stoßrichtung: Einmal natürlich, die konkreten Jugendlichen zu stärken, damit sie ein gelingendes Leben führen können und dann zum anderen, Jugend überhaupt als das entscheidende Kapital in der Gesellschaft zu thematisieren. Jugend ist das Kapital, das uns im Grunde alle angeht, und von dem die Zukunft der Gesellschaft abhängen wird. Ich halte es für völlig illusorisch, in der einen Hinsicht auf Dauer bei konkreten, gar benachteiligten Jugendlichen weiterzukommen, wenn es uns auf der anderen Seite nicht gelingt, das Thema Jugend oder „Wohin geht unsere Gesellschaft?“ aus dem

toten Winkel der Politik zu holen. Deshalb möchte ich in den 15 Minuten, die mir zur Verfügung stehen, vier Punkte herausgreifen.

Der erste Punkt beschreibt eine schwarze Utopie. Er zeigt, wohin die Reise geht, wenn nichts geschieht, wenn wir die Dinge einfach laufen lassen. Es gibt nämlich zwei gesellschaftliche Trends, die dafür verantwortlich sind, den Stellenwert der Jugend und auch der Jugendpolitik auf Dauer zu relativieren. Das ist einmal, ohne jeden Zweifel, die demografische Entwicklung. Jugend wird knapp, ein knappes Gut, doch das macht sie im demografischen Prozess, im Wahlprozess nicht unbedingt wertvoller. Die Jungen werden weniger, die Alten entscheiden die Wahl. Das können Sie auch in diesem Wahlkampf ja mit Händen greifen. Das ist der erste Punkt. Die demografische Entwicklung läuft auf eine Marginalisierung der Jugend und der Jugendpolitik hinaus, wenn wir nicht in einer großen Kraftanstrengung dagegenhalten.

Der andere Trend ist nicht so offensichtlich. Er wird von unseren organisierten Sozialkonzernen fasst systematisch verdeckt. Das ist, was ich die schleichende Entsolidarisierung der Gesellschaft nenne. Damit meine ich nicht ein quantitatives Problem, ein paar Euro rauf oder runter bei Hartz IV. Ich meine damit ein qualitatives Problem, das drohende Auseinanderbrechen der Gesellschaft, den Exodus ganzer Gruppen aus der Gesellschaft, die sich um den Rest der Gesellschaft nicht mehr kümmern. Ich meine den Exodus derer, die da oben sind, die Gewinner der Entwicklung, die in globalen Zusammenhängen denken und handeln. Sie brauchen die Solidarität der Gesellschaft nicht, um ihre Geschäfte zu machen. Aber diese Selbstausgrenzung gibt es nicht nur oben in der Gesellschaft. Diese Selbstausgrenzung gibt es auch unten in der Gesellschaft, bei den Transferempfängern, die vom Rest der Gesellschaft nichts anderes mehr erwarten als möglichst hohe Transferzahlungen und die auch nichts mehr beitragen wollen. Es gibt also oben wie unten so etwas wie eine Selbstausgrenzung ganzer Gruppen, die keine Rücksicht mehr nehmen auf die Solidarität des Ganzen. Das ist eine außerordentlich gefährliche Entwicklung. Das ist die eigentliche Lunte an den Wurzeln der gesellschaftlichen Solidarität. Das ist gravierender als quantitative Veränderungen, als ein paar Euro mehr oder weniger.

Die These, die ich in diesem Zusammenhang sehr hart formuliere, bezieht sich auf Rücksicht auf Minderheiten, auf Solidarität mit Benachteiligten. Egal, wer das ist. Ich habe immer Probleme, sie zu benennen. Man sagt Benachteiligte und schließt Ausländer ein. Natürlich ist das auf eine Weise richtig. Früher hat man Frauen dazugerechnet und später Alte.

Die Grundthese lautet: Rücksicht auf Benachteiligte ist nur im Rahmen einer inkludierenden Mehrheitsgesellschaft möglich. Das heißt, wenn die Mehrheitsgesellschaft insgesamt keine Kultur der Integration und kein Gefühl für soziale Zusammengehörigkeit entwickelt, dann wird auf Dauer auch die Rücksicht, die Solidarität mit den Schwachen nur sehr schwer möglich sein. Das hat weitreichende Folgen für Ihr ganz konkretes Thema, das wir heute diskutieren. Entweder haben wir insgesamt eine Kultur der Integration – das ist mein erster Punkt – oder aber es ist schwierig, Solidarität mit denen zu üben, die sie am nötigsten brauchen. Dieser erste Punkt ist gewissermaßen die schwarze Utopie, die eintritt, wenn nichts geschieht, wenn wir die Dinge laufen lassen. Das wäre der Naturprozess der gesellschaftlichen Entwicklung.

Wenn wir, das ist der zweite Punkt, zu einer großen politischen, gesamtgesellschaftlichen und kulturellen Anstrengung fähig sind, dann kann man in der Tat diese gleichen Tendenzen gegen den Strom lesen und kann gerade in diesen Tendenzen ein großes Plädoyer für eine zukunftsorientierte Jugendpolitik und Gesellschaftspolitik bündeln und formulieren. Das ist also die zweite These. Aber das setzt eine große Leistung voraus, das setzt einen Perspektivenwechsel in der Politik voraus.

Wenn Jugend ein knappes Gut wird, dann muss man natürlich jeden Einzelnen so gut fördern und entwickeln, wie es nur irgendwie geht, ihn so gut befähigen, wie es überhaupt nur möglich ist. Man muss die Potenziale dort freisetzen, wo sie gegenwärtig noch im großen Stil brachliegen. Und da kommen wir zu den Gruppen, die Sie ansprechen. Das sind die Migranten, das sind Benachteiligte und das ist dann noch eine Gruppe, die in beiden enthalten ist, aber meist vergessen wird: Das sind natürlich die jungen Menschen, die abgehängt sind vom Bildungsmarkt, abgehängt vom Arbeitsmarkt und abgehängt vom Beziehungsmarkt, vom Heiratsmarkt. Sie bilden einen sozialen Zeitzünder ersten Ranges, sodass man sich wundern kann, dass überhaupt noch alles so ruhig ist.

Der Punkt ist also der, dass, gerade weil Jugend ein knappes Gut ist, wir es uns im gesamtgesellschaftlichen Interesse nicht mehr leisten können, uns den Benachteiligten oder den Migranten nur aus Barmherzigkeit und aus Güte zuzuwenden. Es handelt sich vielmehr um ein zentrales gesamtgesellschaftliches Problem.

Meine Generation hat immer im Überfluss gelebt. Es gab von allem genug, es gab vor allem Jugendliche im Überfluss und da kommt es zynisch formuliert nicht so genau darauf an, ob man noch ein paar Benachteiligte fördert oder ob man sich ihnen wie auch immer geartet liebevoll zuwendet. Das ist eine andere Sache. Aber wenn wir jetzt nicht aus allen das Beste machen, dann stehen in der Tat die Zukunft und der Erfolg der Entwicklung der Bundesrepublik auf dem Spiel.

Und wenn der Erfolg, auch der wirtschaftliche Erfolg, der Bundesrepublik auf dem Spiel steht, weil wir die Potenziale nicht optimal fördern, dann kann es durchaus sein, dass eines Tages auch die Erfolgreichen, die Leistungsstarken einfach woanders hingehen.

Die angelsächsischen Länder, von Australien, Neuseeland bis Kanada und USA, haben eine derartige Nachfrage nach qualifizierten Kräften. Frank Schirrmacher hat einmal ausgerechnet, dass praktisch die gesamte Zahl der hier pro Jahr Geborenen auswandern könnte. Das heißt, es geht um die Zukunft, es geht darum, dass man die Potenziale ausschöpft, es geht darum, dass das Land erfolgreich wird. Und das bedeutet, dass zum ersten Mal die optimale Bildung aller zu einer Schicksalsfrage der ganzen Gesellschaft wird. Das ist der entscheidende Punkt. Darauf will ich hinaus. Man darf das Feld der Jugendpolitik nicht weiter als Randthema beackern. Es darf kein Sonderthema mit Sondermaßnahmen, auch wenn die alle sein müssen, bleiben. Dieses Thema, das wir alle als Randthema gelernt haben, muss in die Mitte der Gesellschaft kommen, weil es zentral für ihre Entwicklung ist.

Was folgt daraus? Das ist der dritte Punkt: Im Interesse der Benachteiligten, aber vor allem auch im Interesse aller, folgt daraus natürlich, dass man die Regelinstitutionen auf den Prüfstand stellen muss. Das muss sein, damit Benachteiligungen von Anfang an gar nicht erst entstehen bzw. wenn sie entstehen, frühzeitig kompensiert werden. Man darf nicht erst hinterher beim Übergang in den Beruf ansetzen, sondern muss früher aktiv werden, wenn Kinder dem Kindergarten fernbleiben, wenn sie die Schule abbrechen oder wenn ihnen soziale Kompetenzen fehlen.

Das bedeutet natürlich, dass man alles auf den Prüfstand stellt, von Kindertagesstätten über Schulen und Schulsystem bis hin zu Wohlfahrtsverbänden. Was wir zu einem wirklich öffentlichen Thema machen müssen, ist das doppelte Bildungsversagen in unserer Gesellschaft. Mit doppeltem Bildungsversagen meine ich nicht nur das Bildungsversagen konkreter Gruppen, dazu hat der Staatssekretär Zahlen genannt, sondern ich meine auch das Bildungsversagen in Politik und Gesellschaft. Wie kommt es eigentlich, dass das Bildungsthema im Sinne von Befähigung und Förderung junger Menschen nicht ein nationales Topthema ist? Trotz des nationalen Bildungsgipfels, der gut und richtig war, ist es irgendwie ein Thema, das so dahindümpelt.

Vielleicht sollten wir überlegen, den Fokus einer neu zu beginnenden öffentlichen Debatte über Bildungsfragen auf zwei Brennpunkte zu legen, wie bei einer Ellipse. Einmal gibt es den normalen Weg der Bildung, den Bildungszug von Kindergarten, Schule, Abitur, Ausbildung usw. Das ist das eine, es sind die Königsalleen in der Bildung. Das andere und gleichwertig zu sehende, sind gewissermaßen die Zufahrtsstraßen zu diesem normalen Bildungsweg. Sie sollten die gleiche Bedeutung haben wie die Königsalleen und alle Leute auf diesen normalen Weg bringen, wo sie sonst nur noch die Rücklichter des Bildungszuges sehen. Mein Plädoyer geht also im Grunde dahin, diese Zugangswege zur normalen Bildung zu einem öffentlichen Thema zu machen.

Das war übrigens ein Vorschlag der Zukunftskommission des Landes Nordrhein-Westfalen und dort vor allem des Vorsitzenden Ralf Dahrendorf. Wir brauchen also Zufahrtswege, die jene anstoßen, die sonst im Dunkeln bleiben, die sonst nicht mitkommen und später aufwendig, und es ist auch richtig, mit teuren Programmen betreut werden. Ihnen kann man mit Zufahrtswegen helfen.

Damit komme ich zum vierten Punkt und langsam zum Ende: Der systematische Ort, über den Sie heute diskutieren, ist der, an dem wir die einzelnen Aktivitäten zusammenführen. Was kann man da an Maximen, an Leitbildern finden? Ich kann in 15 Minuten nicht auf alles im Einzelnen eingehen. Es ist auch gar nicht nötig, weil hier sehr viel Kompetentere sind. Ich denke, dass es aber ein Leitbild geben kann und muss, dass diese verschiedenen Zugänge und Programme, so heterogen sie sind, zusammenhält. Dazu sind wiederum vier Aspekte entscheidend, die ich nur in Schlagworten ansprechen will.

Der erste Punkt ist der idealistische Vorgriff. Auch wenn es bei Benachteiligten und bei hoffnungslosen Fällen manchmal schwerfällt, müssen wir von Ressourcen und nicht von Defiziten ausgehen. Wir müssen daran glauben, dass jeder Mensch Fähigkeiten hat und

jeder Mensch bildungsfähig ist. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, auch wenn alles dagegen spricht: Ressourcenansatz, nicht Defizitansatz.

Der zweite Punkt: Wer Jugend stärken will, darf nicht nur Individuen stärken. Er muss den sozialen Zusammenhang, die Gemeinschaften stärken, in denen Jugendliche leben, das heißt die Schule, die Nachbarschaft, die Familie, den Verein usw. Also, zweitens: Gemeinschaften stärken, in denen Jugendliche leben.

Mein drittes Stichwort heißt Zivilgesellschaft. Die Jugend kann man nur dann erfolgreich stärken, wenn das Engagement nicht nur als Sondermaßnahme in Sonderinstitutionen erfolgt, sondern die gesamte Zivilgesellschaft einbezieht. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Es geht also darum, dass man Zivilgesellschaft mobilisiert, dass man ein lokales Bündnis aller relevanten Akteure auf die Beine bringt. Wir brauchen Bildungslotsen, Sozialpaten, Bündnisse sozialer Akteure und dergleichen mehr bei Problemen wie Schulabbrüchen und anderen Schwierigkeiten. Das bezieht von Polizei über Jugendamt, Gewerkschaften, Kirchen, Stadtviertel und Kommunen alle ein, die sagen: Wir nehmen es nicht hin, dass 20 Prozent unserer Jugendlichen die Schule ohne Abschluss verlassen.

Und nun der letzte Punkt: Ich glaube, man kann stolz sein auf die Professionalisierung der Sozialarbeit in Deutschland in den letzten Jahrzehnten. Das bedeutet aber nicht, dass man eine andere Dimension übersehen darf. Das ist das, was in Amerika Präsident Obama praktiziert hat und was andere Community Organizing nennen. Ich meine das systematische Organisieren von zivilgesellschaftlicher, nachbarschaftlicher Hilfe in einem Stadtteil. Das Mobilisieren der Zivilgesellschaft für Benachteiligte und Migranten will gelernt sein. Es will organisiert sein und hier wird meiner Meinung nach zu wenig Energie und zu wenig Geld investiert. Mit einem Begriff in einer schönen doppelten Bedeutung kann man das sagen: Enabling Community. Wir müssen also Gemeinschaften zivilgesellschaftlich befähigen, Benachteiligte, Migranten, Jugendliche dabei zu unterstützen, ihre Talente zu entwickeln. Das ist ein neues Konzept. Das macht nicht hilflos, was wir in den vielen Spezialprogrammen leisten, aber es soll einen gesellschaftlichen Aufbruch gewissermaßen von unten fördern.

Wenn es uns nicht gelingt, in der Gesellschaft Jugend neu zu thematisieren und auch gesellschaftliche Ressourcen anders zu mobilisieren, dann bleibt alles Bemühen und alle Anstrengung suboptimal. Davon bin ich überzeugt. Es wird keinen Erfolg haben und bei den gegenwärtigen gesellschaftlichen Tendenzen wäre es dann eine wirklich schwarze Utopie. Wir werden nicht viel erreichen bei der Integration Benachteiligter, Migranten und anderer, obwohl die Betreuungsindustrie wächst und gedeiht. Das wollen Sie vermutlich so nicht und deshalb habe ich diese beiden Aspekte – Jugend stärken im konkreten Sinne und Jugend stärken als gesellschaftliches Thema, das über unsere Zukunft entscheidet – zusammengezogen. Ich danke Ihnen.

Podiumsdiskussion

„Neue Wege in der Politik für benachteiligte junge Menschen und Jugendliche mit Migrationshintergrund“

Moderatorin

Welche Wege beschreiten Politik, Wohlfahrtsverbände und andere Institutionen derzeit, um junge Menschen und Jugendliche mit Migrationshintergrund zu unterstützen? Führen diese Wege wirklich zum Ziel oder erschweren Schlaglöcher und Stolpersteine das Voranschreiten? Müssten diese Wege ausgebaut oder renoviert werden? Brauchen wir neue neben alten Wegen oder vielleicht ganz neue Wege?

Das alles sind Fragen, über die wir jetzt sprechen und an der einen oder anderen Stelle sicher auch streiten. Zu diesem Gespräch bitte ich nach vorne: Herrn Dr. Kues, Herrn Prof. Dr. Cremer, Herrn Prof. Dr. Wößmann, Frau Rosenkötter und Herrn Schwannecke. Ich beginne mit der Vorstellung ganz rechts außen: Prof. Dr. Georg Cremer ist Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes. Holger Schwannecke neben ihm, designierter Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Frau Ingelore Rosenkötter, sie ist in der Freien Hansestadt Bremen Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. Prof. Dr. Ludger Wößmann, er ist Ökonomieprofessor an der Ludwig-Maximilians-Universität in München und Bereichsleiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung. Herrn Dr. Kues haben Sie bereits kennengelernt. Herzlichen Dank, dass Sie hier sind.

Herr Dr. Kues, Dr. Warnfried Dettling hat gesagt, eigentlich müsste man die Jugend stärken, aber die Entwicklung läuft in eine ganz andere Richtung. Sie läuft nicht auf eine Stärkung, sondern auf ihre Marginalisierung hinaus. Er hat das die schwarze Utopie genannt. Stimmen Sie ihm da zu?

Dr. Hermann Kues

Ich habe seine Aussage als Provokation empfunden, so war sie ja auch gemeint. Herr Dr. Dettling hat sie die schwarze Utopie genannt. Dieses Aufrütteln können wir sehr gut gebrauchen. Ich glaube, dass wir in der Vergangenheit zu wenig über Jugend und darüber diskutiert haben, welche Altersgruppen wir darunter verstehen. Wir haben seit einigen Jahren sehr intensiv und konkret zum Beispiel über den Bereich der Kinder und der frühkindlichen Bildung nachgedacht, dagegen über Jugend nur sehr abstrakt. Insofern stimme ich Ihnen also ausdrücklich zu, dass uns diese Altersgruppe – von ungefähr 14 bis 18 Jahren – zunehmend aus dem Blick geraten ist. Das hat auch damit zu tun, dass wir Jugendalter nie deutlich begrenzt haben, sondern da immer weiter nach oben gegangen sind. Im Ergebnis werden die eigentlichen Jugendlichen gar nicht mehr wahrgenommen.

Moderatorin

Sie sagen, Sie haben die schwarze Utopie als Provokation verstanden. Aber ist denn etwas Wahres daran? Warum ist es soweit gekommen? Im Grunde bedarf es ja keiner großen Erklärung oder argumentativen Rechtfertigung zu sagen, dass man sich um die Jugend kümmern muss, wenn sie, oder jedenfalls ein nennenswerter Teil von ihr, marginalisiert wird. Wenn wir das nicht tun, setzen wir doch unsere eigene Zukunft aufs Spiel.

Dr. Hermann Kues

Ich habe eine psychologische Erklärung. Jugendalter ist ein Alter, das schwer zu fassen ist und es ist oft ein schwierigeres Alter als die Kindheit. Die Kindheit ist leichter abgrenzbar, und Kinder sind in der Tendenz lieb und nett.

Auch die Altersgruppe der Älteren ist klar abgrenzbar und gesellschaftlich anerkannt. Der Jugend dagegen geht man lieber aus dem Weg. In Jugendlichen brodelt es, da bewegt sich sehr viel. Damit ist manchmal schwer umzugehen.

Hinzu kommt, dass wir die Themen Bildung, Bildungsansätze und Zielgruppen seit den 70er-Jahren mehr oder weniger ausgeklammert haben. Wir haben viel über Bildungssysteme und über Organisationsformen diskutiert. Wir haben uns „den Schädel eingeschlagen“ über die richtige Schulform, haben dabei aber die eigentlich Betroffenen aus dem Blick verloren. Vielleicht sind wir jetzt soweit, dass wir wieder über einen ganzheitlichen Bildungsansatz und dann über diejenigen, die Bildung zunächst in besonderer Weise betrifft, nämlich die Jugendlichen, diskutieren. Insofern hat Herr Dr. Dettling völlig recht.

Ich frage auch, ob die aktuelle Politik Jugendliche wirklich so in den Blick nimmt, wie es notwendig ist. Wir haben uns selbst auch nicht ganz leicht getan als Ministerium. Wir haben die Familienpolitik profiliert. Bei der Jugendpolitik sind wir dran und das, was wir hier heute machen, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Moderatorin

Herr Prof. Wößmann, wir sprechen ja immer von den Kosten unzureichender Integration von benachteiligten Jugendlichen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Lassen sich aus der Sicht eines Ökonomeprofessors, der sich schon sehr lange und sehr grundsätzlich mit Bildungsfragen beschäftigt, diese Kosten beziffern? Kann man sagen, die sind so und so hoch und kann man sie, das ist meine zweite Frage, gegenrechnen? Kann man sagen, wenn wir mehr investieren würden, dann käme am Ende mehr heraus oder umgekehrt: mehr Investitionen würden uns zu viel kosten? Kann man überhaupt konkret mit Zahlen herangehen?

Prof. Dr. Ludger Wößmann

Wir Ökonomen schauen natürlich gerne auf Kosten und Nutzen von Maßnahmen. Wenn wir auf die ganz extrem benachteiligten Schichten blicken, bietet sich das vielleicht gar nicht als Erstes an, weil zunächst ganz offensichtlich ist, dass man jedem einzelnen Menschen helfen möchte. Solange wir das durch Maßnahmen irgendwie schaffen können, ist es zweitrangig zu fragen, was es kostet, wenn wir es wirklich möglich machen, Menschen zu integrieren.

Aber natürlich ist ein Aspekt auch die wirtschaftliche Sicht. Sie ist relativ offensichtlich, wenn es darum geht, dass wir viele Schulabbrecher haben, dass wir viele haben, die vielleicht noch die Schule schaffen, aber dann eben die Ausbildung nicht beenden. Die offensichtlichste Frage ist bei uns in Deutschland, ob jemand auf dem Arbeitsmarkt überhaupt einen Job bekommt. Die Zahlen sind frappierend: Im Durchschnitt liegt bei denjenigen, die gar keinen Schulabschluss haben, die Arbeitslosenquote bei 29 Prozent, fast jeder Dritte ist arbeitslos. Unter denjenigen, die über einen Hauptschulabschluss verfügen, aber keine Ausbildung beendet haben, liegt die Arbeitslosigkeit in Deutschland insgesamt immer noch bei gut 21 Prozent. Wenn Menschen eine Lehre abgeschlossen haben, ohne Weiteres darüber hinaus erreicht zu haben, liegt die Arbeitslosenquote in Deutschland bei 7 Prozent.

Das heißt, der Sprung ist groß. 7 Prozent ist immer noch keine gute Zahl, aber der Punkt ist, diesen Sprung zu schaffen. Das kann man mit einer guten Schulausbildung, und darum ist sie auch aus wirtschaftlicher Sicht absolut wichtig. Sie können dann noch weitergehen und fragen: Was verdienen diese Menschen, die einen Job bekommen haben? Man verdient mehr mit jeder höheren Ausbildung.

Insgesamt kann man dann versuchen gegenzurechnen. Man kann auch aus staatlicher Sicht überlegen, ob es sich lohnt, hier zu investieren, weil wir dann im Bereich der sozialen Sicherungssysteme Kosten einsparen. Zurzeit sind etliche Initiativen aktiv, die versuchen ganz konkret gegenzurechnen um zu erfahren, ob es sich lohnt oder nicht.

Ich denke, die Größenordnung der Nutzen, die ich Ihnen gerade genannt habe, deutet darauf hin, dass es sich lohnen wird. Am ifo Institut sind wir selbst auch dabei, die Kosten unzureichender Bildung zu berechnen. Eine klare Zahl, die zeigt, wie viel etwas bringt, haben wir derzeit nicht. Das hat unter anderem damit zu tun, dass diese Kosten und Nutzen zum Teil bei verschiedenen Trägern anfallen. Das ist meines Erachtens ein grundlegendes Problem, das hier auch schon angeklungen ist: Die Schulbildung ist zum Großteil eine Frage der Länder. Wenn hier Defizite sind und Kinder ohne Schulabschluss hinausgehen, dann wird das eine Frage der sozialen Sicherungssysteme und Aufgabe des Bundes, der Bundesprogramme. Das heißt, dass diejenigen, die es nicht schaffen, die zukunftsfähigen Politiken zu setzen, eigentlich die Kosten dafür am Ende nicht selbst tragen.

Moderatorin

Aus Ihrer Sicht heißt das, dass sich zum einen – rein ökonomisch betrachtet und von anderen wichtigeren Aspekten abgesehen – eine Investition in die Jugendförderung lohnt. Und das heißt zweitens, dass wir etwas erreichen könnten, was wir bisher nicht schaffen, weil die Zuständigkeiten zu diffus sind und sich Kosten auf unterschiedliche Schultern verteilen, die möglicherweise nicht nebeneinanderstehen.

Prof. Dr. Ludger Wößmann

Das ist zumindest ein Aspekt. Wenn ich weiß, dass ich die Kosten nachher zu tragen habe, wenn etwas nicht funktioniert, dann setze ich mehr ein, damit es am Ende klappt. Wenn das nicht so ist und ich weiß, dass jemand anderes die Kosten trägt, wenn es schiefgeht, dann ist der Anreiz nicht so hoch, wirklich erfolgreich zu sein.

Moderatorin

Ein Punkt, auf den Sie ja immer wieder verweisen, auch in Ihrer wissenschaftlichen Arbeit, ist die Situation an den Schulen bzw. das Bildungssystem. Herr Dr. Kues hat eben gesagt, wir haben uns die Köpfe eingeschlagen über das Bildungssystem. Ich denke, darum kommt man auch in dieser Debatte nicht herum, wenn ich richtig verstehe, was Sie dazu bisher veröffentlicht haben.

Prof. Dr. Ludger Wößmann

Ja, zu einem gewissen Grade schon, wenn wir fragen, was die Gründe dafür sind, dass wir diese Ungleichheiten im Zugang zu guter Bildung haben. Der Ausgangspunkt, den wir in PISA, aber auch in anderen Studien, gesehen haben, ist, dass es in Deutschland wie nahezu kaum irgendwo sonst auf der Welt vom jeweiligen familiären Hintergrund abhängt, ob jemand eine erfolgreiche Bildung bekommt oder nicht.

Die Unterschiede in den PISA-Leistungen zwischen Kindern aus Akademikerfamilien und Arbeiterfamilien sind hierzulande so groß wie kaum irgendwo sonst. Es muss eigentlich das Ziel sein, da heranzugehen. Stattdessen hat man sich jahrzehntelang die Köpfe eingeschlagen über den richtigen Weg. Ich glaube, der einzige Weg raus aus dieser Diskussion, die nie fruchtbar sein wird, ist, sich die Fakten anzuschauen. Insofern bin ich empirischer Wissenschaftler. Wir haben gelernt, was andere Bildungssysteme, die das erfolgreicher schaffen, wirklich anders machen. Wir haben nach systematischen Zusammenhängen gefragt. Und so hat die Forschung belegt, dass Länder, die eine größere Chancengleichheit erreichen, vor allem zwei Dinge anders machen. Das eine ist: Sie investieren noch wesentlich stärker in die frühkindliche Bildung. Das müssen wir, wenn wir jetzt über Übergänge sprechen, immer mitdenken. Erfolg beim Übergang hat natürlich eine Historie in der jeweils einzelnen Person. Je eher man ansetzt, desto erfolgreicher kann man sein. Das wird das Ministerium hier sehr freuen. Der Punkt ist eben in der Tat, dass es genau richtig ist, früh zu beginnen. Das wird langfristig auch positive Konsequenzen für die Themen haben, über die wir hier sprechen.

Es ist sehr wichtig, diese Themen nicht immer nur vor dem Betreuungshintergrund zu sehen, wie es häufig diskutiert wird, sondern auch vor dem Bildungshintergrund. Es geht um die Kinder. Darum, dass sie in Zusammenhängen aufwachsen, in denen sie angeregt werden. In Frankreich etwa heißt das *École maternelle*. Hier wird ein Kind nicht einfach betreut, sondern es wird spielend angeregt, die Welt zu entdecken.

Der eine Punkt ist also frühkindliche Bildung. Der zweite Punkt ist in der Tat, wenn es um Chancengleichheit geht, die Frage des Schulsystems im Sinne der frühen Aufteilung, die wir in Deutschland haben, der Mehrgliedrigkeit. Wir sehen systematisch, dass die Länder, in denen nicht so früh aufgeteilt wird, am Ende der Schulzeit nicht so eine große Ungleichheit

haben und die Bildungsleistung nicht so stark vom Elternhaus abhängt. Diese Frage der Mehrgliedrigkeit des Schulsystems ist weniger für das Leistungsniveau insgesamt wichtig. Da gibt es andere relevante Schulsystemmerkmale. Aber wenn es um Chancengleichheit geht, dann ist dies ein Thema, in dem die Forschung empirisch gezeigt hat, dass wir etwas falsch machen. Nur noch bei uns in Deutschland und in Österreich kommt man überhaupt auf die Idee, Kinder nach der 4. Klasse im Alter von zehn oder zum Teil neun Jahren auf verschiedene Schularten aufzuteilen. Wir sehen, dass die Länder, die das später machen – und zwei Drittel der OECD-Länder machen das erst nach der 9. oder 10. Klasse – systematisch ausgeglichene Chancen für Kinder aus bildungsfernen Schichten haben.

Moderatorin

Dankeschön. Herr Schwannecke, Herr Prof. Wößmann nennt die frühkindliche Förderung, die zu schwach ist in Deutschland. Er nennt das Schulsystem, das dazu führt, dass Menschen viel zu früh ausgegliedert werden. Bekommen Sie, wenn ich Sie mal für die ganze Wirtschaft verhaften darf, die konkreten Folgen dieser beiden Momente zu spüren?

Holger Schwannecke

In der Tat, die Folgen spüren wir und haben sie in den vergangenen Jahren immer schon gespürt. Die ganze Bildungsdiskussion, Herr Dr. Kues hat es ja angesprochen, hat uns im Grunde genommen über Jahrzehnte verfolgt und tut es immer noch: Welches Modell ist eigentlich richtig? Sollte man nach vier Jahren die Grundschule verlassen, nach sechs Jahren? Man springt ständig hin und her und die Wirtschaft, speziell das Handwerk, das ist die Wirtschaftsgruppe, die ich in besonderer Weise repräsentiere, ist dann in einer Situation, in der die Betriebsinhaber versuchen müssen, Defizite aufzuarbeiten. Die Wirtschaft muss all das aufarbeiten, was letztlich in der Schulzeit schiefgelaufen ist, und wir stellen fest, es ist eine ganze Menge schiefgelaufen. Man kann das prima ablesen an dem Punkt Ausbildungsreife. Wir haben heute eine interessante gespaltene Situation: Wir haben auf der einen Seite viele Jugendliche, gerade mit Migrationshintergrund, die nach Ausbildungsmöglichkeiten, nach Ausbildungschancen suchen und wir haben auf der anderen Seite eine Vielzahl von offenen Lehrstellen. In Potsdam haben wir im Handwerk beispielsweise 620 offene Lehrstellen in 64 Berufen. Es gibt viele Stellen, die unsere Betriebsinhaber nicht besetzen können. Warum? Weil die Jugendlichen, die sich dort vorstellen, den Ansprüchen nicht genügen, die die Betriebsinhaber stellen.

Wir leben in einer Zeit, in der die Anforderungen an Ausbildung auch immer komplexer werden und Jugendliche in schwieriger Situation diesen Anforderungen nicht entsprechen. Berlin hat 270 offene Stellen, Cottbus 325. Da ist viel Potenzial. Wir haben mit großer Freude im letzten Jahr den Bildungsgipfel in Dresden registriert. Dort wurde der Fokus richtig ausgerichtet, auch auf den Kern der Problematik, die Familienpolitik.

Wir laufen in der Jugendpolitik ständig hinterher. Wir versuchen mit einer Vielzahl von Programmen anzusetzen. Damit werden wir in der gegenwärtigen Phase vielleicht das eine oder andere korrigieren können. Die Unternehmen müssen nachkorrigieren, nachschulen mit viel Aufwand, aber der Schlüssel liegt für mich, und Herr Dr. Dettling hat das in seiner Analyse ganz treffend gesagt, in der Familienpolitik. Wir brauchen eine aufsuchende Familienpolitik und, ich greife das auf, je früher wir ansetzen, am besten im Kindergarten, da

haben wir ganz konkrete Vorstellungen, je früher wir ansetzen, desto weniger werden Unternehmer nachher Defizite aufarbeiten müssen.

Moderatorin

Können Sie diese Defizite beschreiben und können Sie an diesen Defiziten zeigen, wo etwas versäumt worden ist? Sind das nur Sprachkenntnisse oder geht das noch weit darüber hinaus? Sprachkenntnisse kann man ja nachholen, aber es gibt andere Dinge, die man nicht so gut nachholen kann.

Holger Schwannecke

Sprachkenntnisse sind das eine. Sie werden zum Teil auch begleitend zu einer Ausbildung, wenn es denn gelungen ist, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, aufgearbeitet. Aber es sind leider nicht nur die Sprachkenntnisse, sondern es sind im Grunde sogenannte Soft Skills. Ein Kernpunkt ist immer wieder das allgemeine Sozialverhalten. Bei Arbeitgebern, gerade im Handwerk, wo nun einmal kleine Strukturen vorherrschen und jeder schnell mal zum Kunden muss, ist das offen sichtbar. Der Arbeitnehmer wird nicht an irgendeinem Fließband versteckt und deshalb ist seine soziale Kompetenz für unsere Strukturen so eminent wichtig.

Hinzu kommen neben Sprach- und Sozialkompetenz auch Dinge wie beispielsweise Grundkenntnisse der Mathematik und räumliches Vorstellungsvermögen. In viele Gewerke können Sie gar nicht einsteigen, wenn Sie nicht ein bestimmtes Vorstellungsvermögen haben. All das ist letztlich ganz wichtig, die Anforderungen sind hoch, aber Sprache ist die Grundvoraussetzung. Das kriegt man sicherlich in den Griff, wenn man beispielsweise ein verpflichtendes Kindergartenjahr einführt. Das ist eine unserer Kernbotschaften: Es muss gelingen, Kinder früh mit diesem Sozialverhalten vertraut zu machen. Wir sollten nicht zulassen, dass sich Parallelgesellschaften bilden, die sich leider, Stichwort Berlin und andere Städte, bilden. Es ist unendlich schwer, wenn sich solche Gesellschaften erst einmal verfestigt haben, noch einmal dort hineinzukommen.

Moderatorin

Frühkindliche Bildung war das eine Stichwort von Herrn Prof. Wößmann. Das andere war frühe Auslese. Wie sehen Sie das in Bezug auf die jungen Menschen, von denen Sie sagen, die hätten wir gerne. Es sind auch genug freie Plätze da, aber sie bringen einfach die nötigen Voraussetzungen nicht mit. Hat das aus Ihrer Sicht etwas mit der frühen Auslese zu tun?

Holger Schwannecke

Das ist wieder die Bildungsdiskussion.

Moderatorin

Die wir aber nicht umgehen können.

Holger Schwannecke

Ja, die wir aber nicht an dieser Stelle führen können, weil ich nicht glaube, dass sie uns wirklich weiterhilft. Ein Modell, das da sagt, wir müssen früh spezialisieren, zeigt positive Erfah-

rungen in einigen Ländern. Es gibt mit anderen Modellen andere Erfahrungen. Diese Bildungsdiskussion, das glaube ich, hat uns in den letzten Jahren schon zu sehr gehemmt.

Moderatorin

Können wir sie denn umgehen?

Holger Schwannecke

Ich glaube ja. Wir müssen uns entscheiden für ein System. Ich habe in meiner Schulzeit erlebt, dass Systeme gewechselt haben. Da gab es Orientierungsstufen, dann vierjährige Grundschulen. Ich stelle bei meinen Kindern jetzt wieder fest, dass die Systeme wechseln, und kaum jemand hat diesen Systemen lange Zeit gegeben, sich wirklich zu entwickeln und dann auch Fehlstellungen, die es zweifellos gibt, zu korrigieren. Man hat immer wieder einen Schnitt gemacht, hat dann ein anderes System ausprobiert, ohne das bestehende anzupassen. Ich erlebe bei Lehrern, dass sie relativ orientierungslos sind. Ich halte nichts davon, ständig solche Debatten in dieser Weise zu führen. Für mich ist die Familienpolitik, ich sage es noch einmal, der wesentlich geeignetere Ansatz.

Moderatorin

Frau Rosenkötter, Herr Dr. Kues hat darauf verwiesen, dass Vieles gemacht wird, aber die Vernetzung oftmals noch optimierbar ist. Erleben Sie das auch so, wenn Sie einerseits in Ihr Bundesland und andererseits auf die Zusammenarbeit mit anderen Ländern schauen?

Ingelore Rosenkötter

Lassen Sie mich zunächst auf das eingehen, was Herr Schwannecke gesagt hat, weil sich daran etwas sehr deutlich zeigt. Wir müssen wegkommen von einer Orientierung, die jeweils abschlussbezogen ist und den Blick auf die Übergänge lenken. Übergänge gibt es ja nicht nur von der Kita in die Schule, von der Schule in die Berufsausbildung und dann in die eigentliche Berufstätigkeit, sondern die Übergänge beginnen eigentlich schon, wenn das Kind vom Elternhaus in die Kita kommt. Das heißt also, wir brauchen eine Begleitung und Unterstützung gerade in diesen Phasen. Das ist immens wichtig. Wir müssen weg von der Orientierung auf den Schulabschluss. Damit ist ja auch das Lernen nicht vorbei.

Ich bin in Bremen nicht für den Bereich Bildung, aber für den Bereich Soziales und Kitas zuständig und wir sehen sehr deutlich: Dort, wo die Übergänge zwischen der Kita und der Grundschule sehr gut funktionieren, werden auch die Kinder und die Eltern anders mitgenommen. Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Wenn wir über frühkindliche Bildung sprechen, brauchen wir den Einbezug der Eltern. In der Kita erreichen wir die Eltern am allerbesten und können so auch mit dem, was Sie Familienpolitik nennen und mit Unterstützung durch Familien begleitende Maßnahmen sehr deutlich ansetzen.

Wir haben Schwerpunkte gesetzt im Bereich von Kinderbetreuung und Unterstützung insbesondere von Familien. Das ist wichtig und richtig und muss auch weitergehen. Wir müssen aber parallel dazu ganz sicherlich mehr, als es in den letzten Jahren passiert ist, in den Bereich der Jugendlichen gehen. Das heißt also dort auch sehen, was außerhalb der Schule passiert. Außerschulische Jugendarbeit ist ein Feld, das in den letzten Jahren nicht gerade im Zentrum stand. Verbandsarbeit, außerschulische Jugendarbeit sind ganz wesent-

liche Faktoren. Sie sprechen von sozialen Kompetenzen. Die werden im Kindergarten, in der Schule gelernt. Geübt werden sie im Alltag und dazu gehören ganz besonders natürlich auch die Vereine, Verbände, die im Bereich der Jugendarbeit tätig sind und immer wieder einen Knotenpunkt in den Haltnetzen bilden. Wir brauchen sie für das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen.

Wir haben, um auf Ihre Frage nach der Vielzahl von Akteuren zurückzukommen, im Bereich der außerstaatlichen Institutionen, Verbände und Vereine ganz, ganz viele Aktive und das ist meines Erachtens richtig. Wir brauchen aber eine noch stärkere Vernetzung und Verknüpfung und dazu, das darf ich an dieser Stelle ganz sicherlich sagen, bieten Programme, die die Aktivitäten miteinander verbinden können, eine wichtige Hilfestellung. Hierzu gehört „LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke“ und das Nachfolgeprogramm „STÄRKEN vor Ort“. Wichtig ist Arbeit, die vor Ort ankommt, wo sie die Menschen auch sehen, wo sie spüren, dass etwas passiert und wo dann letztendlich auch die sozialen Strukturen stärker und haltbarer werden. Dazu kann jetzt auch die Initiative JUGEND STÄRKEN dienen.

Moderatorin

Sie sagen, die Vernetzung ist nicht stark genug. Wo spüren Sie das? Haben Sie Beispiele für gute Ansätze und gute Leute, die nicht richtig zum Tragen kommen, weil sie nebeneinander her arbeiten, weil der eine vom anderen nicht weiß, weil es keine Synergieeffekte gibt?

Ingelore Rosenkötter

Wir haben Träger aus allen gesellschaftlichen Bereichen, die eine wertvolle, wichtige Arbeit vor Ort machen, von der ich mir wünschen würde, sie noch mehr einzubeziehen in den Alltag. Wir realisieren das sehr im Bereich der Kitas, weil wir dort die breite Palette der frühkindlichen Bildung abbilden wollen. Ein konkretes Beispiel: Sportvereine können einbezogen werden, wenn es darum geht, Bewegung und Ernährung an den Kitas als einen wichtigen Punkt zu implementieren. Entscheidend ist eine solche Vernetzung auch in der Schule. Ich glaube, da tut sich Schule noch sehr schwer, die Professionellen der Verbände einzubeziehen in den Schulalltag. Aber es wäre eine Bereicherung.

Moderatorin

Prof. Cremer, es gibt ganz viele Hilfsangebote, so viele, dass man sie gar nicht alle zählen kann. Sicher greifen sie teilweise auch und sicher wäre alles viel schlimmer, wenn es sie nicht gäbe. Aber sie greifen nicht so, wie wir es uns wünschen, sondern so unzureichend, dass alle bei dem Vortrag von Herrn Dr. Dettling genickt haben. Woher kommt das?

Prof. Dr. Georg Cremer

Jetzt schauen wir ja auf den Bereich der Jugendhilfe, ihre konkreten Angebote. Da muss man zuerst einmal die Frage stellen: Sind die Anforderungen und Erwartungen an diese Jugendhilfe, die im Übergang von Schule zu Beruf einsetzt oder dann, wenn die ersten berufsintegrierenden Maßnahmen gescheitert sind, wirklich realistisch? Wenn im frühen Bereich, in der Schule und auch in den Kindertagesstätten Förderung versäumt wurde, kann dies die Jugendberufshilfe nur sehr bedingt heilen. Das ist die eine Sache.

Zum Zweiten: Jugendhilfe und Jugendberufshilfe müssen vernetzt sein. Wir haben über Vernetzung gesprochen. Ich sehe eben, dass die Zusammenarbeit von Schule und Jugendsozialarbeit ein äußerst zähes Geschäft ist. Sie wird teilweise von den Schulen nicht oder nicht ausreichend als ihre eigentliche Aufgabe angesehen. Das hat auch mit dem gegliederten Bildungssystem zu tun. Ein Teil der Verantwortlichen sieht, wenn ein Schüler für seine Schule nicht geeignet scheint, die Lösung dieser Problematik eher im Weiterreichen nach unten als in der Bearbeitung der Probleme im eigenen Verantwortungsbereich. Jedenfalls sind Gespräche zur Integration von Schulsozialarbeit, zur Zusammenarbeit mit Schulen, eher zäh.

Zu Fragen der Vernetzung spreche ich jetzt das Handwerk an: Wie stützt man einen Jugendlichen, der offensichtlich bei seinen Soft Skills, seiner sozialen Kompetenz oder in seinen formalen Voraussetzungen für eine Ausbildung Schwierigkeiten hat? Wir haben zusammen mit In Via eine empirische Untersuchung gemacht, haben Unternehmen befragt und dabei durchaus festgestellt, dass es eine hohe Bereitschaft auch bei lokalen Handwerksbetrieben gibt, mit benachteiligten Jugendlichen zu arbeiten und neue Wege zu gehen. Oft fühlen sich diese Akteure aber alleingelassen, überfordert bei Problemlagen, weil die stützenden Strukturen dann, wenn es schwierig wird, nicht ausreichend sind.

Ein dritter Aspekt ist meines Erachtens, dass viele Hilfen stärker in den Regelsystemen verankert werden müssen. Verschuldung ist ein großes Problem bei Jugendlichen. Daher gehen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Caritas in Schulen und klären über Risiken, zum Beispiel über Handyschulden usw., auf. Ich frage mich, warum das eigentlich die Caritas machen muss. Warum wird dies nicht Teil des Regelunterrichts, statt jetzt wieder auf ein Angebot aus dem Sozialbereich zu warten? Könnte man dies nicht in die Regelarbeit der Schule integrieren?

Moderatorin

Verstehe ich das richtig, dass das, was Sie beklagen bzw. die Ansatzpunkte, um Jugendhilfe effizienter zu gestalten, gar keine finanziellen Fragen sind? Auf's Geld gucken ja immer alle und sagen, wir würden zwar gern ganz viel unternehmen, aber es kostet einfach so viel. Sagen Sie, dass es vielmehr eine Frage des politischen Willens, aber auch des ausstehenden Paradigmenwechsels in manchen Bereichen ist?

Prof. Dr. Georg Cremer

Lösungen sind immer eine Kombination aus Ideen und Geld. Ich könnte nicht sagen, dass Geld keine Rolle spielt. Wir geben prozentual zu unserer Wirtschaftskraft weniger für Bildung aus als manch andere Länder, aber wir haben kein völlig schlecht finanziertes Schulsystem.

Zum einen ist es ja die Frage, wie man in diesem Schulsystem differenziert. Vielleicht ist es notwendig, in einem sozialen Brennpunkt Klassenstärken von 20 zu haben, wohingegen man in gutbürgerlichen Gebieten mit 30 Kindern auch ganz gut arbeiten kann. Nur sind es dann die bürgerlichen Eltern, die sehr deutlich protestieren werden, während die Eltern in sozialen Brennpunkten politisch nicht organisiert sind.

Das Zweite ist die Ressourcensteuerung. Hier sollte man sicherlich noch mal schauen, dass die begleitenden, stützenden Angebote, die präventiven Angebote, die sich teilweise von Projektfinanzierung zu Projektfinanzierung durchhangeln, in die Regelausgaben unserer Systeme integriert werden.

Moderatorin

Diese Begleitung, Herr Dr. Kues, haben Sie ja auch vorhin angesprochen und eingefordert. Was bedeutet das denn ganz konkret? Wo soll sie verstärkt werden? Ist sie eine Frage des anderen Blickwinkels oder muss man da tatsächlich viel mehr Geld in die Hand nehmen, weil sie zum Beispiel mehr Personal nach sich zieht?

Dr. Hermann Kues

Ja, es wird auch Geld kosten. Ich glaube aber, was sich entscheidend ändern muss, ist das Denken, ist die Mentalität. Wenn Sie sich einige konkrete Projekte anschauen – Projekte gegen Schulverweigerung zum Beispiel – dann stellen Sie fest, dass es eine enge Zusammenarbeit zwischen Schulträger und Jugendarbeit geben muss, wenn es funktionieren soll. Die Schule muss bereit sein, auch tatsächlich Hilfebedarf für eine Schulverweigerin, einen Schulverweigerer anzumelden.

Insofern glaube ich, brauchen wir neben dem Geld vor allem auch die Einsicht und die richtige Denkweise. Das Denken in Bildungsregionen ist ein gutes Beispiel: Eine Region fühlt sich dafür verantwortlich, dass sie bei den Vierjährigen nach möglichen sprachlichen Problemen sucht. Es gibt Kommunen, die das tun. Ich habe bislang nicht gehört, dass diese gesagt hätten, das könnte am Geld scheitern. Das ist eine Frage der Prioritätensetzung in den kommunalen Haushalten und den Landeshaushalten. Man schaut, welche Sprachdefizite es etwa bei Vierjährigen gibt und stellt häufig fest, dass nicht nur die Migranten, sondern auch viele aus den deutschstämmigen Familien enorme Sprachdefizite haben. Dann versucht man das während der Kindergartenzeit in Vorbereitung auf die Grundschule zu beheben. Entsprechend muss es weitergehen auf den anderen Ebenen. Hier brauchen wir einen grundsätzlich neuen Zugang. Das kostet dann auch Geld. Die Regionen, die in die Zukunft investieren und auch wirtschaftlich erfolgreich sein wollen, die müssen sich Gedanken darüber machen, wie sie die Potenziale der jungen Menschen fördern und wie sie überhaupt jungen Leuten tatsächlich Chancen und Rahmenbedingungen schaffen können.

Moderatorin

Wir sprechen über das Große und Ganze, wir sprechen aber auch über diese großen und ganz kleinen Maßnahmen. Herr Prof. Cremer hat eben das Beispiel der kleineren Klassen in sozialen Brennpunkten und der größeren in Gegenden, in denen Kinder wohnen, die von zu Hause viel Unterstützung erfahren, gebracht.

Dr. Hermann Kues

Ich glaube, dass es da Unterschiede gibt. Ich persönlich bin für die Schaffung von Ganztagsbetreuungsangeboten und glaube, dass man nach der Schaffung von Ganztagsangeboten auch über Schulsysteme anders diskutiert. Ich bin der Meinung, wir brauchen eine möglichst weitreichende Integration. Das erfolgt aber nicht nur über Schule, sondern es erfolgt zum Beispiel auch über Jugendarbeit. Wir brauchen eine Jugendarbeit, die gesellschaftschichtübergreifend ist. Das finde ich ganz wichtig, damit Jugendliche auch die ganze Lebenswirklichkeit kennenlernen und wahrnehmen.

Moderatorin

Aber was heißt das auf den konkreten Vorschlag der Klassengröße bezogen?

Dr. Hermann Kues

Kleinere Klassen sind immer besser als große.

Moderatorin

Aber wenn man sich entscheiden muss, macht es dann vielleicht Sinn, die Klassen in der einen Schule kleiner zu machen als in der anderen?

Dr. Hermann Kues

Zweifelsfrei ja, wenn die Schülerinnen und Schüler eine intensivere Betreuung brauchen. Ich glaube aber nicht, dass Bildungserfolg in erster Linie von der Klassengröße abhängt. Bildungserfolg ist von der Art und Weise der Begleitung der Schülerinnen und Schüler abhängig. Beispielhaft ist eine gut geführte Grund- und Hauptschule, in der sich das Lehrerkollegium inklusive Schulleitung von gesunder Ernährung bis hin zu Fragen des Sports engagiert und noch Jugendarbeit einbezieht – und diese erhalten auch nicht mehr Geld für ihre Arbeit. Es gibt viele gute Beispiele und die Initiative, die wir auf den Weg gebracht haben, stößt diese guten Beispiele ja auch an.

Danach kann man meinetwegen auch über die Organisationsform reden. Wir streiten uns in Deutschland auf Bundesebene und auf Landesebene zu viel über Schulformen, aber wir reden zu wenig über zielgruppenspezifische und sozialraumorientierte Bildungsansätze. Ich bin – auch in der Arbeitsmarktpolitik – ein Anhänger einer kommunalen bzw. lokalen Sicht der Dinge, weil man nur mit dieser Sicht zu Erkenntnissen kommt, wie die Probleme insgesamt angepackt werden können. Denn die Situation in Berlin stellt sich eben ganz anders dar als beispielsweise in Niedersachsen im Emsland.

Moderatorin

Die stellt sich ja schon in Zehlendorf anders dar als in Neukölln und wir halten fest, dass Sie es für sinnvoll hielten, unter Umständen, wenn es nicht anders geht, in Neukölln eine kleinere Klasse zu machen.

Dr. Hermann Kues

So ist es.

Moderatorin

Herr Prof. Wößmann, reden wir noch mal vom Geld. Es gibt ja ganz unterschiedliche Vorschläge, wie man benachteiligte Jugendliche ins Boot holt, integriert. Ich greife zwei davon willkürlich heraus: Der Bundesarbeitsminister hat zum Beispiel gefordert, einen Rechtsanspruch auf einen Schulabschluss einzuführen, ihn tatsächlich gesetzlich zu verankern. Das wäre der eine Vorschlag, der andere, Frau Rosenkötter hat davon gesprochen, dass man die Arbeit in Verbänden und Vereinen intensivieren muss. Da gibt es zum Beispiel den Vorschlag, dass man für diese Angebote, die Geld kosten und für Familien, die an der Armutsgrenze leben, einen nennenswerten Beitrag bedeuten, freistellt oder auf andere Weise unterstützt. Würden diese Dinge maßgeblich etwas ändern oder sind sie lediglich kleinere Korrekturen?

Prof. Dr. Ludger Wößmann

Das sind wahrscheinlich nicht die Dinge, die uns insgesamt einen großen Schritt voranbringen. Ich denke aber trotzdem, dass zum Beispiel ihr letzter ein sehr relevanter Punkt ist. Wir haben viel über Formen der Familienpolitik gesprochen. Es ist ganz offensichtlich, dass die Frage, wie wir weiterkommen, nicht allein aus der Schule heraus beantwortet werden kann, auch nicht allein von den Jugendverbänden. Man sieht in der empirischen Forschung, dass sich Vieles sehr früh und langfristig anbahnt, was eben mit dem sozialen Umfeld und der Familie zu tun hat. In dem Maße, wie man es da schafft, die Familie einzubeziehen und dort, wo Restriktionen sind, diese ein Stück weit aufzulösen, kann man sicherlich helfen.

Ein Recht auf einen Schulabschluss finde ich keine besonders gute Idee, weil der Schulabschluss ja eigentlich das Ziel ist, das man erreichen muss, was auch ein gewisses Signal hat, um zu zeigen: Ich habe mich angestrengt und etwas geschafft. Das kann ich darlegen und dann gehe ich zum Beispiel zum Lehrmeister und weise den Schulabschluss vor. Der Lehrmeister wertet den Abschluss als positives Signal. Wenn man einfach einen Rechtsanspruch darauf hat, fördert das dieses generelle Anspruchsdenken, was auch den Abschluss gegebenenfalls wertlos macht.

Ingelore Rosenkötter

Es geht um die Unterstützung dabei, dieses Ziel zu erreichen. Ein Recht auf den Hauptschulabschluss hat inzwischen jeder.

Moderatorin

Es geht darum, dass derjenige, der ihn nicht gemacht hat, ihn später nachholen kann und dabei staatlich unterstützt wird.

Prof. Dr. Ludger Wößmann

Man sollte es dahin gehend sehen, dass jeder ein Recht auf eine qualitativ hochwertige Bildung hat. Das ist eine Sache, die wir als demokratische Gesellschaft ganz generell anstreben müssen und die wir nicht genügend erreichen. Das zeigen eben die Ergebnisse, die wir haben. Insofern stimme ich völlig zu. Ich schaue nur immer mehr auf die Frage der Kompetenzen, auf die Frage, was man wirklich gelernt hat, was wirklich dabei herauskommt. Da kann ein Abschluss entweder völlig inhaltslos sein oder eben etwas darstellen. Darauf müssen wir verstärkt achten.

Um am Ende die relevanten Kompetenzen zu erlangen, sind Übergänge ein wichtiger Bestandteil. Das sehe ich auch so. Gerade die Frage des Übergangs von der Grundschule in die weiterführende Schule ist ein solcher. Je früher wir aufteilen, desto klarer ist, dass die bildungsnahen Schichten sicherstellen, dass ihre Kinder auf jeden Fall aufs Gymnasium kommen. Das kommt den bildungsfernen Schichten, und das sind die, um die es uns hier geht, vielfach überhaupt nicht in den Sinn, weil die Kinder bis dahin überhaupt nur dreieinhalb Jahre Schulumfeld erfahren haben. Das ist viel zu wenig im Vergleich zu den bildungsnahen Kindern, die quasi seit der Geburt dahin geführt wurden, eine höhere Bildung zu erreichen.

Wir sehen, dass es Ländern, die eine Aufteilung weiter hinausschieben, gelingt, wesentlich mehr Kinder aus bildungsfernen Schichten auf eine höhere Laufbahn zu leiten, weil man längere Perspektiven und eine größere Offenheit hat. Wir sehen übrigens gleichzeitig, dass

darunter auch die Besten nicht leiden. Das ist natürlich ein wichtiger Punkt, denn ansonsten müsste man das gegeneinander abwägen. Aber diese Abwägung ist in der Realität nicht gegeben. Wir sehen ganz eindeutig, dass die Systeme, in denen Schüler länger gemeinsam lernen, eine größere Chancengleichheit haben.

Ich glaube, irgendwann müssen wir tatsächlich über diesen Punkt hinauskommen und sagen, das haben wir jetzt seit 40 Jahren ideologisch diskutiert und uns die Köpfe eingehauen. Mittlerweile sehen wir, dass beide Seiten so nicht ganz recht hatten. Dann müssen wir mal ein bisschen nüchterner darüber reden und vielleicht doch klarere Sachen angehen. Wir haben in der Tat regelmäßig irgendwelche „Reförmchen“ gesehen, die hier und da Sachen geändert haben, aber dass wir wirklich mal dahingegangen wären, wo der ganze Rest der Welt ist, das ist nicht geschehen.

Holger Schwannecke

Reformen sind ein wichtiges Stichwort. Ich habe es vorhin schon gesagt: Man darf solche Reformen nicht auf dem Rücken der Kinder, der Eltern und der Lehrer umsetzen.

Moderatorin

Ich glaube, darüber besteht große Einigkeit. Es geht ja darum, was man für die Kinder unternimmt, um die jetzige Situation, nämlich eine signifikante Chancenungerechtigkeit, zu minimieren bzw. zu beseitigen. Wir haben mit Herrn Prof. Wößmann auch jemanden hier, der das nicht einfach als Idee vor sich herträgt, sondern der sich auch auf konkrete Studien, auf vergleichbare Situationen in anderen Ländern stützt. Auch wenn wir nicht die ganze Zeit darauf verwenden möchten, über das dreigliedrige Schulsystem zu sprechen, einfach ausgliedern, da stimmen Sie sicher zu, können wir es wahrscheinlich nicht.

Holger Schwannecke

Worauf es mir ankommt, ist Praxisorientierung. Was können wir eigentlich machen? Deshalb bin ich ein bisschen sensibilisiert bei etwas abstrakten Bildungsdiskussionen. Ich habe vorhin schon gesagt, dass für mich die Familienpolitik der ganz entscheidende Ansatzpunkt ist. Wir laufen auch in der Jugendarbeit, der Sozialarbeit hinter bestimmten Entwicklungen her und die Frage ist: Wo können wir eigentlich, Frau Rosenkötter hat das Stichwort vorhin sehr schön genannt, zur Vernetzung der Akteure, auch im kommunalen Bereich, ansetzen?

Moderatorin

Wo sehen Sie denn diese Vernetzung der Akteure? Wo bemerken Sie Defizite? Wo sind Punkte, an denen Sie sagen, das könnte doch jetzt gut funktionieren, klappt aber nicht?

Holger Schwannecke

Da, wo es zum Beispiel nicht gelingt seitens der Unternehmer, seitens der Wirtschaft, in Kontakt zu treten zu Elterninitiativen, die es beispielsweise von türkischen Gemeinden, von italienischen und von anderen gibt. Ich erlebe das immer wieder. Es gibt gute Projekte. Wir haben extra mal einen Atlas, einen sogenannten Integrationsatlas, darüber erstellt. Dort haben wir alles sichtbar gemacht. Aber es gibt große Defizite in vielen Bereichen. Die Kommunikation beispielsweise zwischen Unternehmern, Unternehmervereinigungen und Elterninitiativen gelingt mancherorts gut, aber oft auch gar nicht. Dann muss man sich die Frage stellen: Warum gelingt das in einigen Fällen und warum in anderen Fällen nicht? Es gibt ja die Initiative von beiden Seiten.

Moderatorin

Woran hängt das? Ist das steuerbar, sodass es in dem einen Fall dann doch gelingt, obwohl es vorher nicht gelungen ist? Wer hat das in der Hand?

Holger Schwannecke

Ich nenne ein konkretes Beispiel aus Koblenz. Dort gibt es bei der Handwerkskammer 175 sogenannte Tutoren. Das sind Selbstständige mit Migrationshintergrund, die ganz gezielt versuchen, Netzwerke aufzubauen. Sie treten an Elterninitiativen und Jugendliche heran. Sie begleiten die Jugendlichen. Dabei ist ganz entscheidend, dass diese Tutoren die Sprache der Jugendlichen mit Migrationshintergrund sprechen. Das ist eine Erfahrung, die wir immer wieder machen. Wir können Jugendliche nicht mit abstrakten Informationsveranstaltungen erreichen. Der vergleichbare Background ist wichtig. In Koblenz gelingt die Ansprache sehr gut. Es gibt andere gute Projekte, wo Kammern und Unternehmen Schüler in Hauptschulen schon ab der 6., 7. Klasse coachen und betreuen. Das sind alles Projekte, für die jemand die Initiative übernommen hat. Zum Teil, und wir versuchen sehr das zu ermutigen, sind das die Kammern. Sie erkennen das Potenzial von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Aber es sind beileibe noch nicht alle und unser Anliegen ist, diese Ansätze flächendeckend umzusetzen. Wir haben alle Ideen als best practice in einem Buch zusammengestellt, denn wir brauchen solche Initiativen.

Moderatorin

Das heißt, Frau Rosenkötter, wir brauchen im Grunde genommen mehr, wir brauchen die Vernetzung. Aber wir brauchen nicht unbedingt, worüber wir jetzt sprechen, neue Wege.

Ingelore Rosenkötter

Hier wird deutlich, dass es natürlich auch mit der Initiative vor Ort zusammenhängt, ob Projekte gelingen. Ihr Beispiel zeigt, dass wir uns an vielen Stellen alle miteinander, ob es die Handwerkskammern, die Unternehmensverbände, die Handelskammern oder andere sind, vielleicht zu spät auf den Weg gemacht haben. Wir erkennen das aber jetzt und sagen: Wir müssen etwas tun.

Ich würde gerne noch, weil mich dieses Beispiel nicht loslässt, auf Herrn Prof. Cremer zurückkommen. Die Idee der 20 oder 30 Kinder in einer Klasse ist ja übertragbar auf viele Situationen. Es ist für mich ganz eindeutig: Jugendliche und Kinder brauchen eine zweite und möglicherweise auch eine dritte Chance. Uns muss doch daran gelegen sein, alle mitzunehmen. Damit uns das gelingt, braucht es an manchen Stellen mehr Ressourcen als an anderen. Das ist für mich ganz eindeutig. Wir müssen unsere Ressourcen danach ausrichten, was vor Ort gebraucht wird. Deswegen ist es meines Erachtens richtig, so machen wir bei uns im Land die Politik, an sozialen Brennpunkten auch Schwerpunkte im Ressourceneinsatz zu setzen, also mehr Mittel, mehr Personal in den Kitas zur Verfügung zu stellen, um von Anfang an die Kinder mitzunehmen. Ich glaube, das ist außerordentlich wichtig.

Moderatorin

Herr Prof. Cremer, Ressourcen sind da, nicht ausreichend, aber sie sind da. Sie müssten anders verteilt werden. Das haben Sie vorhin schon am Beispiel der Klassengröße gesagt. Frau Rosenkötter hat es noch einmal aufgegriffen und bestärkt. Wenn Sie Ihre Arbeit als Wohlfahrtsverband betrachten, versuchen Sie auf eine solche Umverteilung hinzuwirken?

Wenn es so ist, wie reagiert man darauf? Denn eigentlich denkt man doch: Klar, liegt auf der Hand, müsste jeder mitziehen.

Prof. Dr. Georg Cremer

Wir können ja nicht die staatlichen Ressourcen steuern. Es ist noch nicht so, dass die Strukturierung des staatlichen Budgets an die Wohlfahrtsverbände delegiert wurde.

Moderatorin

Aber Sie haben einen gewissen Gestaltungsspielraum bei der Art, wie Sie Ihre Projekte zusammensetzen und strukturieren. Insofern haben Sie ja auch einen Anteil daran.

Prof. Dr. Georg Cremer

Zum einen, nur damit kein Missverständnis entsteht, muss natürlich auch jedes Kind einer gutbürgerlichen Familie mitgenommen werden und natürlich brauchen wir überall ein gutes Bildungssystem. Ich glaube nur, dass Befähigungsgerechtigkeit bedeutet, auch den staatlichen Ressourceneinsatz nach Schwierigkeitsgraden und den sehr unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen durchaus differenzieren zu können. Da, würde ich sagen, müssen wir in den sozialen Brennpunkten ansetzen.

In der anderen Frage ist ja nun die Caritas und sind die anderen Wohlfahrtsverbände in starker Weise ohnehin in diesen sozialen Brennpunkten aktiv. Sie halten häufig mit Unterstützung der Kommunen Angebote vor, wie Präventionsarbeit, Suchtberatung, Schuldnerberatung usw., die sich letztlich an junge Menschen wenden, die diese sozialen Problemlagen haben. Da ist einerseits die Frage, ob Prävention stärker in die Regelsysteme hinein verlagert werden kann. Eine andere Frage, die wir nicht angesprochen haben, ist, ob man vielleicht auch bestimmte Marketingstrategien der Suchtindustrien staatlicherseits regulieren oder eindämmen kann, was wir ja in Deutschland nicht ausreichend tun. Und dann stellt sich natürlich die Frage, wie wir als Wohlfahrtsverbände agieren. Unser Spielraum im örtlichen Sozialraum hängt sehr stark von den jeweiligen kommunalen Mitteln ab. Wir sind natürlich bereit, Schwerpunkte so zu setzen, aber die Möglichkeiten der Kofinanzierung mit Kirchensteuermitteln ist relativ begrenzt, ist nur ein Teil. Wir brauchen dann auch die entsprechenden staatlichen Entscheidungen, die eine Prioritätensetzung für mehr Befähigung und bessere Prävention vornehmen.

Moderatorin

Was betrifft das denn außer diesem Suchtbereich?

Prof. Dr. Georg Cremer

Wir sprechen jetzt über die Wirtschaftskrise und wir werden aufgrund der Wirtschaftskrise und ihrer Folgen für die staatliche Handlungsfähigkeit Einschränkungen im Sozialbereich erleben. Der Verteilungskampf zwischen Bund, Ländern und Kommunen, der ja jetzt schon groß ist, wird möglicherweise zunehmen. Dieser Verschiebeparkplatz zwischen den staatlichen Ebenen macht uns natürlich Sorge. Welche Folgen hat die Krise für die Fähigkeit und Bereitschaft der Kommunen, die ja doch diese befähigenden und präventiven Sachleistungen, die ja zum Teil nicht gesetzlich vorgeschrieben, sondern Kann-Leistungen sind, weiterhin zur Verfügung stellen?

Publikumsbeteiligung



Moderatorin

Wir reden die ganze Zeit von Integration, unausgesprochen oder ausgesprochen, und wir würden jetzt auch gerne integrieren, nämlich Sie, und Sie bitten, Fragen, Widerspruch oder auch Zustimmung anzuzeigen.

Beitrag aus dem Publikum (1)

Ich bin schon viele Jahre in diesem Geschäft und von der bisherigen Diskussion heute etwas enttäuscht. Mir fehlt ein Stück Analyse in Hinsicht auf die Rede von Herrn Dr. Dettling, in Hinblick auf ganz unten. Das, was Sie alle besprochen haben, klingt doch nahezu anachronistisch. Es stammt aus einer Zeit, als wir noch von einer eigentlich aufstiegsorientierten Arbeiterschicht sprachen. Unter diesem Aspekt sollten wir uns einmal anschauen, was von der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema abgehängtes Prekariat gesagt worden ist. Dies galt sogar nur für die neuen Bundesländer, also sind dort Migranten nicht einmal einbezogen. Wenn Sie sich die neuen Zahlen der BA im Bereich junger Menschen unter 25, die Hartz IV empfangen – das sind zurzeit 280.000 Menschen – ansehen, wissen Sie: Die haben wir weitgehend abgeschrieben. Wir müssen in der Analyse daher noch etwas genauer sein und stärker differenzieren. Das war für mich nicht ausreichend.

Moderatorin

Was heißt differenzieren?

Beitrag aus dem Publikum (1)

Differenzieren nach unten hin. Wir haben tatsächlich eine große Anzahl von Kindern und Jugendlichen, denen nichts mehr mitgegeben worden ist – weder durch ein Elternhaus, das gar nicht existiert, noch durch das Umfeld. Es gibt unter anderem in Nordrhein-Westfalen einen sehr schönen Bericht über die Segregation in den Städten. Solche Studien kann man sich mal genauer anschauen. Danach haben wir wirklich eine neue Unterschicht mit ganz neuen Problemlagen. All die Träger, die mit diesen Menschen arbeiten, wissen, worum es geht. Wenn keine Aufstiegsorientierung mehr erkennbar ist, dann muss man viel früher ansetzen. Die Arbeit muss hier viel intensiver sein. Mir fehlt das alles, denn diese Menschen stellen die eigentliche Problemgruppe derzeit dar. Die Bundesagentur für Arbeit schafft es noch halbwegs über berufsvorbereitende Maßnahmen zurechtzukommen. Aber sie schafft es nicht mehr, diejenigen zu erreichen, die über einen langen Zeitraum von einer Unterstützung durch Hartz IV, also SGB II, leben. Um diese Menschen müssen wir uns noch einmal stärker kümmern.

Moderatorin

Herr Dr. Kues und Herr Prof. Cremer dazu.

Dr. Hermann Kues

Ich glaube, dass man sich lange darüber streiten kann, wie man diese Gruppierung oder Schicht bezeichnen will. Auch kann man sich über Zahlen lange streiten. Wichtiger ist es, darüber zu reden, was die Ursachen dafür sind, dass jemand in einer prekären Situation steckt. Erst wenn man die Ursachen kennt, kann man über Maßnahmen und Instrumente nachdenken. Wir haben seitens des Familienministeriums zum Thema Kinderarmut Exper-

tisen erstellt und können nun sehr genau sagen, wo die Ursachen liegen. Kinder aus Migranten- und kinderreichen Familien sind in besonderer Weise benachteiligt. Diese Kinder haben zu wenig Begleitung und Unterstützung im Stadium der frühkindlichen Bildung. Hier ist viel mehr als bisher zu tun. Da sind wir aber auf einem guten Weg.

Ein wichtiger zweiter Aspekt ist der erforderliche lokale Lösungsansatz für die Bewältigung der Probleme. Lösungsansätze unterscheiden sich von Kommune zu Kommune. Wir müssen genau schauen, wie die Situation in einer jeweiligen Region ist, bevor konkrete Instrumente daraus entwickelt werden können. Für diese Herangehensweise gibt es viele positive Beispiele in Deutschland. Darüber gilt es sich auszutauschen.

Moderatorin

Dabei muss man wahrscheinlich immer im Blick haben, dass die Erreichbarkeit der jeweiligen Gruppen sehr unterschiedlich ausgeprägt ist und benachteiligte Jugendliche nicht alle gleich sind. Herr Prof. Cremer, Frau Rosenkötter und dann habe ich noch zwei Wortmeldungen.

Prof. Dr. Georg Cremer

Ich gebe dem Herrn aus dem Publikum recht, dass es notwendig ist, auch eine Debatte zu führen, in der wir uns nicht ständig scheuen, den Begriff Unterschicht in den Mund zu nehmen. Ich möchte dies an einem Beispiel deutlich machen: Die Caritas arbeitet unter anderem sehr aktiv in einem sozialen Brennpunkt in München-Hasenberg. Dort wird Kindern mit einem schwierigen sozialen Hintergrund eine sehr frühe Berufsorientierung angeboten. Bereits in der Grundschule werden berufsrelevante Erfahrungen durch spielerische Lernansätze ermöglicht. Es ist – wie Erfolge der Arbeit in Hasenberg exemplarisch zeigen – durchaus möglich, auch in einem Umfeld, das durch Arbeitslosigkeit, geringe Bildung und Abhängigkeit von sozialen Hilfen geprägt ist, die Vererbung von Armut zu unterbrechen.

Ein entscheidendes Problem ist jedoch der Zugang zu diesen Milieus. Es ist daher die entscheidende Aufgabe, auch für die Wohlfahrtsverbände, aus der Sinus-Milieu-Studie praktische Konsequenzen zu ziehen. Es geht um Milieus, die auch den bei uns arbeitenden Sozialarbeitern fremd sind, die uns möglicherweise auch nach unseren Wertvorstellungen, nach unserem Lebensgefühl nicht besonders sympathisch sind. Diesen Zugang gilt es zu finden. Wir müssen Regelinstitutionen wie Kindertagesstätten, Krankenhäuser etc. nutzen, um den Zugang zu verbessern. Diese Debatte steht aus.

Moderatorin

Abgesehen davon, dass das eine Frage des konkreten guten Willens ist, woran hängt es denn, ob man den Zugang findet?

Prof. Dr. Georg Cremer

Es hängt, glaube ich, auch daran, dass diese Zugangsproblematik noch nicht ausreichend Teil unserer Ausbildung ist. Einer der Caritasverbände hat zum Beispiel mit externer Beratung sein Werbematerial für Schwangerschaftsberatungsstellen angeschaut. Und so hat er erfahren, dass die Bilder darauf wunderbar geeignet sind, junge Menschen der Mittelschicht anzusprechen. Die Designer, die das Material erstellen, kommen aus der Mittelschicht. Die Personen, die diesen Flyer freigeben, kommen aus der Mittelschicht. Die Frage, wie man ein Milieu anspricht, das uns völlig fremd ist, wird erst seit Kurzem gestellt.

Ingelore Rosenkötter

Ja, das hat in der Tat etwas zu tun mit Verständlichkeit, Barriereabbau und Zugangsmöglichkeiten. Es geht um die Partizipation auch derer, die es zunächst vielleicht nicht gelernt haben, sich dieser Unterstützungssysteme zu bedienen.

Der Herr aus dem Publikum hat ja genau das Thema angesprochen, das insgesamt die Vielfalt, die einzelnen Facetten und den Hintergrund deutlich macht. Wenn wir über Kinderarmut sprechen, dann sprechen wir darüber, dass Eltern zunächst einmal arm sind oder in schwierigen Verhältnissen leben. Dabei ist Armut eine Sache des Einkommens, aber natürlich auch der Möglichkeit der Teilhabe. Der Begriff Armut umfasst ja sehr viel mehr als nur das Einkommen. An der Stelle wird deutlich, dass, Sie haben es in einem kurzen Satz auch angesprochen, die Arbeitsmarktlage eine ganz große Rolle spielt, nämlich an der Stelle, wo Eltern ohne Arbeit, lange ohne Arbeit sind und diese Arbeitslosigkeit sich in den Familien verfestigt.

Das heißt also: Die Fragen sind sehr global und da sind wir bei den Themen existenzsicherndes Einkommen und Mindestlöhne und all diesen Dingen, die natürlich eine Rolle spielen, wenn wir über Armut reden und darüber, wie wir Kindern und Jugendlichen helfen wollen.

Beitrag aus dem Publikum (2)

Ich möchte Herrn Dr. Dettling beipflichten, dass die Jugendpolitik eine Schicksalsfrage unserer Gesellschaft ist. Ich erwarte mir, dass wir nach dem Ende der kommenden Legislaturperiode feststellen können, dass wir eine Legislaturperiode der Jugendpolitik hatten. Ich begrüße sehr, was an familienpolitischem Engagement in den letzten Jahren möglich geworden ist und weiß auch um die Notwendigkeit, die Voraussetzungen für diese neue Art von Familien- und Kinderpolitik zu schaffen.

Aber Jugend ist mehr als ein Anhängsel von Familien- und Kinderpolitik. Jugend ist eine eigene Lebensphase, die auch eine eigene Aufmerksamkeit braucht und zwar eine Aufmerksamkeit, die darüber hinausgeht, zu fragen, wie der Mensch in Beschäftigung und in Ausbildung kommt. Vielmehr spielen ganz, ganz viele Fragen eine Rolle; nämlich zum Beispiel: In welcher Familie will ich leben, in welcher Gesellschaft will ich leben, was will ich vielleicht selbst beitragen zum Generationenvertrag, wie will ich die Marginalisierung, die ich als Jugendlicher erlebt habe, überwinden im Umgang mit der älteren Generation, die ja auch meinungsbildend den Jugendlichen gegenübersteht. Jugendliche sind nicht blind, sie erfahren ja diese Gesellschaft, in der sie leben. Das ist das eine.

Das Zweite: Ich möchte ausdrücklich die Regionalisierung der Problemlösungen begrüßen, die Problemlösungen in Netzwerken, in Kooperationen. Wir Jugendsozialarbeiter würden gerne Betriebe als Partner mit im Boot haben, wenn wir über Jugendsozialarbeit reden. Wir würden auch gerne vermeiden, dass es ein Projekte-Hopping gibt und eine Anpassung von Projektanträgen an die Ausschreibungspraxis auf Bundes- oder sogar Europaebene.

Ich unterstütze Herrn Prof. Cremer hier ausdrücklich. Wir brauchen die Regelversorgung mit einer breiten Palette von Jugendsozialarbeit und nicht nur mit den drei Programmsätzen der Initiative JUGEND STÄRKEN.

Moderatorin

Herzlichen Dank.

Beitrag aus dem Publikum (3)

Als Sozialplaner kann ich aus praktischer Erfahrung berichten und möchte das Letztgenannte aufgreifen. Es ist wahnsinnig schwierig, dieses ständige Projekt-Hopping zu vermitteln. Das Hin und Her ist für unsere Partner sehr frustrierend. Ich nenne Ihnen Beispiele: Wir konnten mit viel Mühe bei der Kompetenzagentur einige Schulen einbeziehen. Nach ersten Erfolgen gab es Änderungen und wir mussten durchsetzen, dass die Kompetenzagentur nun nicht mehr unmittelbar mit Schulen zusammenarbeitet. Das ist eine schwierige Sache. Jetzt haben wir „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ in einem bestimmten Bereich gut etabliert. Auch dieses Programm stößt auf Begeisterung. Ich weiß aber heute bereits, dass ich es in zwei Jahren wieder abziehe und alles zusammenbricht, was wir erreicht haben.

Wenn Programme erfolgreich sind, muss auch deren Weiterfinanzierung gesichert sein. Unter diesem Aspekt ist der Kampf zwischen Bund, Land, Kommune, Landkreis der bitterste. Meist ist dort niemand mehr zuständig und dann wird erwartet, dass die Eltern einspringen, von denen wir schon wissen, dass sie es nicht tun. Man hat die besten Ideen und jeder weiß, dass sie gut sind, aber wir können sie nicht finanzieren. Das Land kürzt uns die Mittel mit dem Argument, dass wir verschwenderisch seien.

Wir haben zum Beispiel im Bereich Kinderarmut jetzt über 250.000 Euro investiert, damit die Kinder aus dem SGB-II-Bereich und ähnlich Arme in Kindertagesstätten wenigstens eine warme Mahlzeit bekommen. Wir haben 250.000 Euro darüber hinaus eingesetzt, um eine längerfristige Betreuung zu leisten. Jetzt spüren wir so langsam die Grenze, denn für diese freiwilligen Maßnahmen wird das Geld gekürzt. Die Logik lautet: Nur durch Einsparungen ist die Zukunft der Kinder gesichert, denn sie ist nicht gesichert, wenn wir Schulden haben. Das sind die Dinge, die im Alltag sehr nerven.

Im Unterschied zu uns hatten etwa die Schweden die Möglichkeit, ihr Bildungssystem kontinuierlich auszubauen. Sie fingen vor 30, 40 Jahren an, gemeinsam daran zu arbeiten. Das war zunächst nicht unbedingt besser als vorher, aber sie hatten die Chance, ihre Arbeit über Jahrzehnte zu entwickeln und so aus Erfahrungen auch zu lernen. Bei uns fehlt diese Kontinuität. Das hat schlimme Folgen für das Engagement der Akteure vor Ort. Ich darf hier exemplarisch eine Bekannte zitieren: „Jedes Jahr haben wir in Berlin wieder unsere Systeme der Förderung in der Schule verändert. Das ist zermürend und irgendwann wollen alle einfach nur noch in Alterszeit.“

Man muss auch Zeit haben, etwas zu entwickeln. Das sind die Dinge, die mir heute Morgen auffielen und die ich noch einmal loswerden musste.

Moderatorin

Herzlichen Dank. Sicher werden diese Dinge nachher in der zweiten Diskussion auch noch eine Rolle spielen.

Beitrag aus dem Publikum (4)

Ich möchte unterstreichen, was die Vorredner gesagt haben, allerdings aus Sicht einer Landesregierung. Ich bin in einem Arbeitsministerium für den Bereich der beruflichen Bildung für benachteiligte Jugendliche tätig. Dort stelle ich fest: Jugendpolitik ist absolute Schnittstellenpolitik und ich denke, sie ist es auf allen Ebenen.

Es ist ein ganz mühsames Geschäft, Jugendpolitik, Bildungspolitik, Sozialpolitik womöglich in einer Arbeitsmarktpolitik zusammenzubinden. Wir machen das und gehen mit Arbeitsmarktmitteln in Schulen, wenn auch erst in 8. Klassen und auch dort nur für die Benachteiligten.

Herr Dr. Kues, Sie haben es auch immer wieder gesagt, dieser Begriff ist mir noch ein bisschen zu vage, der flattert hier so herum: lokale Bündnisse, Zuständigkeiten, die zusammengebunden werden müssen. Ich denke, das ist ein entscheidender Bestandteil. Die Kommunen brauchen da ganz starke Unterstützung, weil sie im Grunde genommen per se am wenigsten Geld und am wenigsten Gestaltungsspielraum haben.

Bildungsträger, die in den Kommunen tätig werden, wissen genau, was an den sozialen Brennpunkten los ist. Sie sind aber nur so lange legitimiert, wie Fördergelder fließen. Das haben wir in der vergangenen ESF-Periode gesehen, in der ein Schwerpunktthema ja die Netzwerkarbeit war. Die Nachhaltigkeit dieser Netzwerke ist aber durchaus eingeschränkt.

Wir arbeiten im Bereich Schule daran, die Kommunen einzubinden. Wir möchten erreichen, dass die Kommune, die die Standortpolitik und im Grunde genommen ja auch die Gesellschaft regional zu vertreten hat, befähigt wird, den regionalen Übergang auch managen zu können. Wir werden auf längere Sicht nicht auf diese Projekte verzichten können, denn es ist gute und wichtige Arbeit, die hier geleistet wird.

Von daher würde ich mir wünschen, dass das lokale Bündnis, wie es vorhin auch angesprochen wurde, noch stärker betont wird und zwar durch jemanden, der da den Hut aufhat und bitte nicht durch die Bildungsträger, so kompetent sie sind, aber das reicht nicht.

Moderatorin

Vielen Dank.

Vorstellung der Initiative JUGEND STÄRKEN

Dr. Martin Neubauer,
Referatsleiter im Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte Sie gern einladen, mit uns in der Mittagspause die Präsentation auf der Galerie zu besuchen und sich über die neue Initiative JUGEND STÄRKEN, ihre Onlineplattform **www.jugend-staerken.de** und die einzelnen Programme der Initiative zu informieren.

Die soziale und interkulturelle Vielfalt in Deutschland stellt Ressourcen dar, deren Potenziale durch JUGEND STÄRKEN besser genutzt werden sollen. Ziel ist zum einen eine Verbesserung der Schulabschluss-, Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen, zum anderen ist JUGEND STÄRKEN ein bedeutender Beitrag für eine größere Chancengerechtigkeit in Deutschland.

Das Portal der Initiative wurde heute online geschaltet. Unter **www.jugend-staerken.de** können sich Multiplikatoren und Interessierte über einen zentralen Politikschwerpunkt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend informieren. Es wird erläutert, wie es gelingt, die jungen Menschen zu erreichen, welche Methoden angewandt werden können, wenn man mit den Zielgruppen arbeiten möchte und wie die Vernetzung der unterschiedlichen Angebote gelingen kann.

Darüber hinaus können Sie sich, meine Damen und Herren, anhand von Praxisbeispielen über die Programme der Initiative informieren. Diese Programmstandorte bieten jungen Menschen, die mehr Unterstützung brauchen als andere, maßgeschneiderte Angebote und individuelle Hilfen.

Das Programm „**Schulverweigerung – Die 2. Chance**“ (**www.zweitechance.eu**) richtet sich an Jugendliche ab 12 Jahren, die ihren Hauptschulabschluss durch aktive oder passive Schulverweigerung gefährden. Diese Jugendlichen werden in das Schulsystem zurückgeführt und ihre Chancen auf einen Schulabschluss damit verbessert. Bundesweit helfen ca. 200 Projekte den Schülerinnen und Schülern, ihren Weg in die Schule zurückzufinden. Sie finden das Praxisbeispiel der Koordinierungsstelle „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ in Dortmund (**www.dobeq.de/ortogo_cms/projects/dobeq/index.php?id=bv_zweite_chance**) auf der Galerie. Das Projekt nahm im September 2006 seine Arbeit auf. Die beiden Träger GrünBau GmbH und dobeq GmbH betreuen zurzeit 40 schulverweigernde Schülerinnen und Schüler, deren Schulabschluss gefährdet ist.

Die **Kompetenzagenturen** (www.kompetenzagenturen.de) unterstützen benachteiligte Jugendliche, die nach der Schule auf ihrem Weg in den Beruf „verloren gegangen“ sind und nicht bzw. nur noch sehr schwer erreicht werden können. Sie werden aufgesucht, motiviert und aktiviert. Individuelle Beratungs- und Qualifizierungsangebote erleichtern ihre soziale Integration und erhöhen ihre Chancen auf einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz. Bundesweit gibt es ca. 200 Kompetenzagenturen. Seit 2007 arbeitet die Kompetenzagentur Kempten (http://zukunftbringts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=28&Itemid=55) sehr erfolgreich unter Trägerschaft der Stadt und des Stadtjugendrings Kempten. Seit ihrem Bestehen wurden 80 Jugendliche intensiv betreut und fast 180 Beratungsgespräche geführt. Auch dieses Projekt stellt sich heute hier vor.

Die **Jugendmigrationsdienste** (www.jmd-portal.de) unterstützen an mehr als 400 Standorten 12- bis 27-jährige junge Menschen mit Migrationshintergrund. Sie stärken ihre Kompetenzen und unterstützen ihre soziale und berufliche Integration. Sie liegen in der Verantwortung von verschiedenen Trägergruppen der Jugendsozialarbeit.

Die Jugendmigrationsdienste des Caritasverbandes (www.dicvberlin.caritas.de/40901.html) in Berlin arbeiten an vier Standorten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des seit mehr als 20 Jahren existierenden Dienstes stehen Ihnen gerne für Ihre Fragen zur Verfügung. Bis 2008 betreuten sie fast 670 Jugendliche.

Das vierte Programm der Initiative JUGEND STÄRKEN, das Programm **STÄRKEN vor Ort** (www.staerken-vor-ort.de) fördert in mehr als 260 Fördergebieten von 213 Kommunen und Landkreisen Kleinstprojekte. Durch diese Projekte werden soziale Infrastrukturen aufgebaut, die die soziale, schulische und berufliche Integration von benachteiligten Jugendlichen unterstützen. Auch Frauen, die in das Berufsleben einsteigen oder nach einer familienbedingten Pause wieder ins Erwerbsleben zurückkehren möchten, profitieren von diesem Programm.

Der Vorgänger des Programms, LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke, wurde in Berlin-Neukölln seit 2003 durchgeführt und wird nun im Rahmen des Programms STÄRKEN vor Ort fortgesetzt. Sie können sich auf der Galerie über die Erfolgsbilanz der lokalen Koordinierungsstelle (www.berlin.de/ba-neukoelln/europa) informieren: 199 Projekte mit über 5.800 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und fast 100 aktive Projektträger konnten bisher vom Programm profitieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,
abschließend möchte ich Sie darauf hinweisen, dass wir im Rahmen der Initiative JUGEND STÄRKEN eine Modellebene haben. Zum einen haben wir ein sehr interessantes Projekt mit der Stiftung der Deutschen Wirtschaft (sdw) auf den Weg gebracht. Mit der sdw und ihrem Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT sollen auf der lokalen Ebene für die Zielgruppen der Initiative neue Bündnisse entstehen und Unternehmen für ein stärkeres Engagement für Jugendliche mit besonderem Unterstützungsbedarf und junge Menschen mit Migrationshintergrund gewonnen werden. Darüber hinaus werden wir ein weiteres zusätzliches Modellprogramm als Bestandteil der Initiative JUGEND STÄRKEN starten. Nähere Informationen hierzu erhalten Sie bis zum Ende des Jahres.

Impulsreferat „Ausgegrenzt und abgehängt? Chancen eröffnen in Schule, Übergangssystem und Ausbildung“

Prof. Dr. Gerhard Christe, Institut für
Arbeitsmarktforschung und Jugend-
berufshilfe (IAJ), Oldenburg und
Heiner Brülle, Amt für Soziale Arbeit
Wiesbaden

Prof. Dr. Gerhard Christe

Der Titel unseres Vortrags enthält zwei Aussagen: Zum einen will er aus analytischer Perspektive darauf hinweisen, dass Jugendliche – oder genauer: eine bestimmte Gruppe von Jugendlichen – in Schule, Übergangssystem und Ausbildung ausgegrenzt werden und dadurch den Anschluss verlieren. Er will zum anderen aber auch deutlich machen, dass es möglich ist, dem durch entsprechend ambitionierte und kluge Praxis entgegenzuwirken. Dies ist gewissermaßen die pragmatische Perspektive unseres Vortrags. Beide Perspektiven werden in unserem arbeitsteilig und mit verteilten Rollen vorgetragenen Beitrag auch durch Personen verkörpert: Ich vertrete hier die analytische, Heiner Brülle die pragmatische Perspektive. Unser Vortrag besteht aus drei Teilen, die immer jeweils beide Aspekte enthalten.

Ausgegrenzt und abgehängt? 1. Chancen eröffnen in der Schule

Prof. Dr. Gerhard Christe

Die meisten Befunde, die ich Ihnen vorstelle, sind Ihnen vermutlich bekannt. Ich möchte hier einige Erkenntnisse in zugespitzter Form präsentieren.

Die aktuellsten Daten, auf die man zurückgreifen kann, enthält der Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009 (vorläufige Version von April 2009)¹. Danach verließen im Bundesgebiet im Jahr 2007 insgesamt 8 Prozent der männlichen und knapp 5 Prozent der weiblichen Schulabsolventen die allgemeinbildende Schule ohne Abschluss. In absoluten Zahlen sind das rund 70.500 Jugendliche ohne Schulabschluss. Rund ein Viertel der männlichen und knapp ein Fünftel der weiblichen Absolventen hatten einen Hauptschulabschluss. In absoluten Zahlen sind das rund 220.600. Im Vergleich dazu hatten rund 386.500 Jugendliche einen Realschulabschluss und 264.500 waren studienberechtigt.

Da Jugendliche mit Migrationshintergrund bislang nur unzureichend statistisch erfasst worden sind und es deshalb keine eindeutigen Daten für sie gibt, legt der Berufsbildungsbericht 2009 die ausländische Staatsangehörigkeit zugrunde. Ausländische Jugendliche wei-

1 Siehe Folie 3 der folgenden PowerPoint-Präsentation (ppp): Allgemeinbildende Schule.

sen demnach deutlich schlechtere Schulabschlussquoten auf als deutsche. Auch hier haben Mädchen zwar deutlich bessere Schulabschlüsse als Jungen, aber im Vergleich mit deutschen Jugendlichen schließen auch sie deutlich schlechter ab als deutsche Jungen. So haben fast 20 Prozent der männlichen (8.900) und rund 13 Prozent (5.600) der weiblichen ausländischen Jugendlichen die Schule ohne Abschluss verlassen.

Angesichts der föderalen Struktur der Bundesrepublik und der Bildungshoheit der einzelnen Bundesländer, aber auch angesichts unterschiedlicher sozialstruktureller und sozioökonomischer Bedingungen sind die Quoten von Abgängern ohne Schulabschluss in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich. Die höchsten Abgangsquoten ohne Schulabschluss hat Mecklenburg-Vorpommern, die niedrigsten Baden-Württemberg.²

In kaum einem Industrieland ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulbesuch bzw. Bildungserfolg so eng wie in Deutschland. Wir wissen das seit Jahrzehnten (siehe Gutachten des Deutschen Bildungsrates von 1969). Es ist kein Wunder, dass die Eltern bereits die Bildungschancen ihrer Kinder antizipieren.

In dem, was Sie in dieser Folie sehen, kumulieren alle Elemente, die für den Schulerfolg eine Rolle spielen: die Struktur des Bildungssystems, die Leistungsbewertung durch die Lehrer, die Lebensplanung der Kinder und Jugendlichen, die Bildungsaspiration der Eltern, weitere schichtspezifische Aspekte.³

Daraus leiten sich zahlreiche Folgerungen und Handlungsbedarfe ab, die eine erhebliche Herausforderung darstellen.⁴

Folgerungen:

Offensichtlich ist das deutsche Bildungssystem nicht in der Lage, soziale Ungleichheiten auch nur teilweise zu kompensieren. Jugendliche, die aus einem Elternhaus mit dem niedrigsten Sozialstatus kommen, haben im Anschluss an die Grundschule eine deutlich geringere Chance, einen mittleren Schulabschluss zu erwerben oder gar ein Gymnasium zu besuchen als Jugendliche, die aus einem Elternhaus mit dem höchsten sozialen Status kommen. Für ausländische Jugendliche bzw. Jugendliche mit Migrationshintergrund gilt dies verstärkt. Das deutsche Bildungssystem verschärft die schon in der Grundschule bestehenden Disparitäten durch die frühe Auslese noch.

2 Siehe Folie 4 der ppp: Regionale Unterschiede.

3 Siehe Folie 5 der ppp: Soziale Herkunft und Schulabschluss.

4 Siehe Folie 6 der ppp: Folgerungen und Herausforderungen.

Handlungsbedarf:

Die Herausforderungen sind enorm, ich kann hierauf im Einzelnen gar nicht näher eingehen, möchte aber einige wenige Punkte wenigstens stichwortartig nennen:

- | Veränderung der Schulstrukturen,
- | Veränderung von Pädagogik und Lehrerbildung,
- | besondere Förderung benachteiligter Jugendlicher,
- | Schulsozialarbeit,
- | Bekämpfung von Armut.

Nicht außer Acht gelassen werden darf aber auch, dass es erhebliche Interessen daran gibt, dass das Bildungssystem so ausgerichtet ist, wie dies heute der Fall ist und eine Bildungsstrategie verfolgt wird, die nicht auf Integration aller jungen Menschen, sondern auf soziale Segmentierung ausgerichtet ist. Nur so sind viele Probleme zu erklären, und nicht mit dem Mangel an Wissen.

Heiner Brülle

Der Satz: „Nur was gezählt wird, zählt“, ist zwar Controller-Latein, aber eine sehr wichtige Aussage. Wenn Sie in einer Schule nur zählen, wie viele Schüler einen Abschluss erhalten, aber nicht zählen, wie viele Schüler nach dem Abschluss eine Lehrstelle oder einen Einstieg in weiterführende Bildung bekommen, dann nehmen Sie auch diesen Wert nicht in den Referenzrahmen der Schule auf.⁵

Wir versuchen mit unserem Monitoring in der Schulsozialarbeit und in dem kommunalen Bildungsmonitoring allgemein, diesen erweiterten Ansatz umzusetzen. Im Rahmen weiterer kommunaler Forschung im Feld der Bildungsteilhabe analysieren wir den Übergang der Grundschüler in den gegliederten Sekundar-I-Bereich und die Bildungschancen und Lernbindungen aller Wiesbadener Grundschüler.

Heute wurde über Frühbildung schon viel gesprochen. Mittlerweile erscheint mir diese breite Thematisierung der Frühbildung insbesondere auf Veranstaltungen wie der unseren schon ein bisschen suspekt, denn sie lenkt von der Zielgruppe der Jugendlichen ab. Es scheint, als gelte es nun schlicht früher mit den Bildungsangeboten anzufangen. Das hätte jedoch zur Folge, dass man erst einmal ein, zwei, drei Generationen vergessen müsste, nämlich die, die leider diese wunderbare neue Frühbildung nicht erhalten haben. Nein, wir müssen vielmehr gleichzeitig agieren, gleichzeitig frühe Bildungsangebote bereitstellen, einheitliche Bildungsstandards in Kindertagesstätten entwickeln, den Übergang vom Kindergarten in die Grundschulen strukturieren und Berufsorientierungs-, Kompetenzentwicklungs- und Übergangsmanagement-Angebote schaffen und ausbauen. Bei all diesen Angeboten müssen wir darauf achten, nicht nur die Mittelschicht zu erreichen, sondern auch eine starke Teilhabe von Kindern aus bildungsfernen Familien sicherzustellen.

⁵ Siehe Folie 7 der ppp: Förderung des Schulerfolges. Ansätze für die Jugendhilfe in Wiesbaden.

Neben den genannten Strategien der Sozial- und Bildungsberichterstattung bildet die stadtteilbezogene Kooperation der Fachkräfte in Jugendhilfe und Schulen eine weitere wichtige Strategie zur Bildungsförderung. Dieser Ansatz wird auch durch das Bundesprogramm STÄRKEN vor Ort stark unterstützt. Allerdings muss man vor Ort eine stabile Struktur entwickeln, die die Schulen in die Lage versetzt, Angebote von außen wirksam an- und aufzunehmen. Dies wird häufig unterschätzt.

Als ein Ergebnis unserer Grundschulstudie bringe ich kurz, weil wir so viel über Migration und Migrationshintergrund sprechen, eine Folie zu den Einflussfaktoren der Bildungsteilhabe. Sie müssen die komplexe Grafik gar nicht im Detail lesen, ich zeige Ihnen nur die untere, die rote Linie. Das sind Wiesbadener Grundschüler, deren Eltern nur maximal den Hauptschulabschluss und unter 500 Euro sogenanntes Äquivalenzeinkommen haben. Diese Unterschichtschüler haben mit einer Durchschnittsnote von 2,5 eine Chance von 35 Prozent das Gymnasium zu besuchen. Schülerinnen und Schüler, deren Eltern über Abitur und mehr als 1.000 Euro Äquivalenzeinkommen verfügen sowie einen Migrationshintergrund aufweisen, wechseln mit einer Wahrscheinlichkeit von 85 Prozent auf das Gymnasium. Sie sehen auch bei den anderen Sozialgruppen, dass die gestrichelte Linie, die die Teilgruppen mit Migrationshintergrund anzeigt, tendenziell immer leicht über der durchgehenden Linie der Kinder ohne Migrationshintergrund platziert ist.⁶

Der Kern der Bildungsungleichheit ist also nicht der Migrationshintergrund, sondern die soziale Schichtung der Gesellschaft. Menschen dieser Unterschicht, oder Underclass, wie die Engländer sagen, sind die Verlierer unseres Bildungssystems. Nebenbei bemerkt, glaube ich, dass uns ein Begriff wie Prekariat hier nicht weiterführt. Diese Daten sind in unserer bürgerlich regierten Stadt drei Jahre lang intensiv diskutiert worden. Diese Studien haben durchaus Einfluss gezeigt. Jetzt hat die Politik uns den Auftrag erteilt, einen sogenannten Sozialindex für Kindergärten und Schulen zu entwickeln. Ziel ist, dass an Orte mit höherem Anteil von Unterschichten und anderen Problemlagen mehr Ressourcen gelangen.

Unser Standardsystem zur Förderung des Schulerfolges durch Jugendhilfe ist die Schulsozialarbeit. Damit haben wir Ende der 70er-Jahre begonnen und sind stets dem Leitmotiv gefolgt: „Schulsozialarbeit ist integrativ zur Schule.“ Das heißt, sie bildet ein Setting, ein Netzwerk für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte und Eltern an der Schule und sie ist kompensatorisch ausgerichtet. Diesen Begriff hat man zwei Jahrzehnte lang kaum gehört, aber da ich schon ein bisschen älter bin, ist er mir nicht fremd. Kompensatorisch ausgerichtet bedeutet, dass Schulsozialarbeit für alle Schüler der Schule da ist. Diesem Anspruch wird man am besten gerecht, indem man zunächst Klassen betreut und gemeinsam mit Klassenlehrern arbeitet. In einem zweiten Schritt wird man nach alten Standards guter Sozialarbeit und Jugendhilfe in gruppenbezogene Angebote differenzieren, in denen bestimmten Schülern, bestimmten Zielgruppen, kompensatorische und präventive Angebote gemacht werden. Hier wird es auch kompensatorische Einzelfallarbeit geben, die dann im Besonderen die Übergänge zu einzelfallbezogenen sozialen Diensten sicherstellt.

6 Siehe Folie 8 der ppt: Schulnote, soziale Schicht und gymnasiale Übergänge der Grundschüler/-innen in WI.

Schulsozialarbeit ist unsere zentrale Strategie, um Sozial- und/oder Bildungsbenachteiligte zu unterstützen. Wir erreichen mit der Schulsozialarbeit im Moment 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler, die einen Hauptschulabschluss in den Schulen anstreben. Diese Schulsozialarbeit funktioniert jedoch nicht – das müssen Sie mir glauben – mit der gegenwärtigen Personalbemessung. Sie funktioniert nicht, wenn eine einzige Fachkraft für die Schulsozialarbeit an drei oder mehr Schulen oder gar für ein ganzes Kreisgebiet zuständig ist. Die Wiesbadener Fallbemessung sieht für 150 Schülerinnen und Schüler eine sozialpädagogische Fachkraft vor.⁷

Ausgrenzt und abgehängt? 2. Chancen eröffnen im Übergangssystem

Prof. Dr. Gerhard Christe

Wir kommen zu unserem zweiten Block und damit zu dem Übergangssystem oder dem, was man so nennt. Inzwischen wird ja davon gesprochen, dass das berufliche Bildungssystem in Deutschland durch eine Dreiteilung gekennzeichnet sei. Es gibt das duale System, das Schulberufssystem und das sogenannte Übergangssystem, das sich vom Schulberufssystem wie vom dualen System dadurch unterscheidet, dass es keine Angebote macht, die zu einer qualifizierten Berufsausbildung oder einem anerkannten Abschluss führen.

Wir wissen, dass die Angebote ausgesprochen heterogen sind. Sie reichen von Berufsgrundbildungsjahren (BGJ) und Berufsfachschulen bis hin zu berufsvorbereitenden Maßnahmen und vielem mehr. Ich brauche das nicht im Einzelnen aufzuführen. Gemeinsam ist aber all diesen Maßnahmen, dass sie zu keinem qualifizierenden beruflichen Abschluss führen und ihre Teilnehmer häufig in der Unsicherheit lassen, ob sie in ein Ausbildungsverhältnis der beiden anderen Sektoren einmünden.⁸

Man sieht an dieser Folie, die aus dem 2. Nationalen Bildungsbericht stammt, wie hoch der Anteil inzwischen ist, der in das sogenannte Übergangssystem geht. Wie bei den Schulabgängen ohne Abschluss gibt es auch bei den Zugängen zu den drei verschiedenen Sektoren des beruflichen Ausbildungssystems erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern. Ich kann das hier nur benennen, ohne auf die Ursachen einzugehen. So hat zum Beispiel Bremen die höchste Zugangsquote ins duale System mit etwa 50 Prozent und die geringste ins Übergangssystem. Umgekehrt hat Nordrhein-Westfalen die niedrigste Zugangsquote ins duale System und die höchste ins Übergangssystem. Auch das muss man natürlich noch einmal genauer ansehen und hinterfragen. Aber die Zahlen machen deutlich, dass wir auch immer den regionalen Blick haben müssen.⁹

Insgesamt nimmt etwa ein Drittel aller Schulabgänger, die nicht studienberechtigt sind, also Jugendliche mit Hauptschulabschluss, ohne Abschluss oder mit mittlerem Abschluss, mindestens an einer Maßnahme des Übergangssystems teil. Dies hat die sogenannte Über-

7 Siehe Folie 9 der ppp: Förderung des Schulerfolges: (fast) flächendeckende Schulsozialarbeit an Hauptschulen und Integrierten Gesamtschulen im 3-Stufenkonzept.

8 Siehe Folie 11 der ppp: Übergangssystem.

9 Siehe Folie 12 der ppp im Anhang: Übergangssystem – regional.

gangsstudie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) deutlich gemacht. Bezogen auf alle Schulabgänger bedeutet das eine durchschnittliche Verweildauer im Übergangssystem von gut drei Monaten, wobei dies nach Schulabschluss deutlich differiert. Schulabgänger mit maximal Hauptschulabschluss haben eine durchschnittliche Verweildauer im Übergangssystem von knapp acht Monaten, mehr als doppelt so lang wie diejenigen mit einem mittleren Abschluss. Da beträgt die Verweildauer etwa drei Monate.

Ich habe ja bereits gesagt, dass das Übergangssystem Jugendliche vielfach in Unsicherheit lässt. Doch auch das kann man nicht ganz so pauschal sehen, denn die Teilnahme am Übergangssystem kann für Jugendliche nützlich sein, sie muss es aber nicht. Insgesamt zeigt diese Folie, dass zusammengenommen etwa zwei Fünftel der Jugendlichen im Anschluss in eine betriebliche oder außerbetriebliche Ausbildung gelangen, je nachdem, an welcher Maßnahme sie zuvor teilgenommen haben. Aber – und das ist eben auch besonders wichtig – mindestens so vielen Jugendlichen oder sogar noch mehr gelingt dieser Schritt nicht.¹⁰

Insgesamt kann man sagen, dass das Übergangssystem nur begrenzt in der Lage ist, Jugendliche in weiterführende berufliche Pfade zu lotsen. Wie gesagt, ist das eine sehr pauschale Aussage, die sich auf lokaler Ebene anders darstellen kann.

Welche Folgerungen und Herausforderungen ergeben sich aus dieser Erkenntnis? Es ist aufgrund des, ich nenne es mal, Versagens des regulären Ausbildungssystems erforderlich geworden, neben dem dualen System ein Kompensationssystem zu entwickeln, um Jugendliche, die an der ersten Schwelle scheitern, aufzufangen und ihnen doch noch die Chance für den Erwerb eines Berufsabschlusses zu ermöglichen. Das gelingt nur bedingt und hängt vom Maßnahmenangebot ab.

Daher wird vor diesem Hintergrund seit Langem gefordert, die Angebote besser aufeinander abzustimmen und an die unterschiedlichen, individuellen Voraussetzungen der Jugendlichen anzupassen. In diesem Kontext sind in den letzten Jahren auch verschiedene Initiativen unter dem Begriff des regionalen Übergangsmangements entwickelt worden. Ich möchte da zum Beispiel an die Weinheimer Initiative erinnern. Diese Angebote wenden sich gegen standardisierte Einheitspfade des Übergangs für jeden Jugendlichen. Stattdessen berücksichtigen sie die bestehende Vielfalt an Wegen und damit verbundenen Möglichkeiten, auch die Übergänge nach eigenen Vorstellungen gestalten zu können. Übrigens sind die eigenen Vorstellungen der Jugendlichen bei der Gestaltung ihrer persönlichen Übergangswege auch ein Aspekt, der häufig zu kurz kommt.

Gleichzeitig ist es notwendig, eine möglichst hohe Selbstorganisation der Jugendlichen zu fördern und ihnen individuelle, ich betone individuelle, Integrations- und Entwicklungswege zu eröffnen. Ein so verstandenes Übergangsmangement erfordert neben einem entsprechenden pädagogischen Ansatz und einem kohärenten Konzept auch ein gewisses Maß an Redundanz der Angebotsstruktur. Notwendig ist eine kleinteilige und vielfältige, jedoch auch übergreifend gesteuerte Angebotsstruktur, die immer flexibel den entsprechenden

¹⁰ Siehe Folie 13 der ppp: Übergänge aus dem Übergangssystem.

Voraussetzungen der Jugendlichen und den sich daraus ergebenden Anforderungen angepasst wird.¹¹

Heiner Brülle

Eine kohärente Übergangsstrategie – wie sie Herr Prof. Christe beschreibt – ist das, was wir in Wiesbaden aufbauen möchten. Aber zunächst ein Wort zum Begriff Übergangssystem. Wir neigen in Deutschland dazu, allen neuen Problemen eine neue Institution oder gar ein Gebäude zu bauen. Ich glaube, beim Übergangssystem sind wir auch gerade dabei einen neuen institutionellen Bildungsort zu schaffen. Unser Ziel in Wiesbaden ist es, das Übergangssystem mit den abgebenden und den aufnehmenden Systemen zu verschränken – möglichst ohne einen neuen Ort zu schaffen, auch wenn es zum Teil die Fördersystematiken des BMAS (SGB II, SGB III) und des BMFSFJ schwierig machen, dieses Ziel in der Praxis zu realisieren. Diese Verschränkung bildet die Grundlage dafür, dass es uns besser gelingt, weder die Zeit der Jugendlichen noch das Geld der Steuer- und Beitragszahler zu verschwenden, indem man neue Institutionen und Bildungsorte aufbaut.

Das Übergangssystem ist für uns in erster Linie ein Management von zwei Schnittstellen und nicht die Schaffung einer dritten. Bei diesem Übergangmanagement haben wir uns in Wiesbaden auf vier Leitlinien verständigt, die für unsere Strategien strukturbildend sind.

1. Das Leitbild Jugendhilfe muss auch für die Zielgruppen des SGB II gelten: Junge Menschen benötigen Zeit sich zu erproben, sie können Fehler machen und sie brauchen eine zweite, dritte, vierte und fünfte Chance. Dieser Ansatz ist die Stärke der Jugendhilfe. Wir haben diese Möglichkeit in Wiesbaden dadurch erreicht, dass wir Jugendliche aus kommunalen Jugendhilfemitteln unterstützen, wenn ihnen im Rechtskreis des SGB II nicht weitergeholfen werden kann.
2. Individuelle Integrationsstrategien sind das Maß der Dinge. Wie Prof. Christe eben schon sagte, brauchen wir unterschiedliche Lösungsformen und unterschiedliche Lösungswege. Ferner darf diese individuelle, mit dem jungen Menschen und gegebenenfalls seinen Eltern vereinbarte, Integrationsstrategie nicht in jeder der zuständigen Institutionen neu gestartet werden. Die vereinbarte individuelle Strategie muss mitgenommen und fortgeführt werden können – von der Schule in die berufliche Schule und von der beruflichen Schule zur Not auch noch in die BVB-Maßnahme. An der Strategie muss man kontinuierlich arbeiten. Diese Anforderung ist leichter formuliert als umgesetzt. Leider neigen auch sozialpädagogische Fachkräfte bei wechselnder Zuständigkeit dazu, auf das jeweilige Hilfesystem und den Rechtskreis bezogene Eingliederungsplanungen neu aufzustellen, ohne Anschlüsse an die vorher getätigten Hilfen zu suchen.
3. Um dieses hinzukriegen, braucht man eine Systemkopplung, das heißt eine enge Verknüpfung der unterschiedlich zuständigen Bereiche, um eben Bildungspotenziale auszunutzen und die Stärken auszubauen und die Schwächen der beteiligten Institutionen zu kompensieren. In Wiesbaden haben sich sogenannte Übergabekonferenzen zwischen den zuständigen Hilfesystemen unter Beteiligung des Jugendlichen bewährt.
4. Systemkopplung braucht Moderation und die Etablierung einer Verantwortungsgemeinschaft. Zentraler Akteur dieser Moderation der Systemkopplung kann nur die Kom-

¹¹ Siehe Folie 14 der ppp: Folgerungen und Herausforderungen.

mune, das heißt die Stadt oder der Landkreis, sein. Es fällt ohne diesen klaren räumlichen Bezug schon rein technisch schwer, ein sauberes Berichtswesen zu gestalten. Denn es geht beim Übergangsmanagement nicht darum, für eine Schule oder in einem Stadtteil tolle Übergangsergebnisse zu erzielen. Übergangsmanagement heißt, dass für alle infrage kommenden jungen Menschen Angebote existieren. Es heißt, dass der Weg aller jungen Menschen im Übergang, beispielsweise von der Sekundarstufe I in das Berufsbildungssystem, beobachtet und berichtet wird. Es geht um die kontinuierliche Messung und Berichterstattung der Erfolge und Misserfolge. Dies kann am besten in einer Kommune stattfinden. Ich nenne das nicht Kommunalisierung, sondern Lokalisierung, da der Begriff Kommunalisierung gerade auch in Bundesministerien falsch als kommunal finanziert verstanden werden könnte.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden wendet hierfür sehr viel Geld auf, aber wir wollen und können nicht alleine der Kostenträger des Übergangsmanagements sein.¹²

Wie die Kommune problemadäquat reagieren kann, möchte ich Ihnen auf der nächsten Folie am Beispiel unseres Kompetenz-Entwicklungs-Programms der Schulsozialarbeit skizzieren.¹³ Um das Übergangsmanagement nicht erst im Übergangssystem anzusiedeln, sondern rechtzeitig im abgebenden System zu installieren, haben wir es mit der Schulsozialarbeit realisiert. Spätestens in der Klassenstufe 7 beginnen wir mit konkreten Projekten soziales Lernen, Schlüsselqualifikationen usw. zu fördern und ermöglichen, betriebliche Lebenswelten kennenzulernen. Dies geschieht kooperativ mit der Berufsberatung der Arbeitsagentur und mit den Lehrerinnen und Lehrern. Nach der ersten Hälfte der 8. Klasse erarbeiten Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter, Schüler und Eltern ein individuelles Schülerprofil. Darauf aufbauend werden auf den weiteren beruflichen Weg gerichtete Ziele in einem Eltern-Schüler-Gespräch mit Lehrern und Schulsozialarbeitern fest vereinbart.

Zur ethischen Praxis von Kompetenzprofilen gehört für uns, dass wir für jeden Jugendlichen zusätzliche Qualifizierungsangebote bereitstellen. Wir haben kein Rüttelsieb oder neudeutsch Profiling, welches bestimmte Qualifikationsstufen – seien es die Schwächsten oder die Stärksten – aussiebt. Kompetenzfeststellung ist im Leitbild der Jugendhilfe immer fest mit einem verbindlichen Angebot zur Kompetenzentwicklung verbunden. Die Qualifikationsangebote können sehr unterschiedlicher Art sein. Sie können Elemente von beruflicher Grundqualifizierung, von sozialem Kompetenztraining, von schulischen Förderkursen oder auch von konkreter Berufs- bzw. Betriebsorientierung umfassen. Wir können dies nur machen, indem wir sehr eng mit den Wiesbadener Betrieben, Innungen und Kammern zusammenarbeiten. Diese bringen auch erhebliche Ressourcen mit ein. Insbesondere die beruflichen Grundqualifizierungsangebote der Bildungseinrichtungen der Kammern haben durch ihre berufspädagogische Ausrichtung eine wesentlich höhere orientierende und Kompetenz entwickelnde Qualität als ein betriebliches Praktikum. Ferner arbeiten wir bei den Kompetenz-Entwicklungs-Angeboten eng mit der Agentur für Arbeit zusammen, die über § 33 SGB III mitfinanziert.

12 Siehe Folie 15 der ppp: Übergangssystem. Leitlinien für die berufliche Eingliederung junger Menschen in Wiesbaden.

13 Siehe Folie 16 der ppp: Kompetenz-Entwicklungs-Programm im Übergang Schule – Beruf (im Verbund von Schulsozialarbeit mit Schule, Agentur für Arbeit, Ausbildungsagentur und Wirtschaft).

Ziel des Kompetenz-Entwicklungs-Programms ist es, eine ganz klare Orientierung aller Beteiligten auf die nächsten Schritte der Berufswegeplanung zu richten und dies mit einer Erfolgsorientierung zu versehen. So versuchen wir selbst mit den Schülern, die keinen Hauptschulabschluss schaffen werden, bestimmte Ziele, die sie weiterführen – wie beispielsweise ein Deutschkurs oder ein soziales Kompetenztraining – zu vereinbaren. Ebenso versuchen wir in der Kompetenzagentur gemeinsam mit den Eltern und dem jungen Menschen zu vereinbaren, welches die nächsten sinnvollen Qualifikationsschritte sein werden. Die Umsetzung dieser nächsten Schritte versucht die Kompetenzagentur dann auch zu garantieren. Zu diesem Zweck haben wir Übergabekonferenzen etabliert, die mit den aufnehmenden Systemen – sei es die berufliche Schule, die Arbeitsagentur oder die kommunale Ausbildungsagentur für SGB-II-Berechtigte – versuchen, möglichst verbindlich den weiteren Weg zu vereinbaren. Bei den berufsvorbereitenden Hilfen des SGB II und III funktioniert das schon sehr gut, bei den beruflichen Schulen ist die Verbindlichkeit der Planungen der Übergabekonferenzen noch verbesserungsbedürftig. Für das BMFSFJ war diese umfassende schulische Startposition der Kompetenzagentur nicht unkritisch. Ich denke aber, dass wir dieses Konzept jetzt weiter so umsetzen können. Wir erreichen an dieser Stelle jeden Schüler, auch diejenigen, die mehr oder weniger nur noch formal die Schulklasse besuchen. Diese sehr schwierigen Jugendlichen werden zum Beispiel durch aufsuchende Arbeit angesprochen. Da wir die Übergänge aller Hauptschülerinnen und Hauptschüler begleiten, können wir auch die Ergebnisse und Verläufe messen und dokumentieren. Dieses ist, wie oben ausgeführt, selbst ein wesentliches Element des Übergangsmangements.

In Wiesbaden betreuen wir mit diesem Verfahren bis auf zwei Schulen alle relevanten Haupt- und Gesamtschulen mit dem Kompetenz-Entwicklungs-Programm der Schulsozialarbeit. Das heißt, im Schnitt sind 600 bis 700 Schüler im Jahrgang an diesen Kompetenz-Entwicklungs-Angeboten beteiligt. Die Grafik dokumentiert eine eindeutig sichtbare Steigerung der Qualität der Schulabschlüsse. Wir sind sicher, dass dieses Ergebnis Folge der Motivationssteigerung der Schülerinnen und Schüler ist, dass ihnen das Kompetenz-Entwicklungs-Programm eine Perspektive eröffnet, die sie zur Leistungsentwicklung an der Schule befähigt.¹⁴ Die Schüler wissen und merken, dass es Sinn macht, für einen schulischen Abschluss zu arbeiten, dass sie Unterstützung bekommen und dass sie, wenn sie aktiv mitwirken, auch die nächste Hilfe, das nächste Angebot zur weiteren Kompetenzentwicklung und zur beruflichen Bildung erhalten. Ich mache das plakativ: Im Jahr 2006 erhielten 51 Prozent der Schüler an Schulen mit Schulsozialarbeit maximal einen Hauptschulabschluss oder blieben ohne Schulabschluss. 49 Prozent – wenn ich die Ü11-Übergänge aus den Gesamtschulen mitnehme – haben es geschafft, eine höhere Qualifizierung zu erreichen. Bereits zwei Jahre später – nach dem ersten Durchlaufen des Kompetenz-Entwicklungs-Programms – sind es 63 Prozent. Während bis 2006 durchschnittlich 16 Prozent keinen Schulabschluss schafften, sind es 2008 nur noch 9 Prozent. Dieses Ergebnis ist eindeutig auf eine höhere Schulleistung der Schülerinnen und Schüler, auf eine höhere Motivation zur Leistung zurückzuführen.

14 Siehe Folie 17 der ppp: Schulabschlüsse der Schulabgänger/-innen aus den Klassen 9 und 10 an 5 Hauptschulen und 3 Integrierten Gesamtschulen mit Schulsozialarbeit, Jahre 2004 – 2008.

Dieses Chart zeigt die Übergänge der Abgänger, die maximal einen Hauptschulabschluss erreicht haben, in eine berufliche Ausbildung, aber auch in eine tatsächlich weiterführende Schulbildung.¹⁵ Wir haben in unserem Zielsystem – anders als viele Hauptschulprojekte – den Übergang in duale Ausbildung nicht priorisiert. Vielmehr gilt ein Übergang in ein tatsächlich weiterqualifizierendes Angebot zu einem Realschulabschluss, der ein vielfältigeres berufliches Spektrum ermöglicht, als ebenso erfolgreiches zu förderndes Übergangsergebnis. Wenn Sie sich an meine Aussage erinnern „Was gezählt wird, zählt“, dann bedeutet dies, dass ein weiterführender Schulbesuch auch als Erfolgskennzahl zählt. Allerdings müssen wir die Nachhaltigkeit dieser weiterführenden Schulbesuche kontinuierlich beobachten und bei eventuell anschließenden zu geringen Übergängen in Berufsbildung entsprechend intervenieren.

Das Übergangssystem muss mit einem qualifizierten Übergangsmangement in der allgemeinbildenden Schule beginnen. Schulen müssen die Übergänge ihrer Schüler genauso in den Blick nehmen wie die Abschlusszertifikate.

Schulen, Berufsberatungen und Jugendberufshilfen müssen Eltern bei den Übergangentscheidungen beraten und unterstützen. Wir überfordern Schulen damit, dies alles alleine zu machen. Ich glaube, dass Jugendhilfe an dieser Stelle richtig angesiedelt ist. Die Kompetenzen und Aufgabe der Jugendhilfe bestehen darin, kompensatorisch die jungen Menschen und ihre Eltern in dieser wichtigen Zukunftsfrage zu unterstützen und fehlendes soziales Kapital der Herkunftsfamilie zumindest ein Stück weit zu kompensieren.

Der zweite Punkt betrifft die fiskalische Abwicklung des Übergangssystems. Alle Beteiligten leiden unter dem Diktat des fiskalischen Kalküls, welches immer wieder zu eigentlich falschen Angeboten führt. Insbesondere wenn die Vollzeitschulpflicht noch nicht erfüllt ist, also keine SGB-II-, keine SGB-III-Leistung gewährt werden soll, werden Jugendliche oft ohne jede Motivation noch ein Jahr in die Schule gesetzt. Das passiert, obwohl alle Beteiligten wissen, dass ein weiterer Schulbesuch im Moment das völlig falsche Angebot ist. Besser wäre eine qualifizierende betriebsähnliche Beschäftigung, um möglichst im Anschluss daran wieder kognitive Leistungsentwicklung ermöglichen zu können.

Eine intelligente Systemkopplung könnte dieses typische Problem ganz einfach regeln. Ein Beispiel: Es wird ein Rechtsanspruch auf ein weiteres Schuljahr gewährt, der junge Mensch geht aber erstmal einer Arbeit nach oder erhält eine beschäftigungsbezogene Qualifizierung. Aber das lässt unser föderales und Rechtsform orientiertes Übergangssystem nicht zu. Auch die sogenannte Instrumentenreform im SGB II und III hat das Problem eher verstärkt.

Der dritte Punkt ist für mich, dass wir, wie in Schulen, auch im Übergangssystem selbst vermeiden müssen, neue Institutionen, neue Lernorte zu schaffen. Wo immer möglich, sollte man versuchen, das Übergangssystem bei Bedarf in den Lehrbetrieb hineinreichen zu lassen. Wenn der Jugendliche noch nicht die erforderliche Ausbildungsreife zeigt, dann lässt sich noch stärker als bisher mit Ausbildungsbegleitenden Hilfen (AbH) und ähnlichen Angeboten eine ergänzende Förderung während der betrieblichen Ausbildung platzieren. Wenn beispielsweise die schulischen Anforderungen des Berufs nicht erreicht werden – warum kann man nicht in dem (zukünftigen) Ausbildungsbetrieb arbeiten und ergänzend schulisch

15 Siehe Folie 18 der ppt: Übergänge aller Hauptschulabgänger/-innen aus den Klassen 9 und 10: 2004 bis 2008.

und sozial gefördert werden? Die Motivation zu lernen kommt nämlich nicht selten mit der Arbeit. Das wäre ein intelligentes Übergangssystem, ohne neue Lernorte und Institutionen, ohne die Lebenszeit der Jugendlichen durch eine misserfolgsorientierte Maßnahmenkarriere zu verschwenden. Angebote im Übergangssystem müssen immer erfolgsorientiert agieren und mit einer verlässlichen sozialen Bindung ausgestaltet werden.¹⁶

Ausgegrenzt und abgehängt? 3. Chancen eröffnen in der Ausbildung

Prof. Dr. Gerhard Christe

Damit sind wir bei unserem dritten Block und kommen zum Schluss. Es geht um das Thema Ausbildung, das in unserem Kontext eine wichtige Rolle spielt. Jedes Jahr nehmen zwischen 550.000 und 600.000 Jugendliche eine duale Ausbildung auf; so ist das jedenfalls in den letzten 10 bis 15 Jahren gewesen. Allerdings gibt es aufgrund verschiedener Ursachen eine erhebliche und auch wachsende Zahl von Jugendlichen, die diesen Übergang nicht schaffen. Die Lücke zwischen einer Bewerbung und einem Ausbildungsplatz ist ziemlich groß. Wie groß sie tatsächlich ist, ist im Einzelnen nicht so genau und auch nicht so einfach statistisch zu erfassen. Dazu gibt es eben unterschiedliche Verfahren und entsprechend auch unterschiedliche Befunde.

Was Sie hier sehen, ist eine Grafik mit verschiedenen Daten aus dem 2. Nationalen Bildungsbericht.¹⁷ Die Fläche unten zeigt die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, darüber ist das Ausbildungsstellenangebot zu sehen. Die Kurve darüber, die rechts bei etwa 650.000 endet, ist die Ausbildungsstellennachfrage nach der gesetzlichen Definition. Aber wenn man eine erweiterte Definition zugrunde legt – also die Bewerber dazuzählt, die alternativ einmünden, weil sie zum Beispiel ein Parkjahr in der weiterführenden Schule einlegen oder Berufsvorbereitungsmaßnahmen besuchen und dabei ihren Vermittlungswunsch aufrechterhalten – kommt man zu einer wesentlich höheren Zahl von Jugendlichen, die eine Ausbildung nachfragen. Entsprechend größer ist auch die Lücke.

Unstrittig ist, dass Jugendliche, die keinen Abschluss oder lediglich einen Hauptschulabschluss haben, nur geringe Chancen haben, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, jedenfalls deutlich geringere Chancen als Jugendliche mit mittlerem oder gar höherem Abschluss. Dieser Zusammenhang hat sich in den letzten 15 Jahren noch verschärft. Der Anteil der Jugendlichen, die ohne Schulabschluss eine Berufsausbildung aufnehmen, ist in den letzten 10, 15 Jahren deutlich zurückgegangen; ebenso der Anteil der Jugendlichen, die mit Hauptschulabschluss eine Berufsausbildung begonnen haben.

Die Chancen für Jugendliche, eine Berufsausbildung aufzunehmen, sind ganz unterschiedlich verteilt. Sie sehen auf dieser Folie¹⁸, dass drei Aspekte eine ganz zentrale Rolle spielen: erstens der Schulabschluss, zweitens das Geschlecht und drittens der Migrationshintergrund. Die Linien, die man hier sieht, geben jeweils den Median an. Der Median teilt die Gesamtgruppe genau in der Mitte. Man sieht also, dass es bei denjenigen Jugendlichen, die maximal einen Hauptschulabschluss erreicht haben, 13 Monate dauert, bis die Hälfte von

¹⁶ Siehe Folie 19 der ppp im Anhang: Fazit zum Übergangssystem.

¹⁷ Siehe Folie 21 der ppp im Anhang: Ausbildungsplätze und -nachfrage.

¹⁸ Siehe Folie 22 der ppp im Anhang: Übergänge in Ausbildung.

ihnen in einer betrieblichen Berufsausbildung ist. Bei Jugendlichen mit einem mittleren Abschluss dauert es dagegen nur drei Monate.

Auch sehr interessant ist der mittlere Teil der Grafik. Er zeigt, dass trotz des häufig diskutierten „Elends der jungen Männer“ junge Frauen nach wie vor bei der Berufseinmündung massiv benachteiligt sind. Man sieht hier ganz deutlich, dass Frauen sehr viel länger warten müssen als Männer; und wenn Jugendliche keinen Migrationshintergrund haben, sind sie auch sehr viel schneller in Ausbildung als mit Migrationshintergrund.

Insgesamt hat die Teilnahme von Jugendlichen an Ausbildung in den letzten Jahren deutlich abgenommen. Das gilt bei jungen Männern wie bei jungen Frauen; und hier gibt es auch wieder ganz massive Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen. Bei den jungen Frauen beträgt der Unterschied zwischen deutschen und ausländischen 25 Prozentpunkte, ausländische junge Frauen gehen also um ein Viertel weniger häufig in Ausbildung als deutsche. Bei den jungen Männern beträgt der Unterschied sogar über 40 Prozentpunkte. Das heißt, auch in Bezug auf die Berufsausbildung gibt es eine ganz massive Benachteiligung von ausländischen Jugendlichen.

Ein weiteres Problem in unserem Zusammenhang ist die hohe Zahl der Ausbildungsabbrüche. Etwa jeder fünfte Jugendliche löst seinen Ausbildungsvertrag vorzeitig. Dafür gibt es verschiedene Gründe: Berufsschule, Berufswahl, persönliche oder betriebliche Schwierigkeiten. Diese Quote ist in den letzten zehn Jahren leicht zurückgegangen. Auch hier bestehen Unterschiede zwischen den östlichen und den westlichen Bundesländern und jeweils auch zwischen den einzelnen Bundesländern. Die höchste Abbrecherquote gibt es in Berlin mit etwa 28 Prozent, die geringste in Baden-Württemberg. Was in unserem Zusammenhang besonders wichtig ist: Es gibt ganz unterschiedliche Abbrecherquoten bezogen auf die einzelnen Ausbildungsberufe. Sie sehen hier, dass es im Gastronomiebereich – also Restaurantfachmann, Köchin, Fachkraft im Gastgewerbe – sehr, sehr viele Ausbildungsabbrüche sind, während bei den Verwaltungsangestellten und bei Bankkaufleuten doch eine sehr geringe Abbruchquote zu verzeichnen ist.¹⁹

Was folgt daraus? Insgesamt kann man feststellen, dass sich die soziale Segmentierung, die wir bereits im allgemeinen Schulsystem beobachten konnten, auch im Berufsausbildungssystem fortsetzt. Aus dieser Tatsache ergibt sich vielfältiger Handlungsbedarf. Auch hier nur wenige Stichworte: Notwendig ist eine bessere Berufsorientierung und Berufsvorbereitung, eine Begleitung von Jugendlichen, und zwar über die erste Schwelle hinaus, und auch eine Begleitung von Betrieben während der Ausbildung, eine bessere Kooperation von Betrieb und Berufsschule und nicht zuletzt eine flexible Gestaltung der Berufsausbildung.²⁰

Heiner Brülle

Ich kann diesen Punkt angesichts der Zeit kurzhalten. Ich habe im Abschnitt zum Übergangssystem schon Wesentliches zur Berufsausbildung ausgeführt. Lassen Sie mich noch einmal zusammenfassen:

Für die jugendliche Sozialisation, für die Entwicklungsmöglichkeiten der jungen Menschen ist die berufliche Ausbildung das zentrale Element. Nicht nur die Arbeitslosigkeitsrisiken, sondern auch alle anderen Formen sozialer Integration korrelieren sehr stark mit einer

¹⁹ Siehe Folie 23 der ppp: Ausbildungsabbrüche.

²⁰ Siehe Folie 24 der ppp: Folgerungen und Herausforderungen.

beruflichen Ausbildung. Die politische Aussage, die wir an der Stelle bräuchten, wäre eigentlich ein Recht auf eine berufliche Ausbildung und nicht auf einen Hauptschulabschluss. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat seit 1998 im Rahmen eines kommunal finanzierten Programms garantiert, jungen Menschen Wege zur Berufsbildung dadurch zu eröffnen, dass jedem ein Angebot zur Berufsbildung gemacht wird.

Berufliche Ausbildung ist und bleibt ein wichtiges Element der Jugendpolitik. Folgt man dieser Position, dann kann Jugendhilfe nicht versuchen, aus der Berufsausbildung auszusteigen. Berufsbildung gehört zur Jugendhilfe, weil es ein wesentliches Element der Jugendphase ist. Manche Jugendämter und Kämmerer träumen ja davon, dass durch das SGB II die Jugendhilfe mit dem Erreichen des 15. Lebensjahres quasi beendet sei. Nein, das ist nicht so, sondern das gelingende Aufwachsen hat sehr viel mit Berufsausbildung zu tun und deswegen ist diese Förderung, insbesondere wenn sie betriebs- und produktorientiert erfolgt, ein Kern von Jugendhilfeaufgaben. Da müssen wir unsere Kämmerer enttäuschen, dies kann nicht allein an das SGB III oder II delegiert werden.

In Wiesbaden haben wir Jugendhilfeeinrichtungen mit besonderer berufspädagogischer Ausrichtung. Bei uns fangen jährlich 180 junge Menschen – darunter einige aus der Kompetenzagentur –, die keinen Schulabschluss haben, gleich mit einer Berufsausbildung an. Sie machen keinen Hauptschulabschluss, weil ein schulisches Setting überhaupt keinen Sinn machen würde. Diesen jungen Menschen bieten wir im Einzelfall lieber vier oder auch fünf Jahre Berufsausbildung an, bis sie zu dem Ergebnis einer abgeschlossenen Berufsausbildung kommen. Diese Verfahrensweise ist erfolgreich. Mittlerweile können wir in über 30 Berufen, dazu gehören Elektroniker, Handwerker oder Kaufleute, Ausbildungsplätze nach den individuellen Möglichkeiten und Neigungen der jungen Menschen anbieten. Gerade schwachen, häufig stark verunsicherten, jungen Menschen bietet dieses verbindliche Ausbildungsangebot die Motivation und das feste Ziel, die Berufsausbildung durchzustehen, hart zu arbeiten und Verantwortung für ihr Leben zu übernehmen.

Jugendliche brauchen Bindung. Das modulare System der außerbetrieblichen Ausbildung des SGB III mit der angestrebten betrieblichen Fortsetzung der Ausbildung ist für viele Jugendliche ungeeignet. Volkswirtschaftlich gesehen ist unsere Form der Berufsausbildung preiswerter. Wenn man sich die Verweildaten im Übergangssystem vergegenwärtigt, ist sie allemal wesentlich preiswerter als die unkoordinierten Angebote des Übergangssystems, seien sie SGB III, SGB II oder föderal schulisch finanziert. Unsere integrierte Ausbildungsstrategie folgt einer Erfolgslogik und keiner Misserfolgslogik. Aber die föderale Finanzierungsstruktur erhält den unseligen Wettbewerb der Unzuständigkeit.²¹

Wenn man nichts tut, ist der Nächste zuständig und der wird aus einer anderen Kasse finanziert. Volkswirtschaftlern ist das völlig egal, dem Steuerzahler eigentlich auch. Denn der Steuerzahler zahlt immer. Die Frage ist nur, ob sich ein derartiger betriebswirtschaftlicher Wettbewerb der Kommunal-, Landes- und Bundesparlamente lohnt. Diese föderal segmentierte und betriebswirtschaftlich verkürzte Finanzierungslogik ist die größte Restriktion, wenn es darum geht, das System zielgerichtet und effizient – insbesondere, aber nicht nur, für Benachteiligte – fortzuentwickeln. Leider trifft diese Analyse nicht nur für die Übergänge ins berufsbildende System, sondern für das gesamte Bildungssystem zu.

²¹ Siehe Folie 25 der ppp im Anhang: Stellenwert von Ausbildung.

Literatur

Brülle, H. 2001: Wege zur Berufsbildung für Alle – Kommunale Strategien einer aktiven Berufsbildungspolitik für Benachteiligte. In Weber, S.: Netzwerkentwicklung in der Jugendberufshilfe. Opladen, Seite 101–118.

Kersten, B., Goldmann, D. P., Marchlewitz, A., Zaizek, A. 2008: Kompetenz-Entwicklungs-Programm im Übergang Schule – Beruf. Ein Programm zur Verbesserung der Perspektiven für Hauptschülerinnen und Hauptschüler. Herausgegeben vom Amt für Soziale Arbeit der Landeshauptstadt Wiesbaden. Als Download unter: www.wiesbaden.de/die_stadt/sozial_fam/sozialplanung.php.

Konsortium Bildungsberichterstattung 2006: Bildung in Deutschland. Bielefeld.

Schulze, A., Unger, R., Hradil, S. 2008: Bildungschancen und Lernbedingungen an Wiesbadener Grundschulen am Übergang zur Sekundarstufe I. Projekt- und Ergebnisbericht zur Vollerhebung der GrundschülerInnen der 4. Klasse im Schuljahr 2006/07. Herausgegeben von der Projektgruppe Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung. Amt für Soziale Arbeit, Abteilung Grundsatz und Planung. Landeshauptstadt Wiesbaden. Als Download unter: www.wiesbaden.de/die_stadt/sozial_fam/sozialplanung.php.

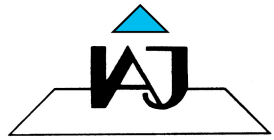


Ausgegrenzt und abgehängt?

Chancen eröffnen in Schule, Übergangssystem und Ausbildung

Gerhard Christe
Heiner Brülle

BMFSFJ-Bundeskonferenz "Jugend stärken"
Berlin, 15. Juni 2009



www.iaj-oldenburg.de

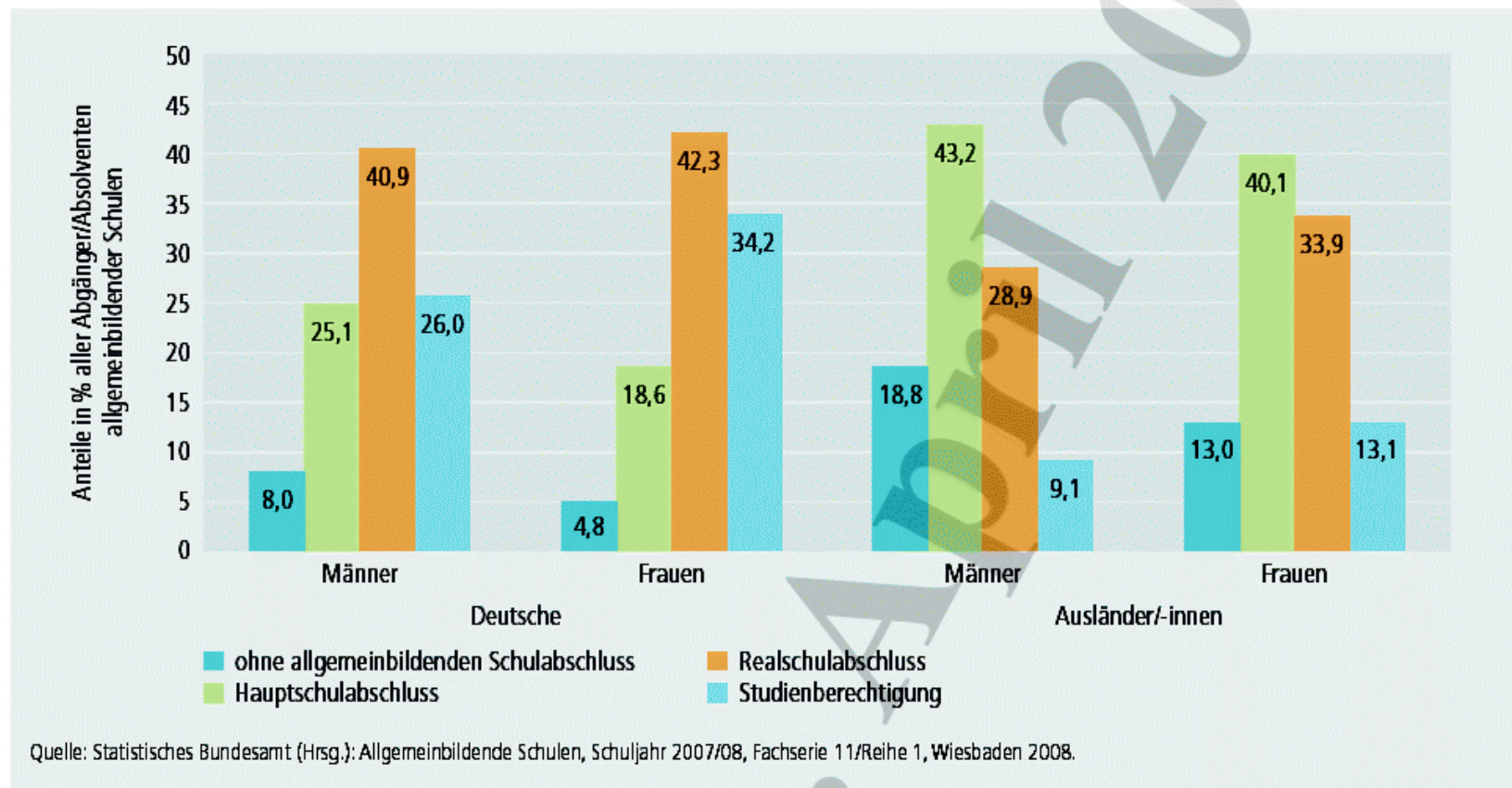


1. Schule



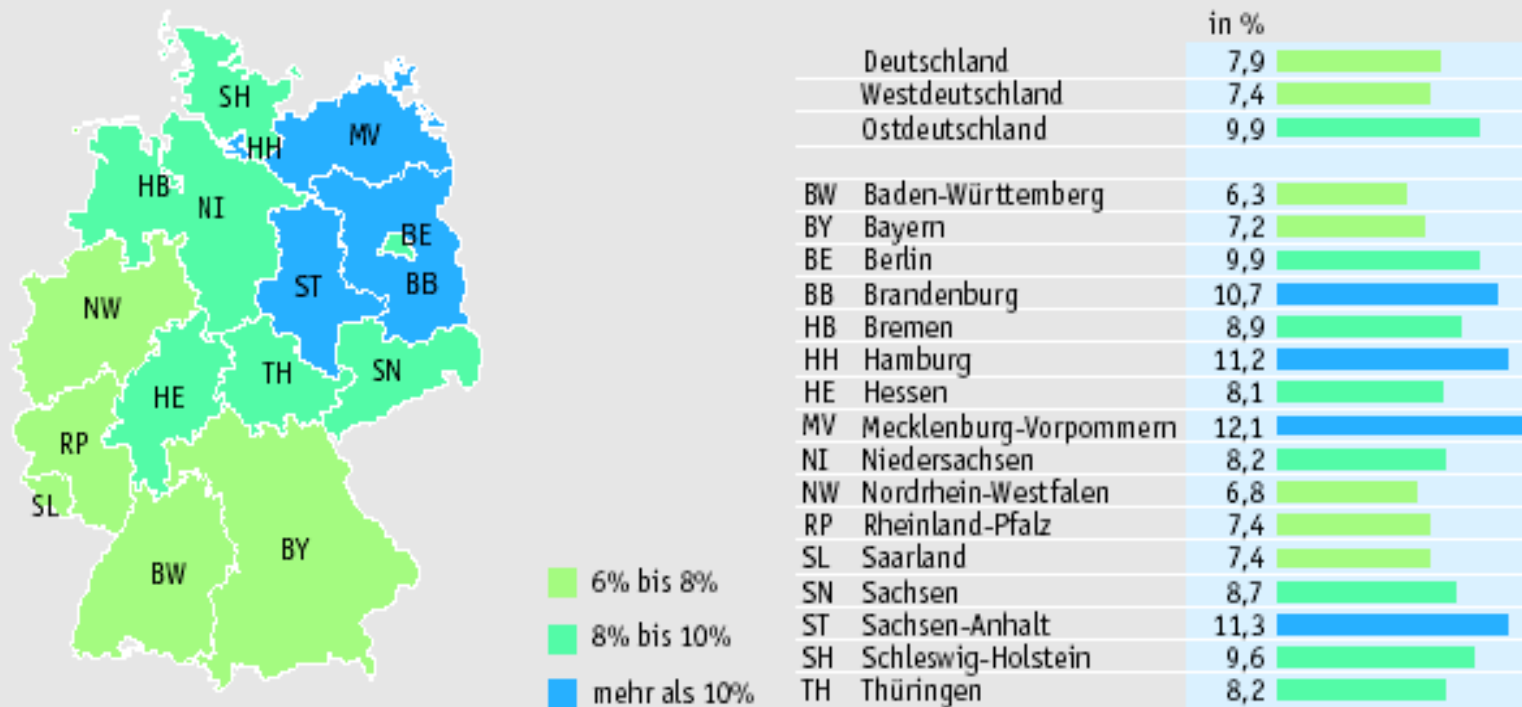
Allgemeinbildende Schule

Schaubild A5.4.1-3: Abgänger/Absolventen allgemeinbildender Schulen, Bundesgebiet 2007



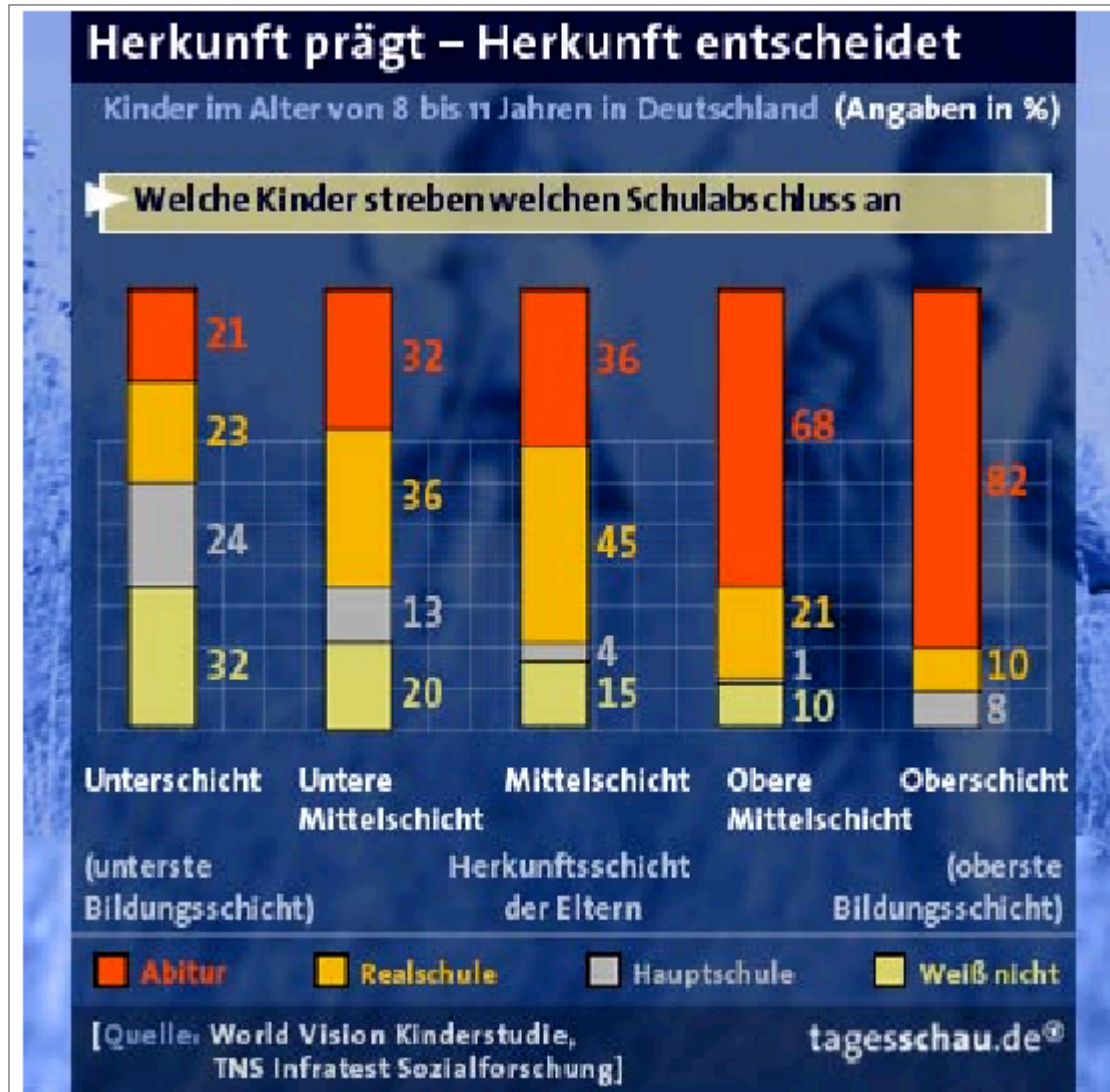
Regionale Unterschiede

Abb. D7-2: Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss aus allgemeinbildenden Schulen 2006 nach Ländern (in % der 15- bis unter 17-Jährigen)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik 2006/07; Bevölkerungsstatistik

Soziale Herkunft und Schulabschluss



Siehe auch:

World Vision e.V. (Hrsg.):
Kinder in Deutschland 2007: 116

Folgerungen und Herausforderungen

- Durch frühe Auslese erfolgt eine Verschärfung der Ungleichheit. Sie muss abgebaut und nicht weiter zementiert werden.
- Aber: ist das wirklich gewollt?
- Schulstrukturen
Pädagogik und Lehrerbildung
Besondere Förderung benachteiligter Jugendlicher
Schulsozialarbeit
Armutsbekämpfung

Förderung des Schulerfolges

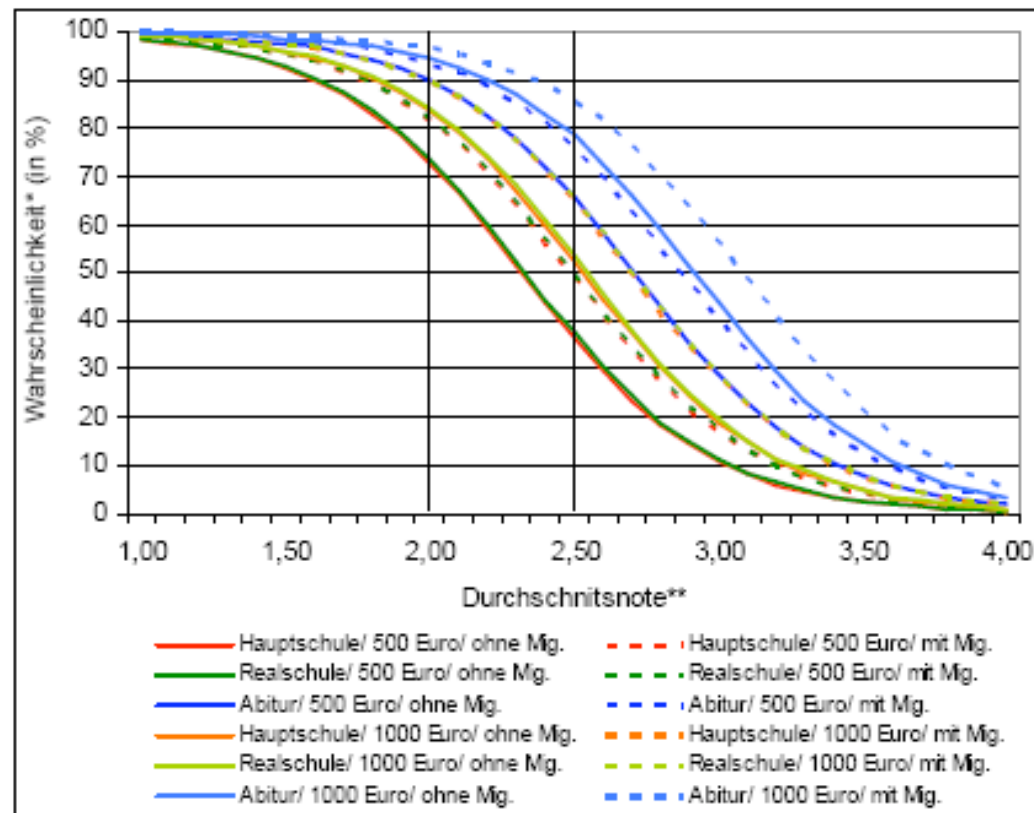
Ansätze für die Jugendhilfe in Wiesbaden



- Fokus der Jugendhilfe:
Verbesserung von Bildungsbeteiligung und Bildungsergebnisse benachteiligter junger Menschen
- Kontinuierliche Berichterstattung über Entwicklung der Bildungsbeteiligung
 - Monitoring zum Übergang Schule-Beruf der Schulsozialarbeit 2000
 - Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung 2005
 - Kontinuierliches Bildungsmonitoring seit 2006
 - Analyse der Bildungschancen und Lernbedingungen an WI Grundschulen am Übergang zur SEK I (2008)
- Elternbildung, einheitliche Bildungsstandards in allen Kindertagesstätten und verbindliche Netzwerke der Grundschulen mit den Kindertagesstätten stärken die frühe Bildung insbesondere für Kinder aus bildungsferneren Familien
- Fachkräfte der Jugendhilfe und der Schule kooperieren in stadtteilbezogenen Netzwerken

Schulnote, soziale Schicht und gymnasiale Übergänge der Grundschüler/innen in WI

Abbildung 18: Wahrscheinlichkeit eines Gymnasialübergangs in Abhängigkeit von Noten, Bildungsniveau, Äquivalenzeinkommen und Migrationsstatus



Lesehinweis:

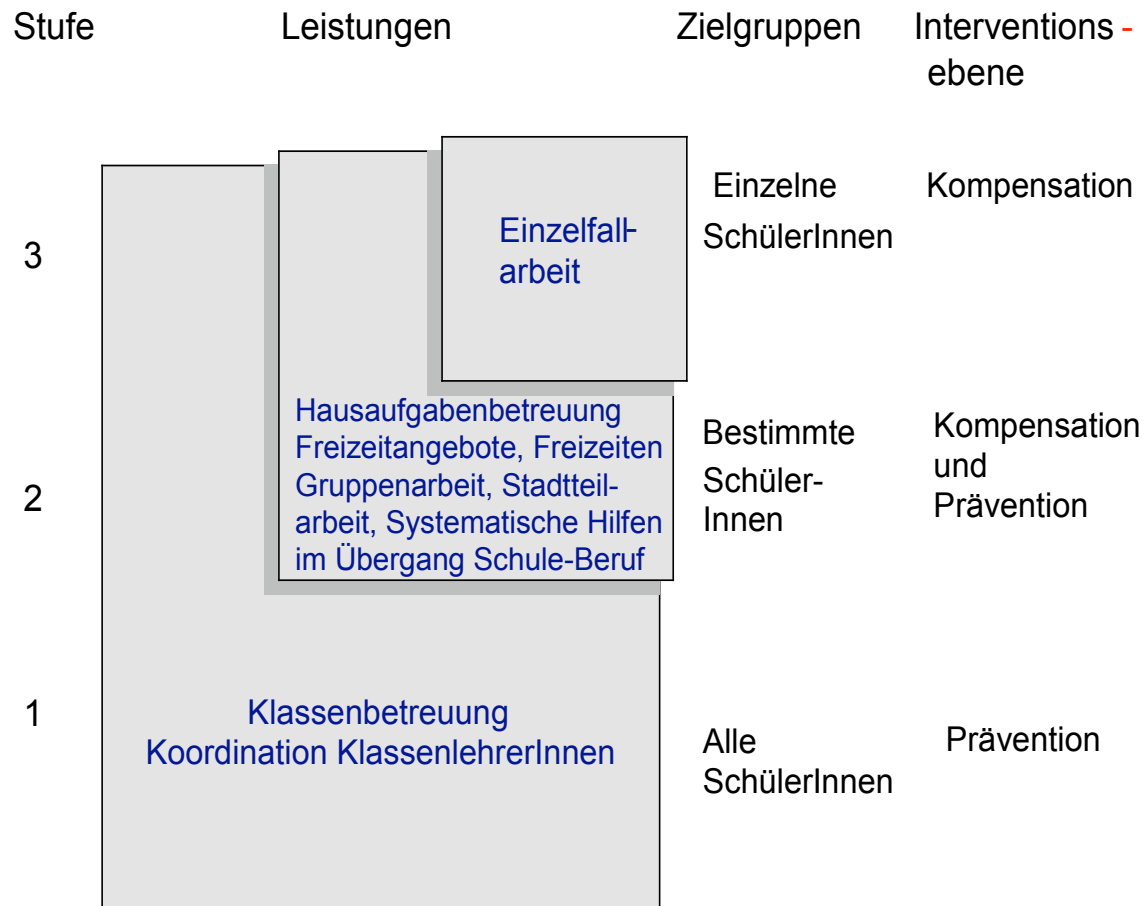
Bei einer Note von 2,5 gehen ca. 35% der Kinder aus Familien mit Hauptschulabschluss u. unter 500€ Äquivalenzeinkommen zum Gymnasium (rot) und über 80% der Kinder aus Familien mit Abitur u. 1.000€ Äquivalenzeinkommen (blau). Migranten (gestrichelt) haben bei gleicher Schicht leicht höhere Übergangsquoten.

* Wahrscheinlichkeit einer Gymnasialempfehlung im Unterschied dazu eine Real- bzw. Hauptschulempfehlung zu bekommen

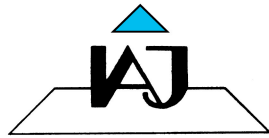
** Die Durchschnittsnote wurde aus der Mathe- und Deutschnote gemittelt

Quelle: Vollerhebung der 4. Klassen der Stadt Wiesbaden im Schuljahr 2006/07

Förderung des Schulerfolges: (fast) flächendeckende Schulsozialarbeit an Hauptschulen und Integrierten Gesamtschulen im 3-Stufenkonzept



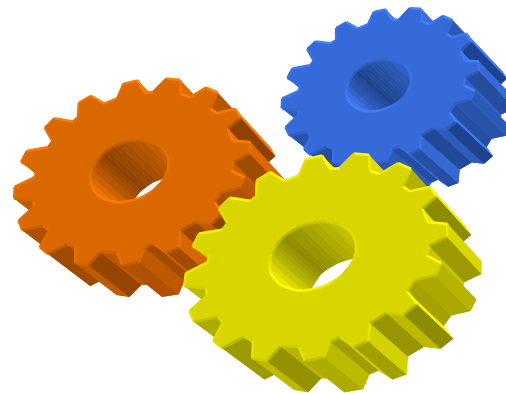
Ressourcen:
je 150
Schüler/innen
1 Fachkraft E 9



www.iaj-oldenburg.de

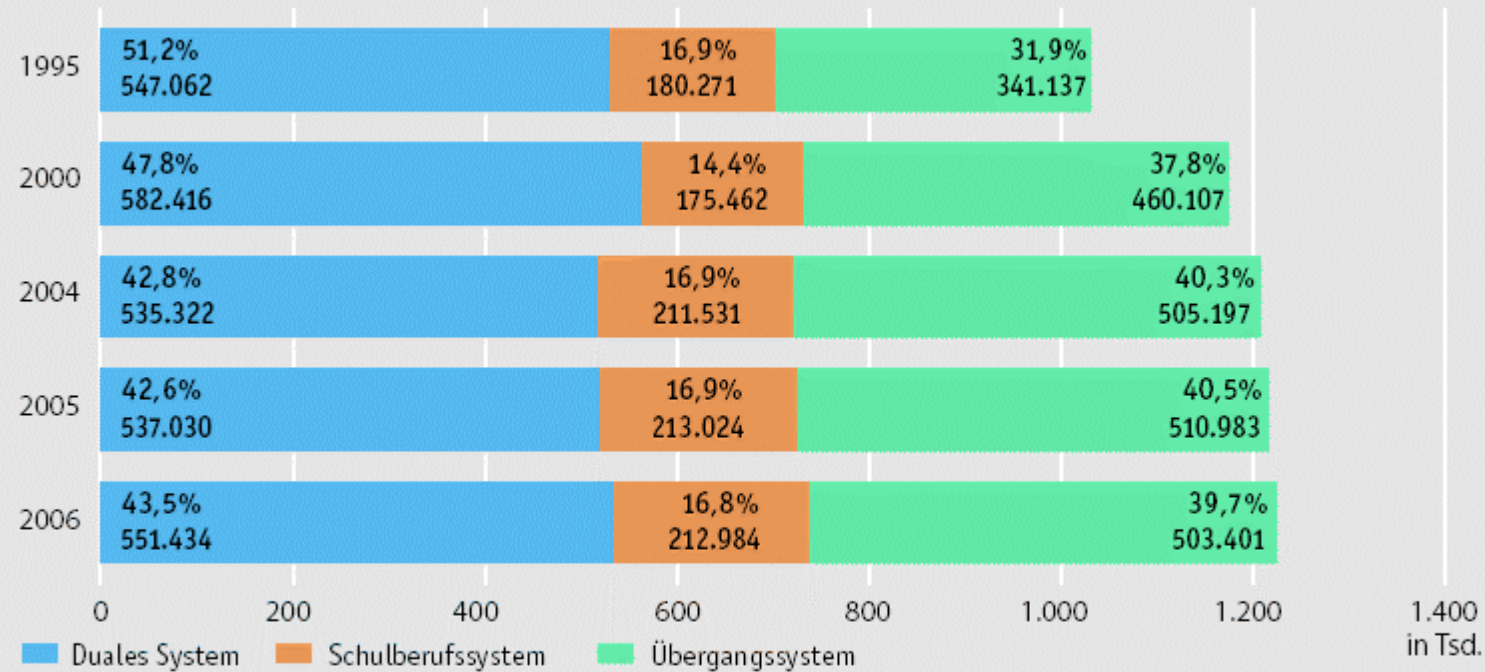


2. Übergangssystem



Übergangssystem

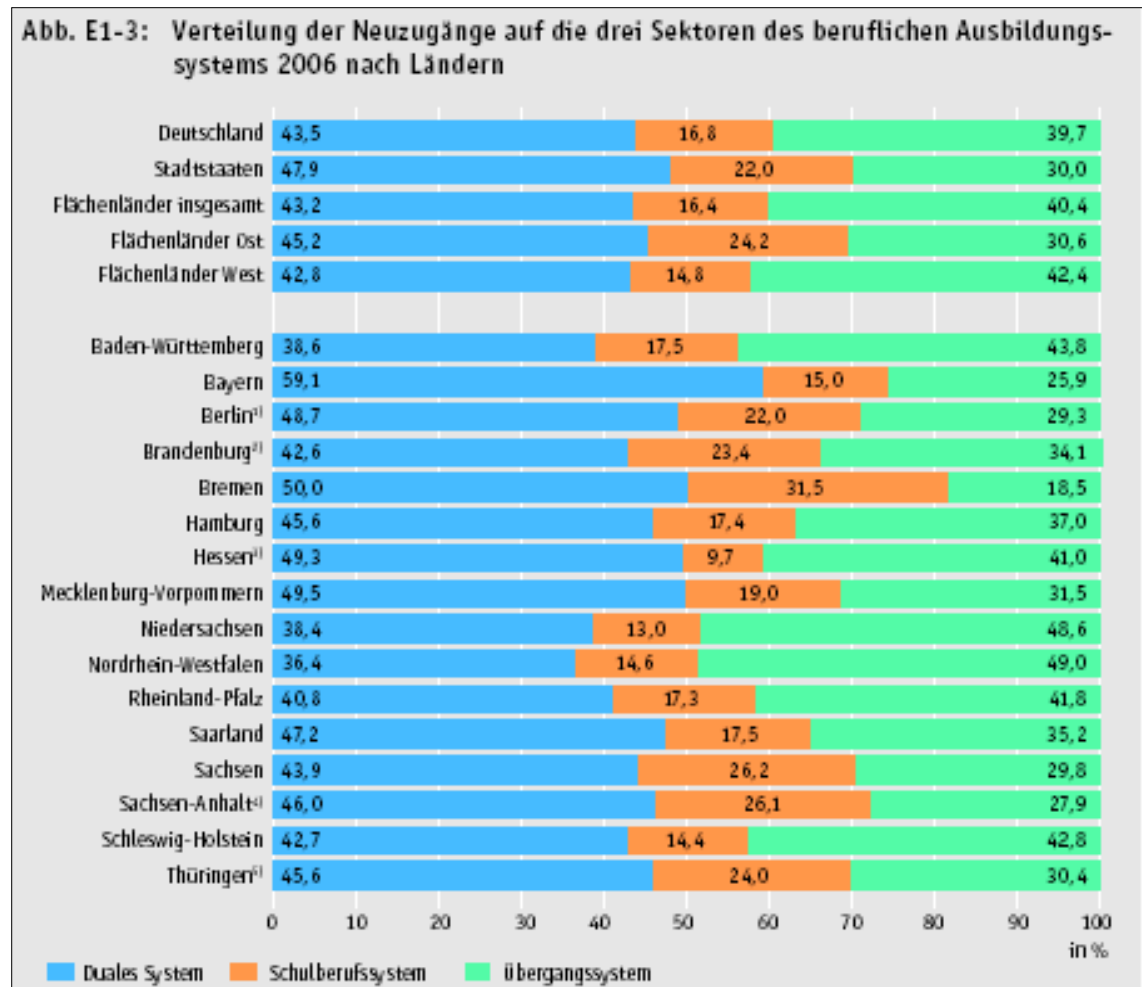
Abb. E1-1: Verteilung der Neuzugänge auf die drei Sektoren des beruflichen Ausbildungssystems 1995, 2000 und 2004 bis 2006



Erläuterungen vgl. **Tab E1-1A**

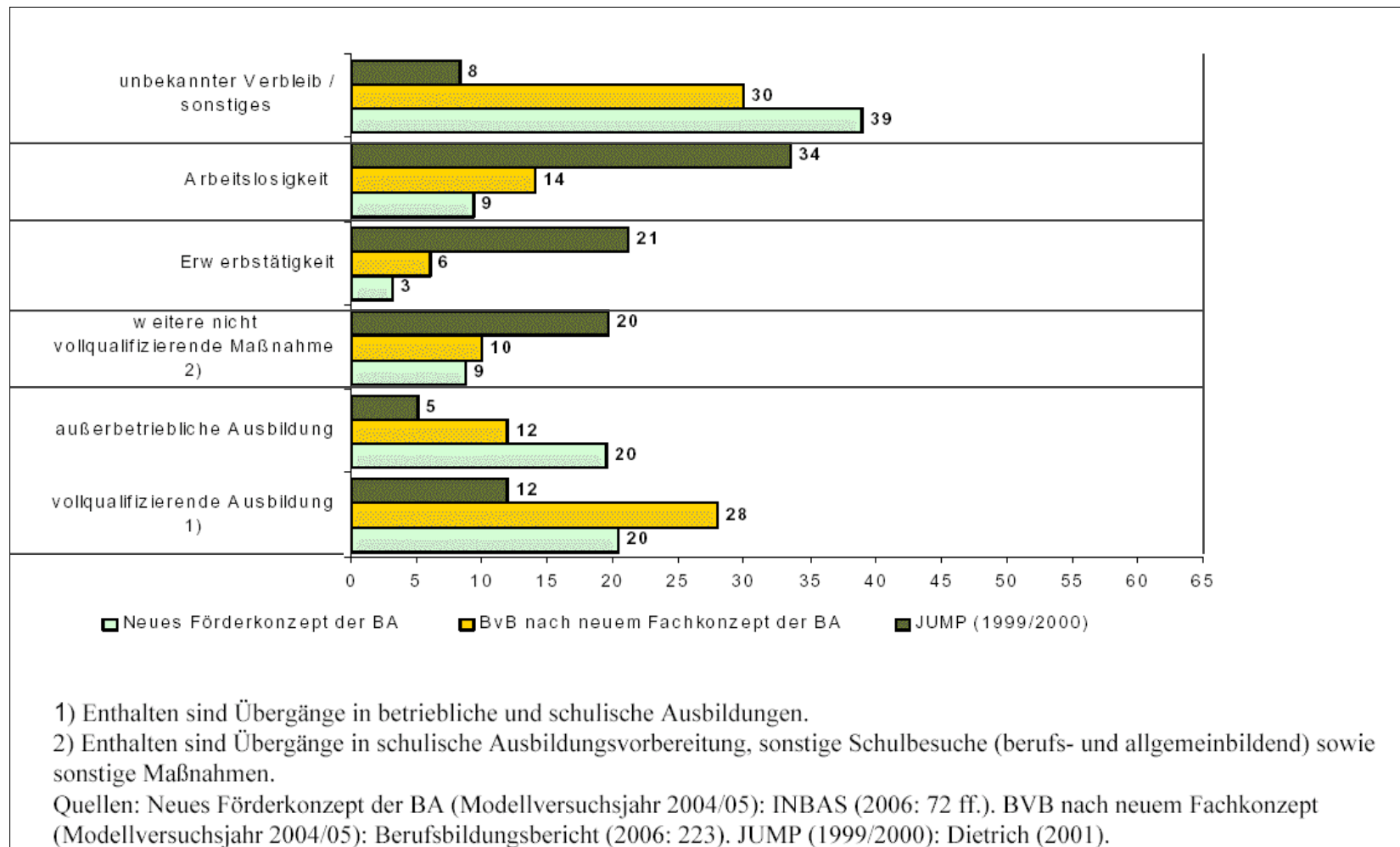
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen und Schätzungen auf Basis der Schulstatistik, Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Übergangssystem - regional



Quelle: Autorengruppe, Bildung in Deutschland 2008:98

Übergänge aus dem Übergangssystem



Folgerungen und Herausforderungen

- Das Übergangssystem ist ein Ersatzsystem (Kompensationssystem), es eröffnet nur bedingt weiterführende Übergänge.
- Das Übergangssystem kann Benachteiligung kompensieren
Aber:
Nicht alle Förderangebote sind förderlich
- Notwendig ist:
Kohärentes lokales Übergangsmanagement
Flexible Förderangebote je nach individuellen Voraussetzungen
Weiterführende anschlussfähige Angebote

Übergangssystem

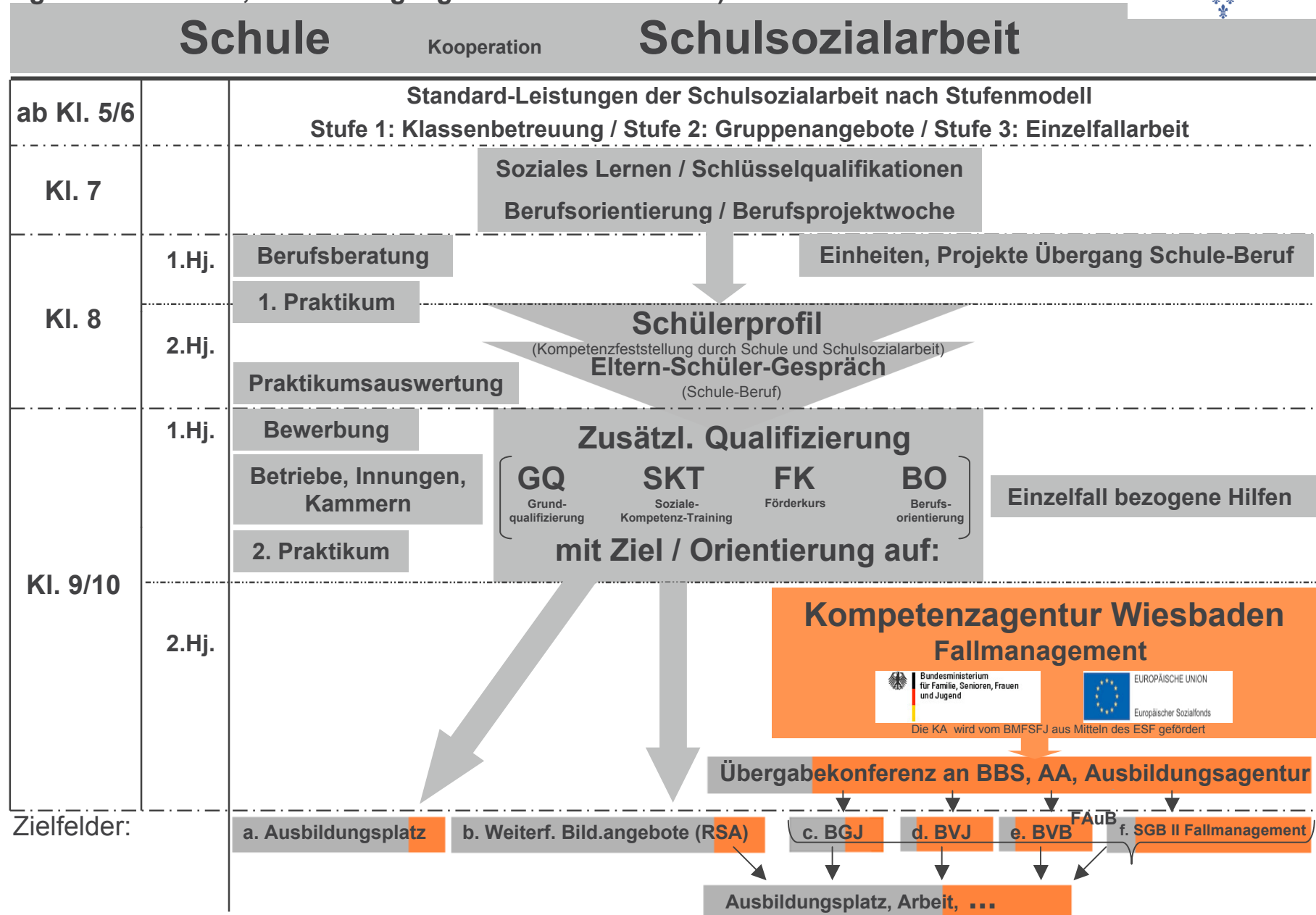
Leitlinien für die berufliche Eingliederung junger Menschen in Wiesbaden



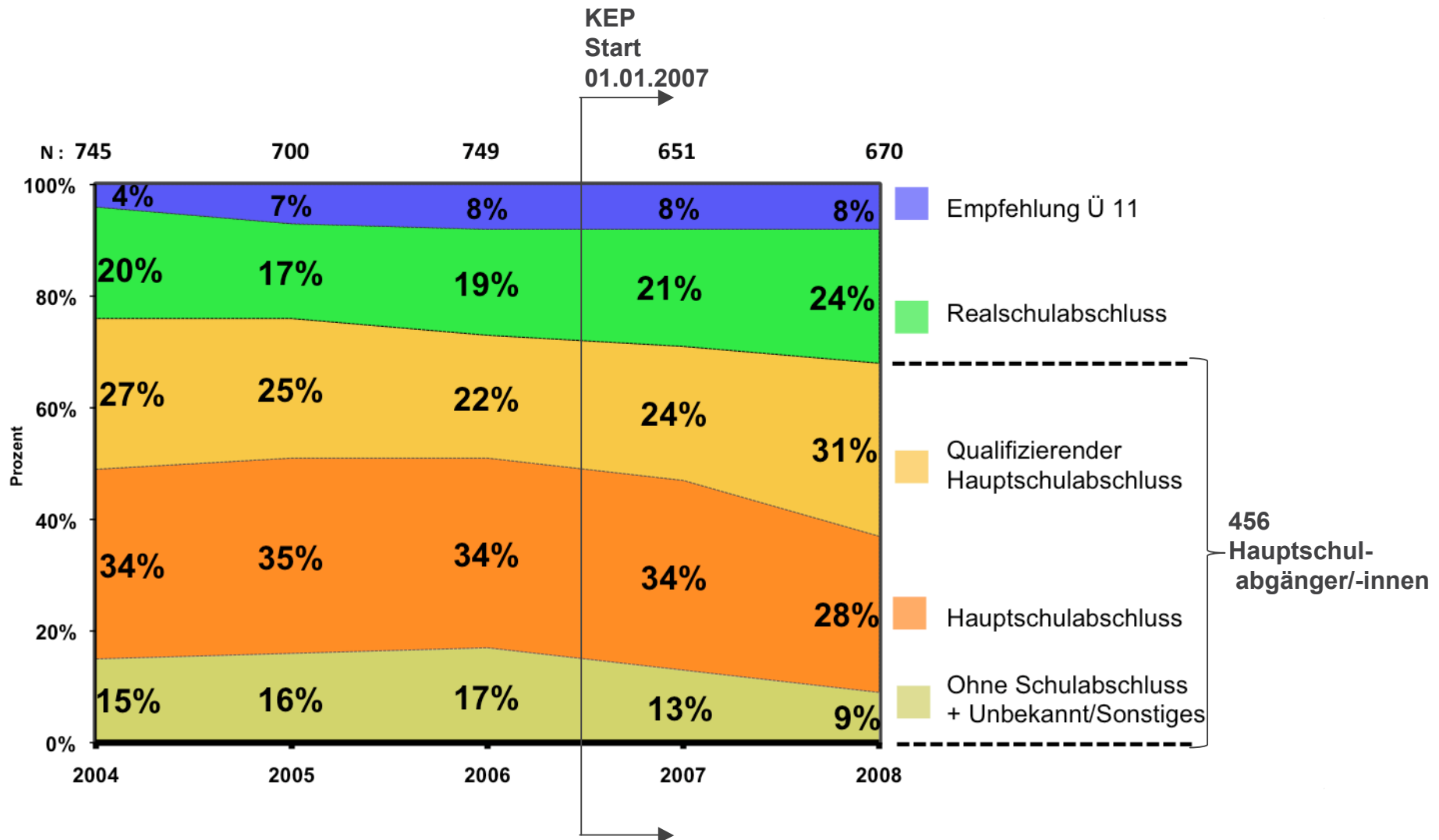
- Junge Menschen benötigen Raum, Zeit und Möglichkeiten sich zu erproben und Begleitung bei ihrer persönlichen, sozialen und kognitiven Entwicklung.
Leitbild der Jugendhilfe
- Junge Menschen benötigen individualisierte Institutionen übergreifende Eingliederungswege zwischen Schule, Berufsbildung und Erwerbsarbeit.
individuelle Integrationsstrategie
- Zur Verbesserung der Integrationserfolge und zur Ausschöpfung der Bildungspotentiale ist eine institutionelle Vernetzung und Integration der Strategien der Institutionen und Akteure im Übergang von Schule in das Erwerbsarbeitssystem erforderlich.
Systemkopplung
- Stadt und Gemeinde sind der natürliche Ort, an dem diese Eckpunkte konkret und verbindlich geplant, gesteuert und umgesetzt werden müssen (Berichtswesen, Zielvereinbarungen etc.).
Lokalisierung

Kompetenz-Entwicklungs-Programm

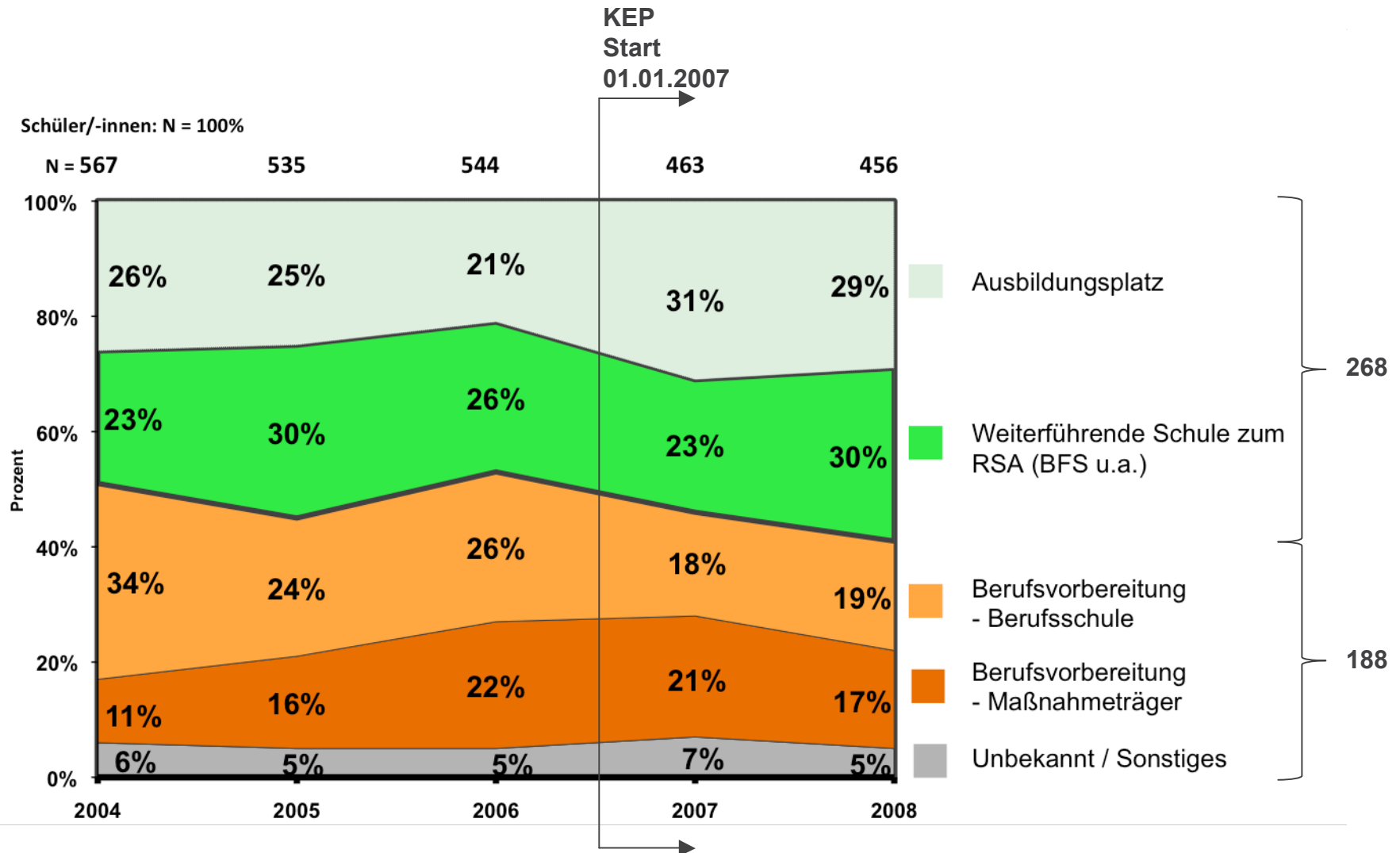
im Übergang Schule-Beruf (im Verbund von Schulsozialarbeit mit Schule, Agentur für Arbeit, Ausbildungsagentur und Wirtschaft)



Schulabschlüsse der Schulabgänger/-innen aus den Klassen 9 und 10 an 5 Hauptschulen und 3 Integrierten Gesamtschulen mit Schulsozialarbeit Jahre 2004 - 2008

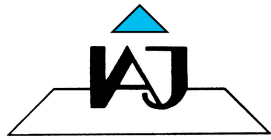


Übergänge aller Hauptschulabgänger/-innen aus den Klassen 9 und 10: 2004 bis 2008



Fazit zum Übergangssystem

- Das Übergangssystem muss im Zuge der Systemkopplung im Schulsystem beginnen und am Ende der Schulzeit bedarfsgerechte und zielgerichtete vorbereitende Systeme sicherstellen, wenn keine Ausbildung oder tatsächlich weiterführender Schulbesuch erreicht werden kann.
- Der Vorrang der schulischen Angebote für junge Menschen, die ihre Schulbesuchsjahre noch nicht erfüllt haben, ist kontraproduktiv. Für viele ist zunächst ein schulfernes Qualifizierungsangebot bedarfsgerechter. Die Priorität der schulischen Förderung folgt nur dem fiskalischen Kalkül.
- Ebenso wie in der Schule sollten Angebote des Übergangssystems bereits in den angestrebten Ausbildungsangeboten integriert werden und keinen neuen Bildungsort bzw. keine neue Zwischeninstitution generieren (z.B. Arbeit im Ausbildungsbetrieb und schulische Förderung an der Berufsschule zur Erreichung der schulischen Eingangsanforderungen).
- Angebote im Übergangssystem können so weitgehend erfolgsorientiert und mit einer stabilen und verlässlichen sozialen Einbindung gestaltet werden.



www.iaj-oldenburg.de

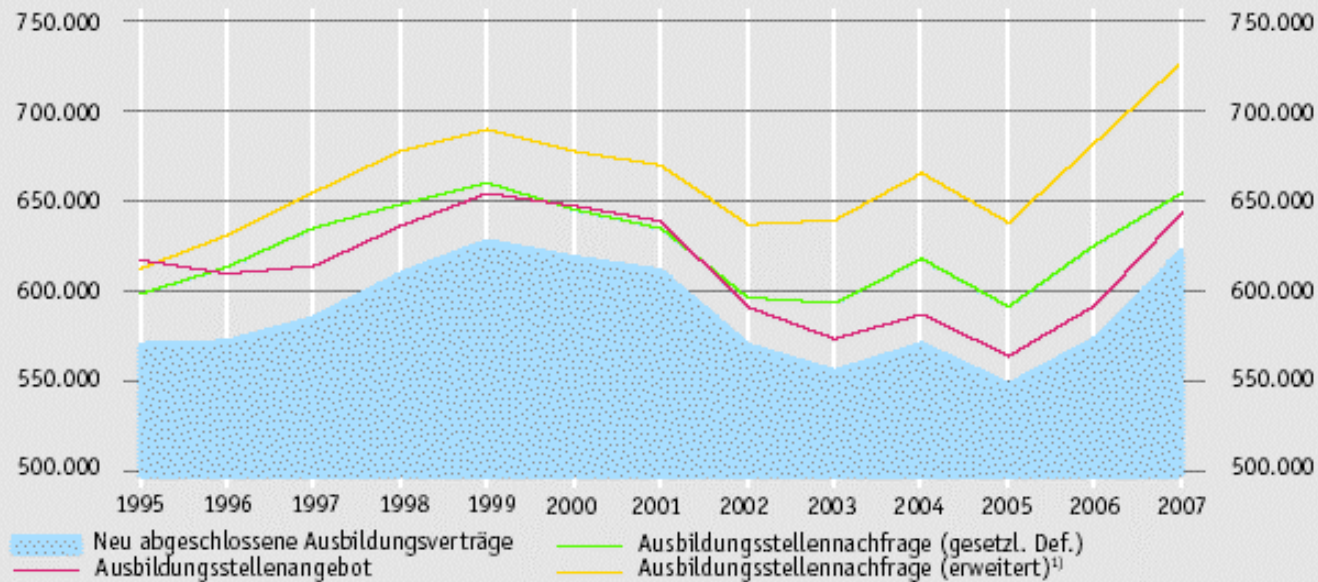


3. Ausbildung



Ausbildungsplätze und -nachfrage

Abb. E2-1: Abgeschlossene Ausbildungsverträge, Ausbildungsstellenangebot und -nachfrage in der dualen Ausbildung 1995 bis 2007

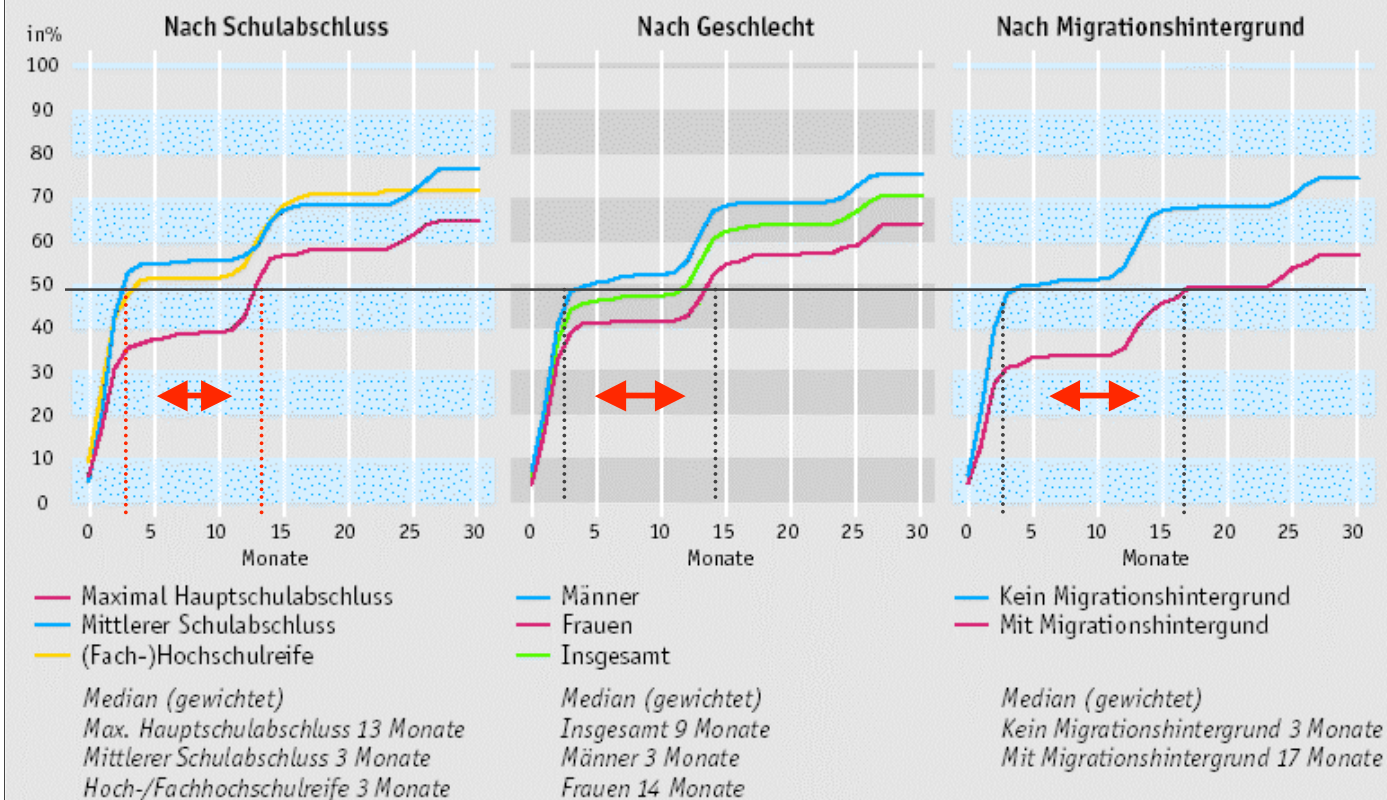


1) Neuverträge und unvermittelte Bewerber und Bewerber mit alternativer Einmündung (z. B. Besuch weiterführender Schulen, Berufsvorbereitungsmaßnahmen) bei aufrechterhaltenem Vermittlungswunsch (letzte Gruppe bis 1997 nur Westdeutschland und Westberlin); fehlender Wert für 2006 wurde in der Grafik interpoliert

Quelle: Berufsberatungstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse zum 30.09., Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30.09. des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), Berechnungen des BIBB, eigene Berechnungen

Übergänge in Ausbildung

Abb. H3-5: Wahrscheinlichkeit der Einmündung in eine betriebliche Berufsausbildung – Jugendliche, die bei Verlassen des allgemeinbildenden Schulsystems eine betriebliche Ausbildung suchten (Kumulierte Einmündungsfunktion) ^M (in%)⁴



Quelle: BIBB-Übergangstudie

Quelle: Autorengruppe, Bildung in Deutschland, 2008:162

Ausbildungsabbrüche

Übersicht A5.6-3: Anzahl und Quote vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge 1996 bis 2006 nach Ländern¹

| Land | 1996 | 2000 | 2004 | 2005 | 2006 | 1996 | 2000 | 2004 | 2005 | 2006 |
|------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|------------|------|------|------|------|
| | Anzahl | | | | | Quote in % | | | | |
| Alte Länder | 97.154 | 118.976 | 95.744 | 89.819 | 89.447 | 21,0 | 23,4 | 20,4 | 19,3 | 18,9 |
| Neue Länder und Berlin | 32.703 | 37.432 | 30.812 | 28.451 | 29.952 | 22,1 | 24,7 | 23,0 | 21,7 | 23,0 |
| Bundesgebiet | 129.857 | 156.408 | 126.556 | 118.270 | 119.399 | 21,3 | 23,7 | 21,0 | 19,9 | 19,8 |

Übersicht A5.6-4: Ausbildungsberufe mit den niedrigsten und höchsten Vertragslösungsquoten 2006
(Angaben in %)¹

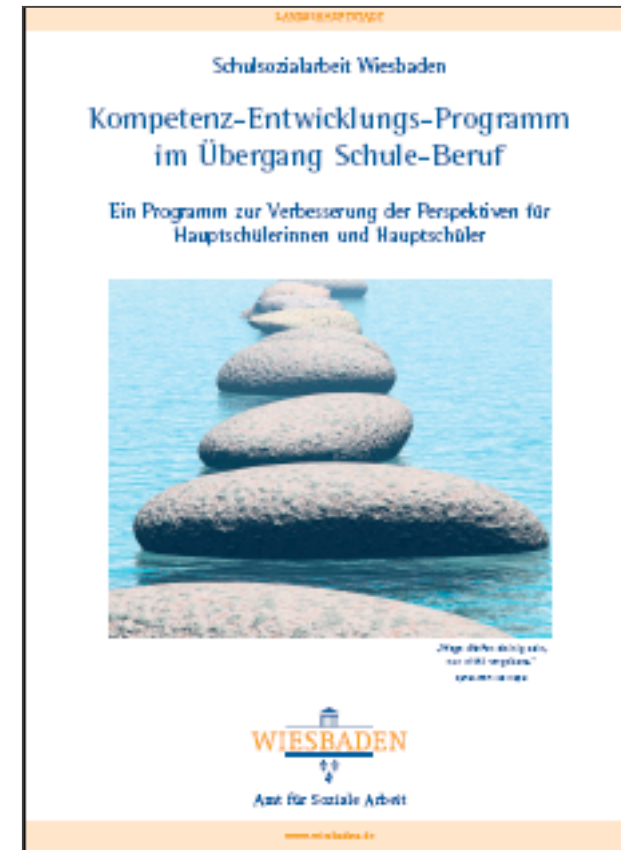
| Ausbildungsberufe mit den höchsten Lösungsquoten | | | Ausbildungsberufe mit den niedrigsten Lösungsquoten | | |
|--------------------------------------------------|--------------------------------------|---------------------------|-----------------------------------------------------|--------------------------------------|---------------------------|
| | Ausbildungs- bereich ² | Vertrags- lösungsquote | | Ausbildungs- bereich ² | Vertrags- lösungsquote |
| Restaurantfachmann/frau | IH | 39,0 | Verwaltungsfachangestellte/-r | ÖD | 4,1 |
| Koch/Köchin | IH | 38,8 | Bankkaufmann/frau | IH | 4,7 |
| Fachkraft im Gastgewerbe | IH | 35,1 | Fachangestellte/-r für Arbeitsförderung | ÖD | 5,1 |
| Gebäudereiniger/-in | Hw | 33,2 | Elektroniker/-in für Automatisierungstechnik | IH | 5,6 |
| Sport- und Fitnesskaufmann/frau | IH | 32,2 | Sozialversicherungsfachangestellte/-r | ÖD | 5,9 |
| Friseur/-in | Hw | 31,5 | Elektroniker/-in für Betriebstechnik | IH | 6,0 |
| Beikoch/Beiköchin (§ 66 BBiG) | IH | 30,7 | Industriekaufmann/frau | IH | 6,7 |
| Hotelfachmann/frau | IH | 30,5 | Mechatroniker/-in | IH | 7,0 |
| Florist/-in | IH | 30,4 | Fachangestellte/-r für Bürokommunikation | ÖD | 7,3 |
| Zahn techniker/-in | Hw | 30,0 | Fertigungsmechaniker/-in | IH | 7,6 |

Folgerungen und Herausforderungen

- Im Berufsbildungssystem setzt sich die soziale Segmentierung fort.
- Bessere Berufsorientierung und Berufsvorbereitung
- Begleitung von Jugendlichen (und Betrieben!) während der Ausbildung
- Bessere Kooperation Betrieb - Berufsschule
- Flexible Gestaltung der Berufsausbildung

Stellenwert von Ausbildung

- Die Berufsausbildung ist *der* zentrale Integrations- und Entwicklungspfad für die benachteiligten jungen Menschen.
- Für die Jugendhilfe ist die Förderung der Berufsausbildung (betriebs- und produktorientiert) eine zentrale Hilfeform und kann nicht allein an das SGB II oder III delegiert werden.
- In WI Jugendhilfeeinrichtungen mit berufspädagogischer Ausrichtung werden deshalb Jugendliche in über 30 Berufen ausgebildet. Jährlich nehmen über 180 junge Menschen mit Jugendhilfebedarf eine Berufsausbildung oder eine Vorqualifizierung in integrierten Eingangsstufen auf.
- Volkswirtschaftlich gesehen ist diese Form der Berufsausbildung preiswerter als die weitgehend unkoordinierten Angebote des Übergangssystems; sie basiert auf einer Erfolgs- und nicht auf einer Misserfolgslogik der Förderung.
- Leider führt die föderale Finanzierungsstruktur in der betriebswirtschaftlichen Logik zu einem Wettbewerb um Unzuständigkeit.



Prof. Dr. Gerhard Christe
Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe e.V.
Haarenfeld 7 • D-26129 Oldenburg
Tel. 0441 / 9 73 88 37 • Fax 0441 / 9 73 88 39
Email: gerhard.christe@iaj-oldenburg.de
Internet: www.iaj-oldenburg.de

Heiner Brülle
Amt für Soziale Arbeit
Abteilung Grundsatz und Planung
Postfach 3920 65029 Wiesbaden
Tel. 0611-312660 Fax 0611-313951
Email heiner.bruelle@wiesbaden.de
Internet www.wiesbaden.de/sozialplanung

Podiumsdiskussion:

„Anforderungen an die Integration der Zielgruppen und Ansätze vor Ort“

Moderatorin

Alles passiert konkret. Konkret heißt vor Ort. Benachteiligte junge Menschen werden vor Ort integriert oder eben nicht. Als Schwerpunkt für unsere zweite Podiumsdiskussion stellen wir uns daher die Frage: Wie sehen die Anforderungen an diese Integration aus? Ich fange ganz rechts außen an, die Teilnehmer vorzustellen: Prof. Dr. Thomas Rauschenbach ist Direktor des Deutschen Jugendinstituts in München. Neben ihm Beatrix Geisen, sie ist Leiterin des Jugendmigrationsdienstes in Lippstadt, Kreis Soest. Hans-Jürgen Brackmann, neben ihr, Generalsekretär der Stiftung der Deutschen Wirtschaft und neben ihm Aleksander Dzembitzki, Rektor der Rütli-Oberschule in Berlin-Neukölln. Diese Schule muss man nicht mehr vorstellen, darüber sprechen wir nachher noch.

Herr Prof. Rauschenbach, ich möchte gern eine Forderung von Herrn Prof. Christe und Herrn Brülle aufgreifen: „Wir müssen wegkommen von diesem Wettbewerb der Unzuständigkeiten.“ Da haben Sie ganz heftig genickt. Warum?

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Weil in der Tat das Nebeneinander ganz verschiedener Akteure – Bund, Länder, Gemeinden, diverse Ressorts –, die für Kinder und Jugendliche zuständig sind, ein Teil des Problems ist. Ich glaube, der Punkt von Herrn Brülle, dass die Föderalismusreform das Problem eher zubetoniert als aufgeweicht hat, verweist auf ein zentrales Dilemma. Aber ein dementsprechendes Engagement für eine Veränderung, etwa durch eine Föderalismusreform III, ist selbstverständlich ein langfristiges Projekt. Kein Mensch wird wohl in den nächsten fünf Jahren eine reelle Chance haben, unsere Verfassung zu verändern und zu sagen: „Jetzt denken wir noch einmal gemeinsam vernünftig über die Zuständigkeitsverteilung nach – und ändern dann alles Notwendige.“

Ein Kernproblem ist beispielsweise in diesem Zusammenhang, dass Schule nach wie vor im alleinigen Zuständigkeitsbereich der Länder liegt. Die Kommunen merken jedoch langsam, dass da etwas nicht stimmt, dass eigentlich alle Lebensverhältnisse der Menschen vor Ort zu regeln sind. Die Schule liegt jedoch außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs. Und das ist ein Systemproblem. Wir haben in Bezug auf den Föderalismus ständig die Frage diskutiert, ob Bund oder Länder zuständig sind, nicht aber, ob Kommunen in anderer Weise Verantwortung tragen können. Ich glaube, dass wir hier ganz anders herangehen müssen und sage sehr radikal und zugespitzt: Eigentlich müssten sämtliche Belange von Kindern und Jugendlichen in einem einheitlichen System geregelt werden – und das fehlt in Deutschland.

Moderatorin

Was bedeutet, dass alle Belange in einem einheitlichen System geregelt werden müssten?

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Das heißt, dass man die Zuständigkeit nicht verschieben kann. Herr Brülle hat beschrieben, was passiert, wenn einer es an den anderen delegiert und der es an den Nächsten weiter-schiebt. Sehen Sie, die Schule ist Sache der Länder, während der Kindergarten – wenngleich mit Unterstützung der Länder – in kommunaler Zuständigkeit liegt. Hinzu kommen noch die vielen freien Träger als eine eigene Akteursgruppe auf diesem Gebiet. Im beruflichen Bereich haben wir zudem noch die Bundesagentur als Förderer. Dies ist dann wieder ein anderes System mit einer wieder ganz eigenen Logik. So gerät man mit den gleichen Sach-verhalten ständig in andere Zuständigkeiten, Rechtslagen und Systemlogiken. Die soziale Arbeit, ich sage das wieder etwas zugespitzt, hat in den letzten 30 Jahren von diesen ver-schiedenen Zuständigkeiten zwar auch profitiert, da sie alle Töpfe gleichzeitig anzapfen konnte, ohne, dass es jemand so richtig gemerkt hat. Das hat zweifellos zum Wachstum der sozialen Arbeit beigetragen, aber nicht unbedingt dazu, mit einem Höchstmaß an Rationali-tät gesteuert im Interesse der Kinder und Jugendlichen zu agieren. Herr Brülle hat gerade das Beispiel genannt: Gegenwärtig ist es systemwidrig, dass die Bundesagentur schulpflich-tige Jugendliche fördert. Um solche Folgen des föderalen Systems muss es unter dem Strich aber tatsächlich gehen, wenn sich etwas ändern soll.

Mit Blick auf die Förderung behinderter Kinder und Jugendlicher wird es künftig vielleicht eine erneute Diskussion um die sogenannte „große Lösung“ geben: Man fragt hierbei richti-gerweise, ob nicht alle Kinder unter 18 Jahren stärker aus einem einzigen System der kinder- und jugendbezogenen Förderung heraus gefördert werden müssten, statt sie auf verschie-dene gesetzliche Bereiche zu verteilen. Generell stellen wir diese föderalen Strukturen und Traditionen zu wenig infrage. Ich würde mir wenigstens eine Diskussion darüber wünschen. Dass wir diese Probleme nicht heute, auch nicht morgen, lösen werden, ist mir völlig klar. Bedauerlicherweise haben wir in Deutschland aber nicht einmal eine Debatte darüber.

Moderatorin

Hier und in diesem Moment haben wir sie. Sie sagen, dass Jugendpolitik stark durch föderale Strukturen bestimmt wird und daher auch Systemfragen berührt. Das System Schule ist ja einer mehrerer Schwerpunkte, die Herr Prof. Christe angesprochen hat. Wir werden diese Frage nicht abschließend diskutieren können, vermutlich, weil sie auch gar nicht zu Ende zu führen ist. Wenn man Jugendpolitik also genauer beleuchtet, kann man beinahe resignie-ren: Es sind so große und grundsätzliche Themen, bei denen so eminent konträre Interessen betroffen sind, dass man fast schon erschöpft zurücksinkt und sagt: Angesichts dieser Fragen können wir uns die Debatte über die ganzen kleinen Schritte und Maßnahmen doch sparen.

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Ich glaube in der Tat, dass wir aufpassen müssen, uns nicht im Kleinen zu verlieren. Wir müssen immer auch die großen Linien im Blick behalten. Schule ist der Schlüssel zu Bildung und damit der Zuweisungsakteur Nummer eins im Hinblick auf die ungleichen Zukunfts-chancen in Deutschland. Aber: Wir diskutieren die Probleme im Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen heutzutage immer nur system- bzw. schulimmanent. Wir diskutieren vor-

wärts und rückwärts, wie wir Schule verändern können. Dabei liegen die eigentlichen Probleme gar nicht in der Schule, sondern außerhalb. Sie liegen beispielsweise in den Lebensbedingungen der Menschen. Wir vergessen beispielsweise allzu rasch, dass Armut und soziale Ungleichheit etwas mit der Bildungsfrage zu tun haben. Dieser Zusammenhang muss also auch bei Schulfragen stärker in den Fokus rücken. Bei uns ist alles schön separiert: in Ressorts, in Länder, in kommunale Zuständigkeiten. Und wir schaffen es nicht, diesen Zusammenhang endlich auf den Punkt zu bringen, dass daraus ein politisches Handlungskonzept entsteht.

Moderatorin

Wir schaffen es bisher nicht. Wenn man die Debatte über einige Jahre beobachtet, fasst man sich eigentlich an den Kopf. Man denkt: Jeder, der das Problem lösen will – und keiner der Akteure ist böswillig oder desinteressiert –, müsste doch sagen: „Leute, lasst uns anpacken und grundsätzlich etwas verändern.“ Sehen Sie dafür Anzeichen? Auch und gerade, weil die Jugendförderung ja sehr stark unsere ökonomischen Interessen betrifft? Neben Solidarität, Gerechtigkeit und Werten insgesamt geht es ganz konkret auch um unsere wirtschaftliche Stärke. Daher liegt ein Schwerpunkt der Diskussion auf dem ökonomischen Moment. Das ist etwas relativ Neues und rückt in Zeiten der Krise besonders in unser Blickfeld. Ist die Wirtschaftskrise eine Chance? Sehen Sie, dass festgefahrene Strukturen heute aufbrechen?

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Ja, ich würde sogar sagen: Soviel Einsicht in diese Zusammenhänge gab es noch nie. Herr Prof. Christe wies darauf hin, dass der Bildungsrat schon vor 30, 40 Jahren diese Themen benannt hat. Das ist richtig. Aber damals waren das Nischendiskussionen, kleine politische Debatten. Heute haben wir auf einer breiten gesellschaftlichen Ebene und in den Medien eine weitaus bessere Einsicht in diese Zusammenhänge und etwa in die Bedeutung einer starken Jugend. Davon erhoffe ich mir neue Handlungsmöglichkeiten.

Im Bereich Familienpolitik ist in den letzten zehn Jahren so etwas wie eine nachholende Modernisierung in Gang gesetzt worden. Sie wird zwar erst in einigen Jahren Früchte tragen, aber ich bin optimistisch, dass wir in einer Phase sind, die uns erlaubt neu und anders nachzudenken. Fragen nach den Lebensverhältnissen von Menschen sind keine bloßen Nischenthemen mehr, für die irgendein randständiges Ressort zuständig ist. Vielmehr handelt es sich dabei längst um Fragen, die grundlegend in diese Gesellschaft hineinreichen. Vielleicht macht uns in diesem Punkt die Wirtschaftskrise etwas nachdenklicher, vielleicht trägt sie dazu bei, dass eine flächendeckende Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche künftig etwas kritischer wahrgenommen wird. Denn mit Ökonomisierung alleine können nicht alle sozialen Probleme dieser Gesellschaft aus der Welt geschaffen werden.

Moderatorin

Herr Brackmann, Unternehmen suchen Nachwuchs – gerade mit Blick auf den ökonomischen Wandel. Ist das ein Problem, wird es bald noch ein viel drängenderes Problem sein? Täuscht der Eindruck, dass viele Unternehmen vor allen Dingen nach leistungsstarken und unproblematischen Jugendlichen Ausschau halten und sich kaum um die Integration der Benachteiligten bemühen? Ausnahmen bestätigen natürlich immer die Regel.

Hans-Jürgen Brackmann

Nein, dieser Eindruck täuscht leider nicht. Aber ich glaube, dass das ein ganz normaler Vorgang ist. Man versucht, wenn man sich auf den Marsch macht etwas zu erreichen, das bestmögliche Team hinter sich zu scharen. Mit diesem Ziel gehen auch Unternehmen ihre Nachwuchssuche an. Das ist mehr als natürlich. Man fragt sich höchstens, ob für diese oder jene Aufgaben jemand vielleicht überqualifiziert und damit möglicherweise sogar Sand im Getriebe ist. Das Grundmuster ist die Suche nach den Besten, das scheint fast menschenimmanent zu sein.

Moderatorin

Das trifft sicherlich zu, wenn man die Wahl hat. Aber wir haben ja heute Morgen von Herrn Schwannecke gehört, dass Unternehmen zwar Nachwuchskräfte suchen, aber viele junge Menschen nicht nehmen, nicht integrieren können, weil sie den Anforderungen nicht genügen. In dem Moment, wo keine Konkurrenz durch besser Ausgebildete mehr da ist, könnte doch spätestens das ansetzen, was wir fordern, die aktive Integration. Ist den Unternehmen bewusst, dass es auch in ihrem eigenen Interesse liegt, benachteiligte Jugendliche zu fördern?

Hans-Jürgen Brackmann

Es gibt Ausnahmen, nämlich Unternehmen, denen sehr bewusst ist, dass sie sich aus eigenem Interesse auch um Jugendliche bemühen müssen, die es ihnen nicht immer leicht machen. Meist handeln aber Unternehmen, die benachteiligte Jugendliche fördern, aus anderen Motivationslagen heraus. Zunehmend greift in der Wirtschaft jedoch der Gedanke, dass wir die, ich gebrauche den etwas technokratischen Begriff Ressourcen, die Möglichkeiten, die wir in der Gesellschaft haben, zunächst erst mal in toto ausschöpfen müssen, bevor wir an andere, auch ethisch-moralische Fragen herangehen, wie den Umgang mit Migration, sozialer Benachteiligung etc.

Von daher ist die Wirtschaft aus volkswirtschaftlichen Gründen daran interessiert, die Jugend zu stärken. Wir hören ja überwiegend von Nachwuchsproblemen der Großen, dabei haben wir ja eine kleinteilig aufgestellte Wirtschaft. Das wird oft vergessen. Wenn Sie diese betrachten, ist das Gefüge ganz anders. Die Konkurrenzsituation zwingt viele schon jetzt, sich stärker als bisher auf neue Wege einzulassen. Ich glaube, es findet derzeit ein Wandel statt.

Moderatorin

Woran machen Sie das fest?

Hans-Jürgen Brackmann

An der Bereitschaft der Unternehmen, auch auf diesem Gebiet mit uns zusammenzuarbeiten. Als Stiftung der Deutschen Wirtschaft initiieren wir viele verschiedene Projekte zur Nachwuchsförderung, die wir mit sehr unterschiedlichen Wirtschaftspartnern realisieren. Wichtig zur Stärkung der Jugend sind Mentoren und Vertrauensleute, die haben wir. Wir brauchen natürlich auch Ausbildungsplätze und da ist die Wirtschaft trotz Krise unseren Stiftungsprojekten gegenüber sehr aufgeschlossen. Wir können etwas tun und verzeichnen gute Erfolge, wenn wir auf Betriebe zugehen. Ich gebe aber zu, dass wir da im Haus der Deutschen Wirtschaft einen leichteren Stand haben als andere.

Moderatorin

Sie sagen: Da ist ein Wandel im Gange. Haben Sie dafür Beispiele? Können Sie uns von Erfahrungen berichten, die vielleicht vor zwei, drei, fünf Jahren noch ganz anders gewesen wären? Gehen Unternehmen auf die jungen Menschen in anderem Maße zu als früher?

Hans-Jürgen Brackmann

Ja, da rekurriere ich wieder auf laufende Aktivitäten der sdw. Gerade starten wir ein Projekt mit schuldistanzierten Hauptschülern. Hier hätten Unternehmen früher angesichts anderer demografischer Zustände, konkreter Zustände, gesagt: Da können und wollen wir nichts machen. Heute sind sie sehr viel offener. Sie wissen auch, dass sie in vielen Bereichen nachrüsten müssen. Einige Unternehmen sind inzwischen bereit, ihre Mitarbeiter in Lesen, Schreiben und Rechnen zu unterrichten. Insbesondere aber sehe ich einen Wandel darin, dass Unternehmen im sozialen Bereich ansetzen und sich unmittelbar mit dem einzelnen Jugendlichen befassen.

Das ist auch die Grundvoraussetzung für unser neues Projekt „Unternehmen: Jugend“. Gefördert vom BMFSFJ arbeiten wir an zehn Standorten in der Republik mit insgesamt 300 Jugendlichen, die sich mindestens innerlich, vielleicht auch schon aktiv von der Schule entfernt haben. Wir motivieren sie, den Weg zu einem Schulabschluss wieder aufzunehmen, indem wir ihnen berufliche Perspektiven aufzeigen und ihr Selbstbewusstsein stärken. Die Jugendlichen entdecken in pädagogischen Übungen ihre Talente. Derart gestärkt ermöglichen wir ihnen direkte Praxiserfahrungen bei Unternehmen in ihrer Region. So können Jugend und Unternehmen einander frühzeitig kennenlernen und ihre gegenseitigen Erwartungen realistisch gestalten. Wir möchten Jugendliche für die eigenen Möglichkeiten über den Austausch mit Betrieben interessieren. Wir streben dabei auch eine sehr flexible und individuelle Kooperation mit Schulen an, damit wir die jungen Menschen dort wieder eingliedern und einen fließenden Übergang in einen Betrieb erreichen.

Moderatorin

Ist das erfolgreich?

Hans-Jürgen Brackmann

Das werden wir sehen. Wir bauen „Unternehmen: Jugend“ derzeit erst auf. Wenn man solch ein Projekt angehen will, braucht es eine Vorlaufphase, diese schließen wir gerade ab. Wir haben viele Betriebe angesprochen und erst einmal ausgelotet, wie deren Bereitschaft ist, sich überhaupt so einer Problemklientel zu stellen. Das ist ja nicht jedermanns Leibgericht, aber wir sind auf Offenheit und Appetit gestoßen. Hier werden wir ansetzen, um die Wirtschaft für die Belange und Potenziale von Jugendlichen, die es schwerer haben als andere, zu sensibilisieren. Da muss man sicherlich über eine lange Zeit das Vertrauen aufbauen und verfestigen. Ich kann nur aus Erfahrungen mit ersten punktuellen Anfragen berichten, aber ich rechne damit, dass wir das hinkriegen.

Moderatorin

Wir haben eben einiges über Übergangssysteme gelernt. Auch wenn es die Wirtschaft schlechthin ja nicht gibt, da Wirtschaft sich aus ganz unterschiedlichen Arten kleiner, mittlerer und großer Unternehmen zusammensetzt, erlauben Sie die Frage: Wie sind denn die

Erfahrungen mit jungen Menschen, die aus dem Übergangssystem dann doch irgendwann den Sprung in die Ausbildung, in Berufe schaffen? Die Bilanz der Übergangssysteme ist ja, vorsichtig ausgedrückt, sehr gemischt.

Hans-Jürgen Brackmann

Die Erfahrungen und Informationen, die ich habe, lauten: Übergangssysteme genießt man eher mit Vorsicht. Unser ganzes Bestreben muss dahin gehen, unmittelbare Übergänge zu schaffen. Alle Warteschleifen, wie auch immer sie das euphemistisch ausdrücken, sind letztendlich Krücken. Das Ziel muss es sein, anders vorzugehen.

Moderatorin

Obwohl in manchen Maßnahmen auch Dinge gelernt werden, die für den Beruf sehr nützlich sind?

Hans-Jürgen Brackmann

Keine Frage, einen positiven Effekt schließe ich natürlich nicht aus. Diese Maßnahmen müssen ordentlich gemacht sein – und, das ist entscheidend, die Jugendlichen müssen ein eigenes Interesse zeigen bzw. entwickeln.

Die Integration benachteiligter Jugendlicher ist nun kein Thema, mit dem ich mich täglich befasse. Insofern ist es für mich ausgesprochen spannend, diesen Tag mit Ihnen zu verbringen. Sie nannten das Beispiel Wiesbaden. Das steht ja nicht allein in der Republik. Wir haben also offensichtlich Blaupausen, an denen man operieren und Optimierungsprozesse vornehmen kann. Aber eigentlich geht es darum, in Ausrollphasen zu kommen, um mit den guten Beispielen, die wir überall haben, jetzt Musik in der Landschaft zu machen. Es muss uns gelingen, Betriebe und Schulen in Kontakt zu bringen. Herr Prof. Rauschenbach sagte, ein Kernproblem sei das Schulsystem. Ich gehe einen Schritt weiter und behaupte: Wir leiden ja nicht an Erkenntnismangel, sondern nur an Umsetzungsunfähigkeit.

Moderatorin

Fehlt es auch an Umsetzungswillen?

Hans-Jürgen Brackmann

Ja, das gehört zusammen. Wir müssen im Kindergarten ansetzen. Heute Morgen erklang der Ruf nach einer einjährigen Kindergartenpflicht. Ein Jahr ist aber doch, wie wir wissen, viel zu wenig. Wir wollen erreichen, dass es einem Kind aus bildungsfernen Schichten gelingt, nach drei Jahren Kindergarten am Ende der ersten Grundschulklasse Anschluss auch an die bildungsnahen Schichten zu finden. Dann ist meines Erachtens ein guter Weg geebnet. In diese Richtung müssen wir gehen und zwar ohne Wenn und Aber. Darüber hinaus muss es uns gelingen, in der Schule die Berufsorientierung zu etablieren. Ganztagschulen bieten die Chance, Schule zu öffnen. Sie kann nach draußen gehen und gleichermaßen auch das Draußen zu sich hineinlassen. Hier muss die Verzahnung aller Bereiche stattfinden. Wir wissen das alles.

Moderatorin

Herr Dzembitzki, ich möchte Sie unter dem Stichwort Wiesbaden nach Ihren Erfahrungen fragen. Lässt sich das, was uns Herr Brülle geschildert hat, auf Ihre Schule übertragen?

Aleksander Dzembitzki

Wichtig ist, dass wir einen Weg finden, den uns anvertrauten Jugendlichen Perspektiven aufzuzeigen. Wir müssen ihnen zeigen, wo es für sie nach der Schule hingehen kann. Darüber hinaus ist es wichtig, dass wir als Schule überhaupt erst einmal die Türen öffnen, um zum Beispiel die Wirtschaft oder andere externe Partner hineinzulassen. Ich nehme leider auch immer wieder in Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen anderer Schulen wahr, dass Schulleitungen nicht erlauben, mit Firmen von außen zu kooperieren.

Wir haben an der Rütli-Schule sehr positive Erfahrungen gemacht in der Zusammenarbeit mit Unternehmen, vor allem den Kleinunternehmen aus unserer Nachbarschaft. Eine weitere wichtige Säule bei uns ist die Schulsozialarbeit. Die Kolleginnen und Kollegen haben die Jugendlichen „an die Hand genommen“ und sind mit ihnen direkt zu Unternehmen gegangen. Die Schulsozialarbeiter haben vor Ort für die Jugendlichen „Brücken gebaut“. Dem Firmeninhaber wurde mitgeteilt: „Hier kommt, ich nehme einen fiktiven Namen, Ahmad. Ahmad hat diese und jene Qualitäten, aber in Mathe, Deutsch und Englisch hapert es ein bisschen.“ Ein Schüler mit diesen Qualitäten, sehr gute praktische Leistungen, große Defizite in den Hauptfächern, hat nach seinem Praktikum eine Ausbildungsstelle angeboten bekommen. Ohne den Einsatz des Sozialpädagogen wäre dieser Schüler mit Sicherheit nicht am ersten Arbeitsmarkt untergekommen. Für ihn waren die dreiwöchigen Regelpraktika, die wir in der 9. und 10. Klasse durchführen, eine hervorragende Chance. Nach dem Praktikum der 9. Klasse bekam ich einen Anruf von seinem Unternehmen, der Brezel-Company in Berlin-Neukölln. Das Unternehmen sagte: „Egal, welchen Abschluss dieser Schüler erreicht, wir möchten ihn ausbilden.“ Zunächst habe ich ein bisschen gebremst und gesagt: „Bitte, es ist nicht egal, welchen Abschluss Ahmad macht. Sagen Sie ihm schon, dass er den Hauptschulabschluss schaffen soll. Er hat doch eine tolle Motivation durch Ihr Angebot.“

Moderatorin

Gibt es einen konkreten Ahmad?

Aleksander Dzembitzki

Ahmad ist ein Pseudonym, aber es ist ein konkreter Fall, der vorher eigentlich eher als ein verlorener Fall galt. Inzwischen haben wir mit diesem Unternehmen die Absprache, dass Ahmad, wenn er in der Schule nicht mehr zurechtkommt, die Möglichkeit erhält, direkt bei der Brezel-Company zu arbeiten. Dort bekommt er wieder eine 1:1-Betreuung durch den Lehrmeister. Andersherum gilt genauso: Erhält die Brezel-Company einen Großauftrag, für den ihr die Manpower fehlt, stehen wir bereit. Dann sagen wir „Okay, Ahmad kann aushelfen.“ Er hat inzwischen seinen Lehrvertrag fest in der Hand. Wir haben auch den nächsten Schüler dort zum Praktikum geschickt und so bauen sich entsprechende Zusammenarbeiten auf, die zukunftsweisend für die Jugendlichen sind. Das ist das, was es braucht.

Moderatorin

Ist das etwas, das man nur individuell bei einzelnen Schülern machen kann, oder ist so etwas wie ein System, ein Muster, was man im Grunde genommen dem Heranführen von Jugendlichen an Ausbildung und Einstieg in den Beruf zugrunde legen kann?

Aleksander Dzembitzki

Das ist schwer zu beantworten. Ich denke schon, dass es am Individuum hängt – einmal am Schüler selbst und dann aber an denjenigen, die mit ihm zusammenarbeiten. Dieses Beispiel würde ja bedeuten, dass es für jeden Jugendlichen, den wir bei uns haben, eine 1:1-Betreuung braucht. Das kann ich natürlich nicht leisten. Die Schule kann den Auftrag, den wir im Augenblick haben, auch nicht alleine leisten. Wir brauchen die gesellschaftliche Unterstützung. So arbeiten wir erfolgreich mit Mentorenprojekten. Wir arbeiten mit Rentnern, Pensionären und anderen Ehrenamtlichen zusammen. Sie kommen zu uns in die Schule und versuchen, Jugendlichen Brücken zu bauen, um den Weg ins Berufsleben zu finden. Da muss immer geschaut werden: Welche Betreuung braucht der Einzelne? Bisher ist es uns immer gelungen, auch entsprechende Systeme zu finden, die weiterhelfen.

Moderatorin

Ob so etwas gelingt oder nicht, hängt dann ja in starkem Maße von einem Zufall ab, nämlich davon, ob die Schulleitung der betreffenden Schule besonders engagiert auf dem Gebiet ist. Krempelt sie die Ärmel hoch, guckt die drauf? Gibt es da auch Vorgaben oder Unterstützung von außen? Gibt es vielleicht sogar eine Größe, die es Schulen schwerer macht, auf eine aktive Berufsorientierung zu verzichten?

Aleksander Dzembitzki

Es reicht nicht aus, wenn der Schulleiter die Ärmel hochkrepelt, das ganze Kollegium muss die Ärmel hochkrepeln. Es muss eine ganz enge Verzahnung aller Bereiche geben. Berlin-Neukölln ist da ein Vorreiter in der Zusammenarbeit von Schule und Jugendamt. In der Verzahnung von Schule und Wirtschaft sind wir in Berlin auf einem sehr guten Weg. Wichtig ist, dass all diese Netze funktionieren.

Moderatorin

Aber es ist im Grunde sehr stark der einzelnen Schule überlassen. Es wird nicht von außen an sie herangetragen oder vielleicht gar kontrolliert, ob sie da was macht.

Aleksander Dzembitzki

Ja, es hängt von der einzelnen Schule ab. Wenn die Schule sich nicht bewegt, dann wird sie bewegt. Im Augenblick geht es in Berlin um die Schulstrukturreform und Schulen, die sich bisher nicht bewegt haben, werden wahrscheinlich schließen. Leider wird es in Berlin auch einige der sehr aktiven Hauptschulen treffen. Denn wir haben immer noch dieses Stigma in unserem Land. Schüler, die eine Hauptschule besuchen, tragen einen Stempel auf der Stirn. In Berlin gibt es den Vorteil gegenüber anderen Bundesländern, dass wir das 10-jährige Schulsystem haben. Das heißt: Jeden Schulabschluss, den man nach der 10. Klasse erreichen kann, kann man an einer Berliner Hauptschule erreichen. Wenn sich aber ein Hauptschüler mit Realschulabschluss, seit vier Jahren heißt es mittlerer Abschluss, bewirbt, hat er meist das Nachsehen gegenüber einem Realschüler. Mit einer hohen Wahrscheinlichkeit wird der Realschüler bei sonst gleicher Qualifikation den Vorzug bekommen.

Die Berliner Hauptschulen, da ist die Rütli-Schule eine von vielen, überlegen, was es braucht, um Jugendliche ausbildungsreif zu machen. Das wiederum schaffen wir als Schule nicht alleine, daher haben wir uns entsprechende Partner gesucht. So verfährt die breite Masse der Berliner Hauptschulen.

Moderatorin

Ist eigentlich diese Suche nach Partnern seit der Aufmerksamkeit, die die Rütli-Schule bekommen hat und die ja eine sehr zwiespältige war, einfacher geworden?

Aleksander Dzembitzki

Zumindest bei Kolleginnen und Kollegen anderer Schulen stoßen wir auf positive Resonanz. Wir erfahren Dank dafür, dass unser Kollegium damals so mutig war, diesen Brief zu schreiben. Kreuz und quer durch die Bundesrepublik war er wie ein Weckruf. Viele haben verstanden, dass die Bildungslandschaft so, wie sie im Augenblick ist, nicht bleiben kann. Ich hoffe und träume und ich wünsche mir, dass wir vielleicht in Berlin über das zweigliedrige Schulsystem irgendwann hinweg und zu dem eingliedrigem Schulsystem kommen.

Ein renommierter Kollege sagt: „Bevor wir da landen, schaffen wir in Deutschland das Fußballspielen und Biertrinken ab.“ Mal schauen, was es braucht, um den nordischen Ländern nachzugehen, um ein System von Schule zu erreichen, in dem wir wirklich von Chancengleichheit sprechen können.

Moderatorin

Danke schön. Frau Geisen, wenn Medien von Jugendlichen mit Migrationshintergrund berichten, dann zeichnen sie häufig ein trostloses Bild. Sie zeigen Menschen, die gar nicht mehr erreicht werden – weder durch Angebote der Bildung, der Berufsbildung, der Arbeitsmarktförderung noch durch Angebote der Jugendarbeit. Wir haben ja heute Morgen gehört, dass wir die unterschiedliche Erreichbarkeit dieser Bevölkerungsgruppe in den Blick nehmen müssen, denn viele Menschen stehen außerhalb der Gesellschaft. Egal, wie weit man den Arm ausstreckt, man erreicht sie nicht. Gibt dieses Bild aus den Medien ihre Erfahrung wieder? Würden Sie sagen, diese unerreichbaren Migranten gibt es tatsächlich?

Beatrix Geisen

Ja, wenn ich etwas anderes sagen würde, wäre das eine Lüge. Selbstverständlich gibt es diese Gruppe der schwer erreichbaren Jugendlichen. Diese jungen Menschen sind durch alle Raster hindurchgefallen, sie sind frustriert und haben bisher kaum gesellschaftliche Teilhabe erleben dürfen.

Moderatorin

Sie sprechen von schwer erreichbaren Jugendlichen, aber es geht ja einen Schritt weiter. Es geht um die tatsächlich oder angeblich gar nicht mehr Erreichbaren. Die Medien vermitteln den Eindruck, dass diese Gruppe sehr groß ist. Können Sie das bestätigen? Gibt es da einen Kern, an den man nicht herankommt und den Sie auch in Ihrer Funktion kaum erreichen?

Beatrix Geisen

Den gibt es. Ich kann keine statistischen Daten liefern. Aber es ist, zumindest in dem Betreuungsbereich eines ländlichen Flächenkreises, in dem ich tätig bin, ein sehr geringer Prozentsatz. Regional bestehen da jedoch große Unterschiede.

Wir haben die Möglichkeit der aufsuchenden Jugendsozialarbeit. Das ist heute Vormittag klar zum Ausdruck gekommen. Für dieses aufsuchende Moment möchte ich noch einmal

eine Bresche schlagen. Es kann nicht sein, dass wir bei Jugendlichen voraussetzen, dass sie a) um spezifische Unterstützungsangebote wissen und b) es dann auch ohne Unterstützung schaffen, den Weg dahin zu finden. Vielmehr müssen wir auch zu den informellen Treffpunkten dieser Jugendlichen gehen, sie aufsuchen und ihnen unsere Botschaft dort vermitteln. Sie lautet: Ihr seid uns etwas wert. Wir akzeptieren euch hier so, wie ihr seid. Und ganz wichtig: Ihr seid hier willkommen, ihr habt Fähigkeiten und Ressourcen und darauf möchten wir aufbauen.

Moderatorin

Können Sie aus entsprechenden Projekten in Ihrem Bereich berichten? Wie stellen wir uns diese aufsuchende Arbeit vor? Haben Sie, zweite Frage, genügend richtig ausgebildetes Personal? Es ist ja wahrscheinlich je nach Gruppe ein großer relevanter Unterschied, wer dahin geht – egal, wie gut er oder sie das meint.

Beatrix Geisen

Der Zugang ist ja eine Grundvoraussetzung für unsere Einrichtung. Die erste Frage muss lauten: Wie bekommen wir überhaupt einen Zugang zu den Jugendlichen? Wir haben einen präventiven Ansatz. Wir reagieren nicht erst, wenn Jugendliche über die Stränge schlagen, sondern versuchen sie im Vorfeld, ohne dass da Problematiken auftreten, aufzusuchen. Das kann in einem Jugendzentrum sein. Wenn sie sich dort aber überhaupt nicht wohlfühlen, suchen wir informelle Treffpunkte auf. Auch das Elternhaus ist eine Möglichkeit. Es reicht nicht, einen Elternbrief, auch wenn er in der Herkunftssprache geschrieben ist, in den Briefkasten zu werfen. Wir dürfen nicht nur sagen, dass es uns gibt, dass wir ein Angebot bereitstellen. Vielmehr müssen wir aktive Beziehungsarbeit leisten. Dieser direkte Kontakt ist ganz wichtig und nur durch ihn können wir effizient arbeiten. Es ist einfach notwendig, dass wir Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter mit gleichem kulturellen Background haben, die auch die Sprache dieser Jugendlichen sprechen. Da geht es nicht nur um die jugendspezifische Sprache, sondern um die Herkunftssprache. Unsere Mitarbeiter wissen, aus welchen Systemen diese Jugendlichen und ihre Eltern kommen.

Das Schulsystem, um noch einmal darauf zurückzukommen, ist in anderen Ländern ganz anders als bei uns aufgebaut. Ich bringe immer gerne das Beispiel einer Mutter, die, aus Russland eingewandert, mit ihrer Tochter bei mir in der Beratung war. Das Mädchen hatte tolle Zeugnisse, wirklich Supernoten dort in allen Fächern, aber es war in Deutschland auf der Hauptschule angemeldet. Ich fragte nach dem Grund, denn es gab auch keine großen sprachlichen Probleme. Die Mutter sagte: „Aber warum, Frau Geisen, es ist ja die Hauptschule.“ Da wurde mir klar, dass dieses Wort „Haupt-“ einen ganz anderen Sinn für sie hat. Die Hauptschule war wohl die für sie wichtigste Schule in diesem System und da wollte sie natürlich ihre Tochter unterbringen.

Moderatorin

Ich möchte vor dem Hintergrund der migrationsspezifischen Aufgaben auf das Anliegen der Veranstaltung zurückkommen. JUGEND STÄRKEN ist das Dach, der Rahmen, in dem die unterschiedlichen Programme zur Förderung und Unterstützung von benachteiligten Jugendlichen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund stattfinden. Die Arbeit mit diesen beiden großen Zielgruppen ist ja strukturell durchaus verschieden. Gibt es Bereiche,

für die Sie Schnittstellen sehen und sich Kooperationen wünschen? Wo arbeiten verschiedene Instanzen nebeneinander her und wissen vielleicht gar nicht, dass es inhaltliche oder strategische Gemeinsamkeiten gibt? Wie stellen sich diese Fragen für die Jugendmigrationsdienste?

Beatrix Geisen

In meinem Betreuungsbereich sind die Kommunen sehr froh, dass es die Jugendmigrationsdienste gibt. Sicher auch, weil man vielleicht sagen kann: „Das Gebiet ist abgedeckt, da gibt es ja den Jugendmigrationsdienst.“ Ich sehe es als unsere Aufgabe an, im Sinne der Jugendlichen Dinge einzufordern und zu rufen „Schule, Betriebe, Verbände, Unternehmen, macht euch auf den Weg. Jugendamt, macht euch auf den Weg. Es sind eure Jugendlichen aus euren Kommunen.“ Wir können einen entscheidenden Anstoß geben. Dafür ist es wichtig, dass ich im Jugendhilfeausschuss der Stadt sitze. Teilweise werden Berichte erstellt und erst dann denkt man „Ach ja, wir haben die Migranten wieder vergessen. Frau Geisen sitzt ja auch da.“ Es ist ein langer Weg durch die Strukturen. Das geht auch nicht von heute auf morgen, aber es ist wichtig, dass wir uns als Einrichtung Bündnispartner suchen. Alle anderen müssen wach werden und in Netzwerken die Jugend, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, stärken.

Moderatorin

Herr Prof. Rauschenbach, wir haben unter anderem von Herrn Prof. Christe und Herrn Brülle gehört, dass es ein großes Problem mit der Ansprache gibt. Bereits die frühkindliche Förderung spricht vor allen Dingen Mittelschichtfamilien an, und das setzt sich mit den jeweiligen Angeboten fort. Wie kann man das ändern?

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Ich möchte zunächst zurückkommen auf die Jugendlichen, die wir nicht mehr erreichen. Als Mitglied der Autorengruppe des Bildungsberichts, den Herr Prof. Christe vielfältig zitiert hat, finde ich, dass einer der aufregendsten Befunde genau dieses Thema betrifft. Er steht im Bildungsbericht zugegebenermaßen etwas versteckt und wird öffentlich gar nicht zur Kenntnis genommen. Wenn wir die 20- bis 26-Jährigen im Bildungsbericht 2006 daraufhin ansehen, in welcher Lebenslage sie sich befinden, also fragen, ob sie in Ausbildung, im Studium, in Arbeit oder arbeitslos gemeldet sind, ergibt sich ein dramatisches Bild. Es zeigt sich nämlich, dass Migration nicht gleich Migration ist, sondern dass wir über einzelne Migrationsgruppen und über die schwierigen Zusammenhänge von Migration und Sozialstatus reden müssen. Wir können Migrationseliten beobachten, die hoch motiviert sind und auch wunderbar integriert sind. Wir finden aber auch eine Gruppe junger Menschen aus der türkischen Community, bei der sich im Bildungsbericht ein spektakuläres Bild zeigt. In dieser Altersgruppe sind knapp 39 Prozent der türkischen Migranten und insbesondere 48 Prozent der türkischen Migrantinnen aus dem Bildungs- und Erwerbsbereich verschwunden. Sie finden sich weder in der Schule oder Hochschule noch in der beruflichen Bildung und auch nicht im Arbeitsleben. Zum Vergleich: In der Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen beträgt die entsprechende Zahl 23 Prozent und bei der Gesamtgruppe der Migranten beträgt sie ca. 27 Prozent. Dahinter kommen ganz wichtige Fragestellungen zum Vorschein: Wer wird vergessen? Wer fällt eigentlich aus dem System heraus? Um diese Gruppen küm-

mern wir uns bislang viel zu wenig. In Fragen der Erreichbarkeit können wir somit nicht von Migration an sich sprechen, sondern müssen genauer auf die einzelnen Bereiche eingehen.

Und hier komme ich auf Ihre Frage zurück. Das ist in der Tat ein Problem. Ich glaube, wir müssen auch hier etwas grundsätzlicher ansetzen. Wir haben, vielleicht durch PISA ausgelöst, auch in Sachen Migration einen gewissen Schub erlebt, da sich in Deutschland in der Tat eine veränderte Einschätzung, ein veränderter politischer Umgang mit Migrationsfragen zeigt, der dazu führt, dass wir diese Herausforderung deutlich ernster nehmen. Wir denken nicht mehr: „Das lässt sich irgendwie so nebenher bewältigen und Migranten werden sich schon integrieren“. Sondern wir sehen uns stärker in der politischen Verantwortung. Dabei treten viele Systemprobleme zutage. Es fängt an im Kindergarten und in der frühkindlichen Bildung, wo wir schon jene jungen Familien kaum erreichen, die mit ihren Kindern überfordert sind. Dort braucht es eine aufsuchende Familienberatung. Ein Problem ist dabei, dass wir viel zu wenig qualifiziertes Personal haben, das aus dem gleichen Migrationskontext wie die zu beratenden Familien kommt. Ich sehe zurzeit noch überhaupt keine wirklich durchschlagenden Förderprogramme zur entsprechenden Qualifizierung junger Frauen und Männer mit Migrationshintergrund. Diese sollten unterstützt werden, sich als Erzieher oder für andere Berufe im sozialen Bereich ausbilden zu lassen. Solche Initiativen brauchen wir, da die Sprache und der kulturelle Kontext wichtige Anknüpfungspunkte für die Sozialarbeit mit Migrantengruppen sind.

Ein weiterer Aspekt ist der andere Lebenshorizont der Mittelschicht, wie er heute Vormittag diskutiert wurde. Es ist aber trotzdem richtig, dass sich Mittelschichten um andere gesellschaftliche Gruppierungen kümmern. Aus diesem Dilemma kommt man generell nicht heraus. Aber man kann sehr viel lernen, wenn man sich auf andere als die eigenen Lebenshorizonte einlässt. Daran mangelt es immer noch. Wir geben uns bisher zu wenig Mühe, tatsächlich alle Menschen zu integrieren.

Moderatorin

Die Forderung geht ja nicht an die gesamte Mittelschicht, sondern an politisch Verantwortliche, an Administrationen, an Wohlfahrtsverbände und da wäre meine Frage: Ist die Ansprache richtig? Werden die richtigen Codes benutzt? Wird mit richtigen Symbolen gearbeitet?

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Das ist heute Vormittag richtig beschrieben worden. Herr Prof. Cremer hat es ja gesagt. Auf der anderen Seite darf man aber auch nicht verkennen, dass die soziale Arbeit seit 150 Jahren mit diesen Fragen konfrontiert ist. Seit dieser Zeit muss sie versuchen, die Unterschicht, die Marginalisierten, das Prekariat zu erreichen. Und die Hauptschule ist längst durchdrungen von einem sozialpädagogischen Geist. Sie kann es sich gar nicht mehr leisten, einfach nur Unterricht zu machen. Es steckt so viel lebensweltliche Ansprache, auch Gespür für die Alltagsnöte der Schülerinnen und Schüler in dieser Arbeit. Aber das reicht letztendlich nicht, um massive soziale Probleme zu bewältigen.

Herr Prof. Christe hat es gesagt: Man muss natürlich auch die Gesellschaft fragen, ob sie eigentlich die wirklich Schwierigen erreichen will. Will sie die letzten 10 oder 20 Prozent

dieser Gesellschaft tatsächlich fördern und unterstützen? Oder läuft sie mit ihren Instrumenten vielleicht eher Gefahr diejenigen, die sich ein bisschen Mühe geben, mitzunehmen, während diejenigen, die sich gar keine Mühe geben, aus dem Blick geraten? Das ist vermutlich eine Position, die in nicht wenigen Köpfen steckt. Man fördert die sich anstrengenden Aufsteiger – und das ist natürlich auch richtig und wichtig! Wir müssen uns aber genauso um diejenigen kümmern, die versagt haben oder bei denen das System versagt hat. In der Fürsorgetradition muss man auch für diese Gruppe kämpfen und streiten.

Moderatorin

Sie sagen, man könne nicht automatisch davon ausgehen, dass alle das Gleiche meinen und wollen. Auch wenn es natürlich niemand so schonungslos aussprechen würde, der dieser Auffassung ist, gibt es Menschen, die finden „Die können wir vergessen.“

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Es gibt – dies ist heute Vormittag richtig formuliert worden – in dieser Gesellschaft einen Konsens, der etwa so formuliert werden kann: Wenn es gelingt, dass die Eliten auch Eliten bleiben können, dann sind diese auch bereit, die Unterprivilegierten und Benachteiligten mitzunehmen.

Moderatorin

„Pfiifige Formulierung“, sagte eben Herr Brackmann. Herr Brackmann, über die Pfiifigkeit hinaus, ist das nicht, jetzt mal Hand aufs Herz, etwas, das jedenfalls bei der organisierten Wirtschaft, also Arbeitgeberverbänden, immer wieder anklingt? Müssen wir uns auf diejenigen konzentrieren, die wollen? Müssen wir die stärken, die zu uns kommen, die Leistungsbereitschaft zeigen? Wie steht es um diejenigen, die es von vorneherein schwer hatten, so einen Willen und Wunsch zu entwickeln? Der ist ja nicht jeder Natur mitgegeben und den verliert man in bestimmten Lebensumständen einfach auch häufig.

Hans-Jürgen Brackmann

Auch hier trägt Ihr Eindruck, den Sie jetzt wiedergegeben haben, leider nicht. Man hat sich auf diejenigen konzentriert, die man unbedingt mitnehmen wollte und die auch von sich aus mitgenommen werden wollten.

Es gab ja eine Zeit, da war die Wirtschaft in den Schulen verpönt. Auch heute noch ist es nicht an jedem Gymnasium selbstverständlich, dass Wirtschaftsvertreter einen Zugang haben und man gemeinsame Projekte machen kann. Es wird aber immer stärker Normalität, dass sich Schule und Wirtschaft füreinander öffnen. Da gibt es gute Initiativen, wie zum Beispiel die „Wissensfabrik“. Das ist ein Verein mit gut 100 Unternehmen, die Wissen teilen und fördern möchten. Sie mischen sich auch ganz stark in die vorschulische Bildung ein, indem sie Experimentiermöglichkeiten und vieles mehr bieten, sodass Kinder schon ganz früh Begeisterung für die Wirtschaft entdecken können.

Die Wirtschaft hat also auch die vorschulische Erziehung erreicht und ich bin sicher, dass dieser volkswirtschaftliche Gedanke gleichzeitig auch ein humaner und sozialer Gedanke ist. Für die Wirtschaft ist Bildung eigentlich mittlerweile die soziale Frage unserer Zeit.

Das alles wächst langsam. Das sind Prozesse, die nur ganz schwer richtig zu steuern sind, aber wir müssen Begriffe infiltrieren und wahrscheinlich auch Beispiele.

Moderatorin

Herr Dzembritzki, ich möchte den Blick auf die Eltern lenken. Wir setzen oft voraus, dass sie bei ihren Kindern für den Wert und die Bedeutung von Bildung werben. Diese Forderung hören wir immer, wenn es um die Verantwortung oder die Aufgabe von Eltern geht. Da läuft doch etwas schief: Wenn Eltern den Kindern sagen sollen, wie wichtig Bildung ist, wird übersehen, dass die Eltern dazu gar nicht in der Lage sind, weil sie das ja selbst gar nicht erfahren haben. Kann eine Schule wie Ihre eine Rolle als Bindeglied zwischen Bildungseinrichtung und Elternhaus übernehmen? Was tun Sie in dieser Richtung und mit welchem Erfolg?

Aleksander Dzembritzki

Elternarbeit an Schulen ist essenziell. Ohne die Eltern haben wir als Lehrerinnen und Lehrer wenig Chancen, gerade den problematischen Jugendlichen zu helfen. Wir sind in einem Gebiet, in dem ein Quartiersmanagement vor Ort ist. Dies hat sich zu Beginn des Schuljahres 2005/2006 gefragt: Was braucht unser Kiez, um sich von innen heraus verbessern zu können? Es wurde festgestellt, dass die Schulen weder Lehrer noch Sozialarbeiter mit Migrationshintergrund hatten. So hat man einen neuen Berufsstand geschaffen, und zwar den sogenannten interkulturellen Moderator.

Interkulturelle Moderatoren sind Schulsozialarbeiter mit Migrationshintergrund, die aus der Community kommen und die Tradition, aber auch die religiösen Eigenschaften der türkischen oder arabischen Elternhäuser verstehen. Sie sprechen die deutsche sowie die türkische oder arabische Sprache hervorragend. Das ist wichtig, denn an der Rütli-Schule und an vielen anderen Schulen hatten wir ganz häufig Kommunikationsprobleme. Wenn es Probleme mit den Jugendlichen gab, konnten wir das den Eltern einfach gar nicht mitteilen. Wir haben immer die Kinder als Übersetzer eingesetzt. Sie können sich sicher alle vorstellen, wie ein Jugendlicher übersetzt hat, wenn ich ihn gebeten habe, dem Vater zu erklären, dass er sich daneben benommen hat. Da sind wir also lachend auseinandergegangen. Wenn jetzt der interkulturelle Moderator beim Gespräch dabei ist, dann lacht der Jugendliche nicht mehr so. Aber viel wichtiger ist, dass wir uns danach alle die Hand reichen und schauen, wie wir gemeinsam dem Jugendlichen den Weg ebnen können.

Die Zusammenarbeit, die Sie angesprochen haben, betrifft auch unseren Kiez in Nord-Neukölln. Wir haben mit vielen bildungsfernen Familien zu tun, mit und ohne Migrationswurzeln. Gemeinsam mit drei Schulen, sieben Kindertagesstätten und zwei Jugendeinrichtungen haben wir den „Quadratkilometer Bildung“ gegründet. Dieser kümmert sich um ein entsprechendes Förderband von Beginn des Kindergartens bis zum Ende der Berufsausbildung und darüber hinaus. Es geht uns darum, dass kein Kind, kein Jugendlicher verloren gehen darf.

Moderatorin

Was heißt Förderband? Ist das eine individuelle oder eine systematische Idee?

Aleksander Dzembitzki

Es geht um Sprachförderung und ein sinnvolles Ineinandergreifen der verschiedenen Angebote. Wir haben zunächst geschaut, wie und was in den einzelnen Einrichtungen gefördert wird. Wir haben festgestellt, worauf alle Einrichtungen stolz sein können, dass überall qualitativ hochwertige Förderangebote vorhanden waren. Jetzt geht es in unserem Kiez darum, dass der rote Faden aufgenommen wird und dass beim Wechsel der Bildungseinrichtung, nicht, plötzlich mit anderen Systemen gearbeitet wird. Unsere Förderung soll einem roten Faden folgen, vor allem im Bereich der Sprachförderung.

Moderatorin

Und wo ist das aufsuchende Element dabei?

Aleksander Dzembitzki

Das aufsuchende Element ist, dass wir durch die interkulturelle Moderation, die Erzieher, aber auch die Lehrerinnen und Lehrer auf die Familien zugehen. Wir besuchen sie zu Hause. Wir haben bei uns an der Schule einen Infopunkt, an dem Familien Informationen über alles, was sie im administrativen Leben, in der Bürokratie, brauchen, erhalten. Da helfen unsere Sozialarbeiter entsprechend mit. Wir laden ein zum Tee und seit diesem Halbjahr gibt es auch ein Elterncafé. Auch hier sind wir nicht die Erfinder, es gibt andere Schulen, die betreiben Elterncafés und Ähnliches schon viel länger und intensiver.

Wir versuchen, Eltern immer mehr einzuladen, mit uns gemeinsam Schule zu gestalten. Eltern sollen auch sehen können, was ihre Kinder alles leisten, denn was junge Menschen brauchen, ist Wertschätzung.

Moderatorin

Ist dieser Ansatz denn mehrheitlich erfolgreich? Kommen die meisten Eltern und bleiben sie auch dabei?

Aleksander Dzembitzki

Wir sind erfolgreich. Ich muss aber auch dazu sagen, dass es ein langer Tunnel ist, bei dem wir das Licht am Ende sehen. Ich bin mir hundertprozentig sicher, dass dieses Licht kein Zug ist, der auf uns zurast und uns überrollen wird, sondern dass es die Sonne ist, auf die wir zulaufen. Es ist eine sehr intensive Arbeit.

Wir schreiben und übersetzen nicht nur Briefe an die Eltern, wir rufen sie auch an. Zu ganz bestimmten Eltern gehen wir direkt hin, nehmen sie an die Hand und holen sie auch mal in die Schule zu Veranstaltungen, um mit ihnen in einen engen Kontakt zu kommen.

Moderatorin

Sie haben vor allen Dingen von Familien mit Zuwanderungsgeschichte gesprochen. Stellt sich diese Zugangsfrage nicht unabhängig davon?

Aleksander Dzembitzki

Unabhängig von ihrer Herkunft werden alle angerufen und schriftlich eingeladen. Wir bemühen uns bei Hausbesuchen um die Familien mit Migrationshintergrund genauso wie um deutsche Familien.

Moderatorin

Wenn man mit Migrant*innen über ihre Schulzeit in Deutschland spricht, berichten sie oft, dass sie zwar engagierte Lehrer hatten, aber Bindeglieder zwischen der Schule auf der einen und den Eltern, die häufig fremdeln, auf der anderen Seite fehlten. Ist das bei Ihnen ähnlich oder haben Sie solche Bindeglieder?

Aleksander Dzembitzki

Die Bindeglieder sind die Schulsozialarbeiter, über die jede Berliner Hauptschule seit 2006/2007 verfügt.

Moderatorin

Ist da die Versorgung gewährleistet oder haben Sie, wie Herr Brülle aus Wiesbaden berichtet, ein zu schlechtes Betreuungsverhältnis?

Aleksander Dzembitzki

Meist gibt es für 100 Schülerinnen und Schüler einen Schulsozialarbeiter. Gerade in den sozial belasteten Kiezen brauchen wir viel mehr. Ich wünsche mir aber nicht nur Schulsozialarbeiter in Schulen, sondern auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Wirtschaft. Dabei denke ich zum Beispiel an Handwerksmeister, die am Arbeitslehreunterricht mitwirken, damit wir viel früher und intensiver an der Berufsorientierung arbeiten. Ich merke immer, wenn wir uns Menschen aus der Wirtschaft einladen, die beispielsweise über ihre Innung berichten, mit welch großen Augen die Jugendlichen bei der Sache sind, sie hängen den Praktikern förmlich an den Lippen. Letztendlich erzählen sie nichts anderes als die Lehrer, aber wenn jemand im Blaumann oder im weißen Maleranzug spricht, hören die Jugendlichen anders zu. Diese Authentizität müssen wir in den Unterricht integrieren und deshalb braucht es eine interdisziplinäre Ausstattung der Schulen.

Moderatorin

Herr Brackmann, jetzt sind wiederum Sie angesprochen. Wir müssen diese Authentizität, den Blaumann in die Schulen holen. Gibt es denn entsprechende Projekte, die in die Schulen gehen, Unternehmen vorstellen und für eine bestimmte Ausbildung, für einen bestimmten Beruf werben? Wird das genug gemacht? Und damit verknüpft auch die Frage: Welche Standortfaktoren bräuchte die Wirtschaft, um ihre aktive Rolle bei der Integration von benachteiligten Jugendlichen zu erleichtern?

Hans-Jürgen Brackmann

Es passiert mit Sicherheit nicht genug. Die Schul- und Wirtschaftsaktivitäten von sehr unterschiedlichen Organisationen, auch von einzelnen Unternehmen und von Privatpersonen getrieben, spiegeln ja nur wider, was man für richtig und nicht ausreichend gesichert hält.

Es gibt die Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT, bei der wir dabei sind. Sie wird von den Unternehmensverbänden, Arbeitgeberverbänden in 450 Arbeitskreisen landauf, landab organisiert. Da passiert genau das, was Herr Dzembitzki sagt. Da öffnet man Schule, da kommt man hinein oder man geht häufig, das ist noch anschaulicher für Jugendliche, von der Schule aus in Betriebe. Dafür eignet sich nicht jeder Betrieb, das muss man auch sehen. Wenn man grundlegend mehr erreichen will, dann muss man aus meiner Sicht

anders vorgehen. Wir brauchen eine verordnete Berufsorientierung in der Schule und von da aus muss man individuell weitergehen.

Es kann ja nicht sein, das ist ein Dilemma, dass sich 80 Prozent der Jugendlichen in Berlin für nur zehn Ausbildungsberufe bewerben. Das zeigt doch nur, mit was für einem Tunnelblick man bisher unterwegs ist. Die Breite der Möglichkeiten, die vielleicht viel individueller nutzbar ist, wird gar nicht gesehen. Die vielen Ausbildungsabbrüche machen auch noch mal deutlich, dass man sich häufig auf einem Holzweg befindet. Es liegt auch hier am Engagement, man muss sich kümmern.

Verordnung allein reicht nicht. Schulen können sich bei größer werdender Selbstständigkeit und Eigenverantwortung aus meiner Sicht ganz konkrete und überprüfbare Ziele setzen. Sie können sich das Ziel setzen, für jeden Schüler nach Ende der Regelschulzeit zu wissen, was aus ihm wird. Das ist an jedem Einzelfall nachprüfbar – und wo der Weg nicht klar ist, muss mehr getan werden. Bei der schwierigen Klientel muss man individuell nacharbeiten mit einem breiten Set. Unser Projekt, das wir jetzt aufbauen, setzt ja genau an der Nahtstelle an. Der Name erklärt die Zielsetzung: „Unternehmen: Jugend. Zusammenarbeit mit Zukunft.“ Zukunftsperspektiven müssen sein, damit Praxiskontakte Sinn haben. Wir nehmen die Bundesprogramme an Bord und arbeiten mit den Jugendmigrationsdiensten, den Kompetenzagenturen und mit „Schulverweigerung – Die 2. Chance“, um gerade die unterschiedlichen Akteure an einen Tisch zu bringen und dann ganz gezielt mit der Wirtschaft am Ort zu verzahnen. Es ist ein lokales Problem. Man kann es auch nur vor Ort lösen und das greifen wir jetzt auf. Der Netzwerk-Aspekt spielt eine entscheidende Rolle für die Nachhaltigkeit von „Unternehmen: Jugend“.

Moderatorin

Frau Geisen, Sie haben ja wahrscheinlich mit der Schwierigkeit zu tun, dass Menschen mit Migrationshintergrund alle in einen Topf geworfen werden. Jugendliche mit Migrationshintergrund sind im öffentlichen Bewusstsein häufig benachteiligte, schwierige Jugendliche aus armen Verhältnissen. Es gibt ja auch Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte, die nicht aus sozialen Gründen Schwierigkeiten haben, nicht weil ihre Eltern arbeitslos oder arm sind, sondern weil sie erst vor Kurzem gekommen sind und die Sprache nicht so gut sprechen. Haben Sie in Ihrer Arbeit genügend Möglichkeiten zu differenzieren oder existiert ein Stigma, mit dem Sie immer wieder zu kämpfen haben?

Beatrix Geisen

Sowohl als auch. Wir treffen viele Jugendliche, die uns gegenüber auch ganz klar äußern, dass sie an vielen Orten und in vielen Systemen spüren, dass sie, weil sie nicht in Deutschland geboren sind, in eine bestimmte Schublade gesteckt werden. Da sind auch wir als Einrichtung immer wieder gefordert, entsprechend mit den Bündnispartnern zu agieren. In unserem lokalen Netzwerk müssen wir immer wieder klarstellen: Nur weil ein junger Mensch eine Einwanderungsgeschichte hat, darf er nicht per se in die Schublade der Benachteiligten gesteckt werden. Mit adäquaten Fördermöglichkeiten ist er sehr wohl sehr schnell in der Lage, auch entsprechend seinem Intellekt, in eine höhere Schulform eingegliedert zu werden und dort sehr gut mitzuhalten.

Aber es ist aufgrund des leider selektiven Bildungssystems oft so, dass dann andere Schulformen, die mittlere Schulform oder das Gymnasium, eher darauf verweisen, den Jugendlichen an die Hauptschule oder Förderschule zu geben. Dort ist der Anteil von Jugendlichen aus Einwandererfamilien überproportional hoch und das oft aufgrund fehlender Deutschkenntnisse. Die jungen Migranten haben ja sehr wohl Sprachkenntnisse, nur bedarf es da einer wirklich guten und auszubauenden Förderung.

Moderatorin

Danke schön.

Publikumsbeteiligung

Moderatorin

Ich komme noch einmal zur Integration, der Integration von Ihnen. Ich möchte Sie einladen, wenn Sie Fragen an die Teilnehmer des Podiums haben, an der einen oder anderen Stelle widersprechen oder gern auch zustimmen möchten, ein Handzeichen zu geben. Da sehe ich keine Wortmeldung aus dem Publikum, jedoch hier unter den Diskutanten noch reges Interesse und so würde ich das Gespräch unter Ihnen fortsetzen.

Prof. Dr. Georg Cremer

Ich möchte gerne eine Bitte äußern, und zwar in Bezug auf die Frage, wie wir in dem Wettbewerb der Unzuständigkeit weiterkommen. Herr Prof. Rauschenbach, Sie haben quasi das ganz große Rad gedreht und gesagt: „Am besten kommen wir weiter, indem wir unterschiedliche Zuständigkeiten abschaffen.“ Dann bräuchten wir aber eine Bundesjugendbehörde.

Wir haben die gleiche Problematik ja in der Arbeitsmarktpolitik. Dort haben wir durch die Schaffung der Jobcenter eine nicht einfache Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Kommune. Die Föderalismusdebatte können wir führen, aber dabei muss uns völlig klar sein: Wenn wir unsere Lösungsansätze an eine Überwindung des Föderalismus knüpfen, werden wir noch in 30 Jahren diskutieren, weil dieser Föderalismus verfassungsrechtlich abgesichert ist und weil man nicht erwarten kann, dass Landesparlamente sich selbst entmachten. Der Föderalismus wird also bleiben. Also müssen wir doch sehen, wie wir die konkreten Schnittstellen zwischen SGB II und SGB VIII bearbeiten. Wir müssen Zuständigkeiten in der Finanzierung der Schulsozialarbeit klären oder Mischlösungen für die Finanzierung finden. Das wäre ein Reformprojekt für die nächste Legislaturperiode, weil wir eben auch sehen, dass die ökonomischen Interessen der beteiligten Kostenträger im Verschiebepark viele im Prinzip als erfolgreich bekannte Ansätze blockieren.

Moderatorin

Herr Prof. Rauschenbach.

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Sie hatten Herrn Brülle vorhin gefragt, was eine Schule tun kann. Und ich fand die Antwort, die Herr Brülle dazu gegeben hat, sehr interessant. In Wiesbaden agiert nicht die Einzelschule oder eine Einzelperson, sondern es existiert eine kommunale Strategie. Diese geht

über die Schulen und alle Einzelakteure hinaus. Ich finde, Herr Prof. Cremer, über solche Strategien sollten wir verstärkt nachdenken.

Und: Brauchen wir dazu nicht eine, so haben Sie es selbst formuliert, Mischfinanzierung? Schließlich benötigt man auf lokaler Ebene eine Zuständigkeit für die Gesamtbelange. Man muss ja nicht gleich den Föderalismus abschaffen, aber zumindest einen Akteur identifizieren, bei dem die Dinge zusammenlaufen. Dieser Horizont ist uns entglitten. Im Grunde genommen reichen wir – und das ist das Problem der Unzuständigkeit – die Kinder von einem System zum anderen weiter. Herr Brülle und Herr Prof. Christe haben völlig zu Recht gesagt, dass damit der Eindruck entsteht, das sogenannte „Übergangssystem“ werde zu einem eigenen System. Wir haben im Nationalen Bildungsbericht lange mit diesem Begriff gerungen und darüber gestritten. Zunächst favorisierten wir das Wort „Chancenverbesserungssystem“, aber diese Semantik erschien uns dann doch etwas zu optimistisch. Infolgedessen haben wir uns dann auf das etwas neutralere Wort „Übergangssystem“ geeinigt. Aber schon das Teilwort „System“ ist in diesem Zusammenhang schwierig, da es in Wirklichkeit um ein Konglomerat ganz unterschiedlicher, z. T. unverbundener Angebote und Qualifizierungsmaßnahmen geht.

Die Frage bleibt aber bei dieser Thematik dennoch, ob wir nicht wenigstens eine politische Debatte darüber führen sollten, wie wir die unterschiedlichen Akteure im Bereich der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen besser zusammenbringen. Wir sollten also eine organisatorische Einheit vor Ort identifizieren oder kreieren, die gleichzeitig für die unterschiedlichen Dinge zuständig ist.

Ich glaube, das Drama ist in der Tat, was Herr Dzembitzki beschrieben hat: Er muss mit seiner Schule sehen, wo er bleibt, muss die Zusammenarbeit mit den Eltern organisieren und mit der Wirtschaft in Kontakt treten. Herr Brülle hat dazu gesagt: „Wir versuchen, das als Stadt zu managen. Wir versuchen dies als kommunaler Raum, wir versuchen auch die Gelder zu besorgen und, und, und.“ Denn: Das alles kann der einzelne Schulleiter nicht übernehmen. Er hat dafür keine Ressourcen.

Schließlich will ich noch eines deutlich machen, was heute etwas zu kurz gekommen ist: Die Ganztagschule bietet bei den hier verhandelten Themen eine Riesenchance, wenn wir sie vernünftig angehen. Ganztagschule bedeutet nämlich nicht Ganztagsunterricht, sondern bietet neue Lernchancen jenseits des klassischen Unterrichts. Sie kann all das leisten, was Kinder heute brauchen. Sie kann durchlässiger sein, indem sie Eltern, der Wirtschaft und anderen Akteuren neue Beteiligungsmöglichkeiten bietet. Auch die Kinder- und Jugendhilfe kann zu einem viel substanzielleren Partner werden, als es im Moment möglich ist. Heute erweist sich dies als schwierig, weil sich Schule auf fachlichen Unterricht fixiert und darüber hinaus keinen Raum mehr hat.

Moderatorin

Herr Brackmann.

Hans-Jürgen Brackmann

Ich stimme Herrn Prof. Rauschenbach absolut zu. Genau so stelle ich mir das vor. Das scheint mir angesichts der festgefahrenen Föderalismusdebatte im Großen ein Weg zu sein, im

Kleinen, von unten herauf, das Problem zu bearbeiten. Herr Brülle sagte, als ich ihm zurief, „Eigentlich müsste man Wiesbaden klonen.“, es gebe auch andere Beispiele. Wir haben schon viele gute Exempel. Die Medien könnten bei deren Verbreitung übrigens einen guten Part spielen.

Aleksander Dzembitzki

Für mich als Schulleiter ist es wichtig, dass die Weiterfinanzierung möglich ist, wenn Projekte angestoßen werden. In unserem Bezirk haben wir im Augenblick die Diskussion, wie es mit dem Projekt „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ weitergeht. Leider ist nach einem Jahr und drei Monaten die Finanzierung für die Jugendlichen ausgeschöpft. Sie müssen meist zurück in den regulären Unterricht, auch wenn sämtliche „Profis“, also Lehrerinnen und Sozialpädagogen, festgestellt haben, dass die Beschulung in Regelklassen nicht zielführend ist. Tatsächlich mussten wir zwei Jugendliche in Klassen integrieren, um sie dort scheitern zu lassen, damit eine neue Finanzierung, das heißt ein Folgeprojekt, gefunden werden kann. So etwas muss aufhören. Deshalb würde ich mir wünschen, dass sinnvolle Programme wie „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ derart finanziert werden, dass Jugendliche so lange dort bleiben können, wie es für sie nötig ist.

Moderatorin

Frau Geisen, jetzt haben sich drei Männer etwas gewünscht. Nun haben Sie auch einen Wunsch frei.

Beatrix Geisen

Ich kann mich da gern anschließen. Gestern hatte ich kurz Gelegenheit, mir auf der schönen Open-Air-Ausstellung zum 20-jährigen Jahrestag des Mauerfalls ein paar dieser tollen Stellwände anzuschauen. Beeindruckt hat mich vor allem die Resolution des damaligen Ensembles der Staatsoper in Dresden. Dort stand: „Wenn wir die Jugend nicht halten können, verlieren wir unsere Zukunft.“

Ich denke, wenn wir unsere Jugendlichen – unabhängig von Elternhaus, Herkunft und eigenen finanziellen Rahmenbedingungen – nicht adäquat fördern, dann verlieren wir unsere Zukunft. Ich wünsche mir, dass alles daran gesetzt wird, egal aus welchem Bereich. Ich wünsche mir, dass wir einen Schritt vorwärtskommen.

Moderatorin

Herzlichen Dank, Frau Geisen. Es gibt noch so viele Fragen, da wären die: Wie viel Wiesbaden gibt es in Deutschland? Warum haben wir, bis auf wenige löbliche Ausnahmen, immer noch nicht die Ganztagschule? Was ist eigentlich der Grund dafür, dass deren Gegner so ein Beharrungsvermögen und auch so eine Potenz besitzen? Sie schütteln den Kopf, Herr Prof. Rauschenbach.

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

So schlecht sieht es nicht aus. Inzwischen sind etwa 20 Prozent der Schulen Ganztagschulen. Das Problem eines zu langsamen Ausbaus ist hierbei nicht zuletzt ein finanzielles.

Moderatorin

Aber Sie beziehen die offenen Ganztagschulen mit ein. Diese sind nur sehr bedingt als Ganztagschulen zu werten.

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Darüber kann man streiten, da ohnehin nicht überall, wo Ganztagschule draufsteht, auch Ganztagschule drin ist. Dies ist aber nicht primär ein Thema der offenen Ganztagschule. Vielmehr brauchen wir eine generell stärkere konzeptionelle Debatte. Mir ist es in dieser Hinsicht viel zu ruhig im Land. Wir müssen viel mehr darüber streiten, was eine gute Ganztagschule ausmacht: Dabei brauchen wir meines Erachtens beispielsweise nicht mehr Unterricht, sondern mehr Bildung in einem viel weiteren Sinne.

Heute war viel von Sozialkompetenz die Rede. Jugendliche scheitern oft nicht an ihren kognitiven Fähigkeiten, wenn sie nicht in der Lage sind, eine Ausbildung aufzunehmen. Vielmehr fehlt ihnen häufig die Kompetenz, angemessen mit sozialen Situationen umzugehen, lassen also oft Eigenschaften vermissen wie Konfliktfähigkeit, Einfühlungsvermögen oder einfach ein gewisses Maß an Verlässlichkeit. Ganztagschulen können solche und andere Schlüsselkompetenzen vermitteln. Diese Möglichkeiten bergen aussichtsreiche Entwicklungsperspektiven sowie Riesenchancen der heutigen Schule. Darüber sollten wir uns ernsthaft Gedanken machen.

Andererseits muss ich Deutschland auch einmal verteidigen: Wir haben in den letzten Jahren vieles in die Hand genommen. Insofern bin ich optimistischer als vor zehn Jahren. Leider kommt die aktuelle Wirtschaftskrise erschwerend hinzu, um auf diesem guten Weg weiterzukommen. Denn, Herr Prof. Cremer sagte es heute: Es wird wieder Verteilungskämpfe geben.

In den letzten Jahren bestand eine hohe Bereitschaft, tatsächlich etwas in diesem Bereich zu tun. Letztendlich – ich vermute, da können wir hundert Mal mit der Wirtschaft reden – gibt es kein funktionales Erfordernis aufseiten der Wirtschaft, um den Benachteiligten zu helfen. Es ist eine moralische, demokratische Verpflichtung des einzelnen Staatsbürgers auch diejenigen mitzunehmen, die es vielleicht nicht so leicht haben. Damit muss ich die Wirtschaft packen und für diese Themen gewinnen, denn auf der ökonomischen Seite sehe ich auf Dauer keine Chance.

Moderatorin

Herzlichen Dank.

Hans-Jürgen Brackmann

Das ökonomische Element ist das eine, das moralische ist das andere. Ich würde beide zusammenführen und sagen: Nicht entweder so oder so, sondern sowohl als auch.

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Wir müssen aber doch die Empirie zur Kenntnis nehmen. Und die Zahlen, die Herr Prof. Christe vorgelegt hat, zeigen es: In den vergangenen zehn Jahren war das Problem nicht die Ausbildungswilligkeit der jungen Menschen. Es waren schlicht zu wenige Ausbildungsplätze da. Dass sich inzwischen, vor allem in Ostdeutschland, diese Situation wieder langsam ändert, hat mit Demografie zu tun und nicht mit Ausbildungsunwilligkeit. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage verschiebt sich gegenwärtig – zum Glück. Die Jugendlichen befanden sich bisher in einer viel zu schwachen Position. Das heißt nicht, dass junge Men-

schen nichts tun müssen; da gebe ich Herrn Brülle recht. Sie brauchen einen Schulabschluss. Aber wenn es früher in der Macht der Betriebe lag, zu sagen „Wir müssen nicht ausbilden, wir haben genügend Auswahl“, müssen sie sich künftig aufgrund von Nachwuchssorgen wieder verstärkt öffnen.

Aufseiten der Wirtschaft entsteht tatsächlich ein Eigeninteresse an Auszubildenden – insofern haben Sie recht, Herr Brackmann. Aber es war nie im Gesamtinteresse von Betrieben, die moralische Verpflichtung zu übernehmen und auszubilden. Die Unternehmen haben in der Regel gesagt: „Wir brauchen soundso viele Auszubildende, damit unser Laden läuft.“ Und in dieser Hinsicht verschieben sich inzwischen die Relationen etwas. Ich hoffe, dass wir bei dieser Frage eine bessere Balance zwischen Ökonomie und Moral erreichen und Jugendlichen dadurch neue Perspektiven eröffnen.

Moderatorin

Herzlichen Dank, Herr Prof. Rauschenbach, Frau Geisen, Herr Brackmann und Herr Dzembitzki für dieses interessante Gespräch. Ich freue mich, dass es am Schluss auch ein bisschen kontrovers geworden ist. Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit, für Ihr Interesse. Dank an die Veranstalter dafür, dass Sie uns heute die Chance gegeben haben zu zeigen, wie wichtig es ist, diesen vielen einzelnen Ansätzen einen Rahmen zu geben, in dem das alles stattfindet.

Wir haben längst nicht über alles reden können. Wir haben über einige wichtige Dinge nicht gesprochen, über andere Dinge haben wir gesprochen.

Das Internetportal ist ab heute eröffnet. Unter **www.jugend-staerken.de** erfahren Sie alles über die einzelnen Projekte, über die einzelnen Ansätze, aber auch über die Verknüpfungen, die es in der Praxis geben wird, denn Zusammenarbeit und Vernetzung waren heute unsere Stichworte. Ich danke Ihnen sehr herzlich.

Teilnehmerliste

Neue Wege einer zukunftsorientierten Jugendpolitik

Bundeskonferenz am 15. Juni 2009 in Berlin

| | |
|-----------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------|
| Adamczyk, Hardy R. | Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS); Offenbach |
| Albers, Monika | IN VIA Hamburg e. V. |
| Alinski, Carola | Amt für Jugend und Soziales; Wismar |
| Amberger, Martin | Antidiskriminierungsstelle des Bundes; Berlin |
| Aram, Dr. Elisabeth | Projektträger im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V.; Bonn |
| Armuth, Claudia | Jugendmigrationsdienst Minden-Lübbecke |
| Aumüller-Roske, Dr. Ursula | Niedersächsisches Sozialministerium; Hannover |
| Baestlein, Angelika | Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Berlin |
| Baier-Regnery, Thomas | Stadt Kempten (Allgäu) |
| Bartusch, Silke | Soziale Vielfalt e. V.; Cottbus |
| Bauer, Dorothée | GlobalSozial e. V.; Aschaffenburg |
| Baumgärtner, Kerstin | Kreis Offenbach |
| Becker, Silvia | Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration (gfi) gGmbH |
| Becker, Verena | Don-Bosco-Berufsschule; Würzburg |
| Betge, Friederike | Stadt Lauenburg/Elbe |
| Beutnagel, Ulrike | Arbeitsförderungsgesellschaft im Landkreis Kassel (AgiL gGmbH) |
| Birk, Susanne | Jugendwohnen im Kiez – Jugendhilfe gGmbH; Berlin |
| Bischof, Lars | Fortbildungsakademie der Wirtschaft (FAW) gGmbH, Akademie Berlin |
| Bittner, Simone | Stadt Schwedt/Oder |
| Bosch, Fatima | SPRUNGbrett gGmbH; Aachen |
| Botzian, Peter | Caritasverband für das Erzbistum Berlin |
| Brakemeier, Anke | Jugendamt Neukölln; Berlin |
| Bräuer, Ramona | ARGE SGB II Weimar/Apolda |
| Bräunicke, Sabine | Jugendamt Kyffhäuserkreis |
| Brocke, Hartmut | Stiftung Sozialpädagogisches Institut; Berlin |
| Brokmeier, Boris | Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten; Berlin |

| | |
|--------------------------------|--------------------------------------------------------------------|
| Büchel-Tetzlaff, Monica | CJD Göddenstedt |
| Bussey, Alison | Kompetenzagentur Pforzheim |
| Chladek, André | Stadt Osnabrück, FB für Kinder, Jugendliche und Familien |
| Cornelius, Jutta | Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e. V. (CJD Mainz) |
| Corsa, Mike | Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe; Berlin |
| Deckert, Birgit | ARGE Nürnberg Dienstleistungszentrum U25 |
| Dienger, Sandra | Jugend- und Sozialamt Pforzheim |
| Diers, Hansjörg | Bezirksamt Hamburg-Mitte |
| Dietz, Angela | GrünBau GmbH; Dortmund |
| Dimitrov, Stoyan | CJD Heidenau, JMD Pirna |
| Dotterweich, Christine | ESF-Regiestelle Servicestelle Jugendsozialarbeit; Berlin |
| Drewitz, Jochen | Jugendhilfe Essen gGmbH |
| Dusch, Markus | Arbeitsgemeinschaft Lübeck |
| Ebert, Dr. Harald | Don-Bosco-Berufsschule; Würzburg |
| Eckert, Dieter | AWO Bundesverband; Berlin |
| Faehndrich, Michael | BAG Evangelische Jugendsozialarbeit e. V.; Stuttgart |
| Faltermeier, Josef | Deutscher Verein; Berlin |
| Fechner-Barrère, Birgit | BA Tempelhof-Schöneberg Jugendförderung; Berlin |
| Fixmer, Sabine | Stadtjugendring Kempten |
| Fleischmann, Gunter | Jugendwohnen im Kiez – Jugendhilfe gGmbH; Berlin |
| Förster, Dr. Heike | Jugendamt Leipzig |
| Fournier, Katharina | BAG Evangelische Jugendsozialarbeit e. V.; Berlin |
| Fredenhagen, Sophie | Bezirksamt Harburg, Fachamt Jugend und Familienhilfe; Hamburg |
| Freese, Jörg | Deutscher Landkreistag; Berlin |
| Göggel, Kathrin | Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Bonn |
| Graf, Barbara | Internationaler Bund e. V., Zentrale Geschäftsführung |
| Grahn, Wolfram | Berufsausbildungs- und Qualifizierungsagentur Lübeck GmbH (BQL) |
| Grau, Karin | Kompetenzagentur Rems-Murr-Kreis |
| Grünke, Ramona | Stadt Schwedt/Oder |
| Haddad, Michael | Diakonisches Werk Tempelhof-Schöneberg; Berlin |
| Hahn, Christian | Deutsche Kinder- und Jugendstiftung gemeinnützige GmbH; Berlin |
| Hagemann, Rebekka | BAG Evang. Jugendsozialarbeit e. V.; Stuttgart |
| Hähnlein, Andrea | Landkreis Elbe-Elster; Herzberg |
| Hampel, Christian | LAG Kath. Jugendsozialarbeit NRW; Köln |
| Hartmann, Thomas | Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Berlin |
| Hauck, Hermine | Wirtschaftsreferat; Stadt Fürth |
| Hebes, Marina | Stadtverwaltung Wittenberge |
| Helbig, Ilona | Große Kreisstadt Freital |
| Hermann, Jürgen | BAG Ev. Jugendsozialarbeit; Bonn |
| Hermeler, Viktor | Gemeinde Belm |
| Herold, Simone | Jugendamt Stadt Nürnberg |
| Herzog, Dr. Joachim | Berufsbildungszentrum Bautzen |

| | |
|-------------------------------|------------------------------------------------------------------|
| Hiesserich, Hans-Georg | Otto Benecke Stiftung e. V.; Bonn |
| Hoffmann, Jana | Aus- und Fortbildungszentrum Schifffahrt und Hafen GmbH; Rostock |
| Hofmann, Tina | Paritätischer Gesamtverband e. V.; Berlin |
| Holzhofer, Michael | GbF Schweinfurt |
| Hopster, Kirsten | AWO Kreisverband Bielefeld e. V. |
| Hübner, Sven | Pestalozzi-Stiftung; Celle |
| Jahn, Petra | ARGE Stollberg |
| Jahnke, Kathrin | VSP-Coaching der Kompetenzagenturen in M-V; Schwerin |
| Janev, Ludmil | Innere Mission München e. V. |
| Jyß, Josefine | Stiftung SPI; Berlin |
| Kaiser, Ulrich | Stadt Celle |
| Kammerer, Bernd | Jugendamt; Stadt Nürnberg |
| Kandzia, Andreas | Kompetenzagentur Treptow-Köpenick; Berlin |
| Karmaeva, Tatiana | Deutscher Bundestag; Berlin |
| Kiel, Roger | Jugendamt 51/4 Jugendberufshilfe; Stadt Dortmund |
| Kiolbassa, Dr. Joerg | EvaMigrA e. V., Hamburg |
| Kipsch, Simone | WEQUA GmbH Lauchhammer |
| Kirschbaum, Günter | Sozialwerk Dürener Christen |
| Klave, Irina | Servicestelle Stärken vor Ort/Büro Stiftung SPI; Berlin |
| Klempin, Axel | Stadt Salzgitter |
| Kloke, Sandra | IN VIA Hamburg e. V. |
| Koch, Andreas | GrünBau GmbH; Dortmund |
| Kopp, Günter | Jugendamt der Stadt Offenbach |
| Korthaus, Ulrike | Wabe mbh, Abteilung Werkhof Witten |
| Kortmeyer-Pohl, Ingrid | Bundesagentur für Arbeit; Nürnberg |
| Krafft, Doris | CJD; Waren |
| Kraft, Melanie | BA-Neukölln; Berlin |
| Krause, Reinhard | Landkreis Cuxhaven |
| Kredler, Ute | CJD JMD; Sulbach-Rosenberg |
| Kretschmer, Susanne | BBJ Servis gGmbH; Potsdam |
| Kriebel, Elvira | PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin |
| Krüger, Edeltraud | Sozialagentur Ostvorpommern; Greifswald |
| Kruse, Kerstin | ESF-Regiestelle, Servicestelle Jugendsozialarbeit; Berlin |
| Kühn, Simone | Landkreis Potsdam-Mittelmark; Belzig |
| Küppers, Jutta | Stadtjugendamt Jugendarbeit; Fürth |
| Lamm, Holger | vhs Rheingau-Taunus; Taunusstein |
| Landgraf, Katharina | Deutscher Bundestag; Berlin |
| Lange, Rolf | Büro Kai Gehring MdB; Berlin |
| Laubach, Herrmann | BAG Kath. Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V.; Düsseldorf |
| Ledwig-Biehl, Stefania | WIAF gGmbH; St. Wendel |
| Lehmann, Simone | Lokale Koordinierungsstelle; Freital |
| Lehmann, Dieter | Amt für Soziales; Schwäbisch Gmünd |
| Leibold, Gabriele | IN VIA Kath. MSA Landesverband Bayern e. V.; München |
| Lohde, Ute | GrünBau GmbH; Dortmund |

| | |
|----------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------|
| Lorenz, Angela | Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit; Erfurt |
| Lorenz, Andreas | BAG Kath. Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V.; Düsseldorf |
| Lubitz, Beate | Jugendamt Tempelhof-Schöneberg v. Berlin, Schöneberg Nord |
| Mannweiler, Reinhold | Stadtverwaltung Kaiserslautern, Referat Jugend und Sport |
| Mathieu, Ursula | Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Berlin |
| Maur, Dagmar | Otto Benecke Stiftung e. V.; Bonn |
| Mecklenburg, Roland | Landesjugendring NRW; Düsseldorf |
| Miersch, Paloma | Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Berlin |
| Moch, Friedrich | Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung; Berlin |
| Moser, Caroline | Stadt Kaufbeuren |
| Motzkau, Elke | Bildungswerk Niedersächsischer Volkshochschulen; Rotenburg/Wümme |
| Munk, Peter | Bundesministerium für Bildung und Forschung; Bonn |
| Näpflein, Heidi | Handwerkskammer Lübeck |
| Neander, Irina | Bezirk Neukölln; Berlin |
| Nehring, Uwe | Hansestadt Lüneburg |
| Neuber, Ronny | Servicestelle Stärken vor Ort/Büro Stiftung SPI; Berlin |
| Neumann, Herbert | JMD – Diakonisches Werk; Rotenburg |
| Nißen, Annette | JobA GmbH; Bad Segeberg |
| Noack, Marcel | INT GmbH Dresden |
| Nordhues, Christian | LWL Heilpädagogisches Kinderheim Hamm |
| Oestreich, Ottmar | ESF-Regiestelle/Servicestelle Jugendsozialarbeit; Berlin |
| Opitz, Katharina | Bundesagentur für Arbeit; Nürnberg |
| Paar, Marion | IN VIA Deutschland e.V.; Freiburg |
| Pastoor, Bernd | BAG ÖRT/Theodor-Brauer-Haus Berufsbildungszentrum Kleve |
| Perrmann, Jörg | Burgenlandkreis; Naumburg |
| Pietrasik, Julia | Stiftung – SPI; Berlin |
| Pingel, Andrea | Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit; Berlin |
| Preuß, Dr. B. G. Wolfgang | Landratsamt Altenburger Land; Altenburg |
| Preußner, Peter | CJD Insel Usedom; Zinnowitz |
| Pudelko, Dr. Thomas | Der PARITÄTISCHE Gesamtverband; Berlin |
| Radig, Sybill | Plan L; Leipzig |
| Raschpichler, Dr. Gerd | Stadt Dessau-Roßlau |
| Reichwald, Solveig | Jugendmigrationsdienst Niederlausitz, Diakonisches Werk NL e. V.; Cottbus |
| Reinhardt, Marion | Internationaler Bund; Frankfurt |
| Riermeier, Alfred | Stadt Kaufbeuren |
| Ringbeck, Dr. Anna | Stadt Münster |
| Rockhoff, Wiebke | Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V. (DWBO); Berlin |

| | |
|-----------------------------------|--------------------------------------------------------------------------|
| Röding, Anja | Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Berlin |
| Rogge, Dr. Philipp | Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Berlin |
| Rother, Pia | Deutsches Jugendinstitut e. V.; München |
| Rump-Kahl, Uwe | DRK-TFIS gGmbH; Wolfenbüttel |
| Saballus, Nicole | CJD Eutin |
| Sahr, Jochen | Stadt Fürth |
| Salzmann, Peter | Sächsisches Sozialministerium; Dresden |
| Schäfer, Martin | Katholische Jugendwerke Rhein-Berg e. V.; Bergisch Gladbach |
| Schankath, Vera | Stiftung der Deutschen Wirtschaft; Berlin |
| Schätz, Rainer | BilSE Institut; Güstrow |
| Schaukelberger, Gerd | Jugendagentur Heidelberg eG |
| Schick, Sabine | Jugendwerk Rolandmühle gGmbH; Burg |
| Schild, Hanjo | Europarat; Berlin |
| Schindler, Brigitte | BAG Kath. Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V.; Berlin |
| Schirmer, Uta | BA Marzahn-Hellersdorf, Jugendamt; Berlin |
| Schlegtendal, Bettina | ZDH; Berlin |
| Schmidt, Franziska | DRK Generalsekretariat; Berlin |
| Schmidt, Stephan | DLZ/Arge Görlitz |
| Schmiedel, Ina | AWO Erzgebirge gGmbH, Jugendmigrationsdienst Aue |
| Schmitz, Jürgen | Jugendamt der Stadt Essen |
| Schrader-Bendfeldt, Jürgen | Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Hannover e. V. |
| Schobes, Frank | Stadt Offenbach, Amt für Arbeitsförderung |
| Schreinert, Lothar | Arge Nürnberg |
| Schroer, Inka | Kommunales Job Center Hamm |
| Schütte, Ernst | WaBeQ; Bremen |
| Schulte Beckhausen, Sabine | Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Berlin |
| Schwamborn, Christoph | ESF Regiestelle; Berlin |
| Schwanecke, Ulrich | Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.; Berlin |
| Schweitzer, Hans-Jörg | Stadtverwaltung Kaiserslautern, Referat Jugend und Sport; Kaiserslautern |
| Seidel, Giesa | Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.; Berlin |
| Skrobanek, Dr. Jan | Deutsches Jugendinstitut |
| Skutta, Dr. phil. Sabine | Deutsches Rotes Kreuz Generalsekretariat; Berlin |
| Soltwedel, Heike | Landratsamt Bautzen, Amt für Arbeit und Soziales; Bautzen |
| Sommer, Dr. Jörn | InterVal GmbH; Berlin |
| Sommer-Schmidt, Marion | Innovationen in der Bildung e. V.; Berlin |
| Somschor, Anke | Landkreis Ostprignitz-Ruppin; Neuruppin |
| Spötter, Elvira | Landesarbeitsgemeinschaft Kath. Jugendsozialarbeit NRW; Köln |
| Sprengelmeyer, Thomas | Stadt Emden |

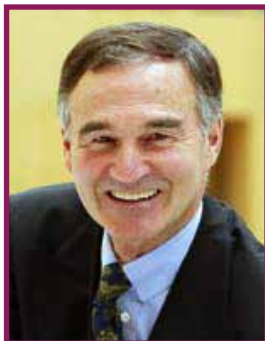
| | |
|----------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Staeps, Maren | Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein; Kiel |
| Starsy, Birgit | Grone Bildungszentrum f. Gastronomie und Ernährung GmbH gem.; Hamburg |
| Steinecke, Dieter | Deutscher Bundestag; Berlin |
| Steinger, Susanne | MaßArbeit kAÖR; Osnabrück |
| Stermann, Martin | Jugendwerkstatt Porz; Köln |
| Stieglbauer, Peter | Stadt Karlsruhe, Sozial- und Jugendbehörde |
| Szagan, Heike | Sozialwerk Saar-Mosel e. V.; Merzig |
| Terborg, Heiner | Otto Benecke Stiftung e. V. (OBS); Bonn |
| Terton, Anett | Thüringer Kultusministerium; Erfurt |
| Thate, Evelyn | Bundesagentur für Arbeit; Nürnberg |
| Theissen, Dr. Tanja | CJD Garz |
| Thiele, Joachim | dobeq GmbH; Dortmund |
| Thimm, Karlheinz | Ev. Fachhochschule Berlin |
| Tönnissen, Frank | Projektträger im DLR; Bonn |
| Torrejón, José | Kath. Jugendsozialarbeit Region Nord; Hannover |
| Träger, Marion | CJD Waren (Müritz) |
| van der Helm, Stefan | Caritasverband Rheine e. V. |
| Vöcking, Suzanne | Bildungszentrum Saalfeld GmbH; Unterwellenborn |
| Völker, Wilfried | Bildungswerk der Sächsischen Wirtschaft gGmbH; Zwickau |
| von Spee, Meinolf | Don Bosco International; Brüssel |
| von Woedtke, Frank | CVJM Lebensraum e. V.; Ebersbach/Sa. |
| Voss, Thorsten | GFBM e. V./Kompetenzagentur Friedrichshain-Kreuzberg; Berlin |
| Wagner, Susanne | Servicestelle Stärken vor Ort/Büro Stiftung SPI; Berlin |
| Wehler-Schöck, Anja | Friedrich-Ebert-Stiftung; Berlin |
| Weissgärber, Walter | BAG Evangelische Jugendsozialarbeit; Stuttgart |
| Welp, Matthias | Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft; Oldenburg |
| Wendt, Dr. Peter-Ulrich | Stadt Salzgitter |
| Wiebach, Carmen | ARGE SGB II Halle GmbH |
| Wienholz, Uwe | Wienholz-Consult; Berlin |
| Wienker, Thomas | Kolping Jugendmigrationsdienst Emsland; Salzbergen |
| Wiesner, Annelies | CJD Eutin |
| Wildt, Gretel | Diakonisches Werk der EKD; Berlin |
| Wilhelm, Peter | Landkreis Merzig-Wadern; Merzig |
| Winter, Joachim | Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS) GmbH; Offenbach am Main |
| Winter, Rüdiger | Arbeit und Leben Hamburg e. V. |
| Wippich, Kerstin | QUADRIGA GmbH; Berlin |
| Wisser, Ulrike | BBJ Servis gGmbH, Brüssel |
| Wolf, Michaela | Bildungswerk der Sächsischen Wirtschaft gGmbH; Dresden |
| Worbach, Lars-Uwe | gfi gGmbH; Bamberg |
| Wüllenweber-Tobias, Linde | Kompetenzagentur Bonn |

| | |
|-------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------|
| Würfel, Walter | Internationaler Bund – IB; Frankfurt am Main |
| Zapf, Hubert | Stadt Kronach |
| Zentner, Erhard | Magistrat der Stadt Marburg |
| Zieske, Andreas | Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit; Berlin |
| Zifle, Heike | Stadt Prenzlau |
| Zugehör, Torsten | Lutherstadt Wittenberg |
| Zwirtz, Holger | IB KompAg; Frankfurt (Oder) |

Referentinnen und Referenten

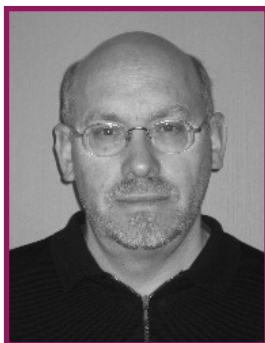
Neue Wege einer zukunftsorientierten Jugendpolitik

Bundeskonzferenz am 15. Juni 2009 in Berlin



Hans-Jürgen Brackmann

Geboren 1942. Jurastudium in Berlin, Kiel und Göttingen. Postgraduiertenstudium an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer. 1977 bis 1986 Sekretariat der Kultusministerkonferenz, zuletzt Leiter der Abteilung „Hochschule, Wissenschaft, Kunst und Erwachsenenbildung“. Seit 1987 Leiter der Abteilung Bildungs- und Jugendpolitik sowie Geschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Seit 1994 Geschäftsführer der Foundation for International Business Administration Accreditation (FIBAA). Seit 1994 geschäftsführendes Vorstandsmitglied in der Stiftung der Deutschen Wirtschaft, seit 2001 zudem Generalsekretär.



Heiner Brülle

Diplom-Soziologe, Abteilungsleiter für Grundsatz und Planung im Amt für Soziale Arbeit in Wiesbaden, verantwortlich für den konzeptionellen Aufbau kommunaler Bildungs-, Berufsbildungs- und Beschäftigungsangebote für Benachteiligte. Tätigkeit als freiberuflicher Berater und Forscher in den Bereichen Sozialberichterstattung, beschäftigungsorientiertes Fallmanagement, kommunale Bildungslandschaften und Übergangsmanagement Schule – Beruf.



Prof. Dr. Gerhard Christe

Geboren 1946. Studium der Soziologie, Psychologie, Philosophie, Politikwissenschaft, Volkswirtschaft und Pädagogik in Tübingen und Frankfurt/Main. 1979 Promotion. 1983 bis 1986 wissenschaftlicher Angestellter am Seminar für Soziologie, Politikwissenschaft und Didaktik der Geschichte der Universität Göttingen. 1986 bis 1992 Dozent in der Erwachsenenbildung, Pflegeausbildung und Fortbildung sozialpädagogischer Fachkräfte. Seit 1992 Direktor des Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (IAJ) Oldenburg. Habilitation 2005. Seit 2008 Professor für Erziehungswissenschaft/Berufsbildung an der Universität Hamburg.



Prof. Dr. Georg Cremer

Geboren 1952 in Aachen. Studium der Volkswirtschaftslehre und Erziehungswissenschaften in Freiburg im Breisgau. Promotion in Volkswirtschaftslehre, anschließend Leiter eines Entwicklungsprojekts in Indonesien. Tätigkeit bei Caritas International, dem Hilfswerk der Deutschen Caritas. Dort u. a. zuständig für Katastrophenhilfe in Asien und soziale Programme in Osteuropa. 1992 Habilitation in Volkswirtschaftslehre in Freiburg. Außerplanmäßiger Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg, lehrt u. a. zu Ökonomik und Politik sozialer Dienstleistungen. Seit 2000 Generalsekretär und Vorstand Sozial- und Fachpolitik des Deutschen Caritasverbandes.



Dr. Warnfried Dettling

Geboren 1943 in Kuppenheim/Baden. 1962 bis 1967 Studium der Politikwissenschaft und Soziologie, Klassischen Philologie und Philosophie in Würzburg, Freiburg im Breisgau und London (London School of Economics and Political Science). 1973 bis 1983 Leiter der Planungsgruppe, später auch der Hauptabteilung Politik in der CDU-Bundesgeschäftsstelle. 1983 bis 1991 Ministerialdirektor im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. Seit 1991 freier Publizist und Autor für Tages- und Wochenzeitungen sowie Fernseh- und Radiosender in Berlin und im Waldviertel (Niederösterreich).



Aleksander Dzembitzki

Geboren am 30. April 1968 in Berlin, verheiratet, zwei Kinder. Lehramtsstudium Sport und Grundschulpädagogik an der Freien Universität Berlin. Lehrauftrag an der FU Berlin von 1996 bis 2000. Seit 1993 zahlreiche Funktionen als Übungsleiter und Vorstandstätigkeiten in Sportvereinen und -verbänden. 2001 Erstes Staatsexamen, 2003 Zweites Staatsexamen. 2004 bis 2006 Lehrer an der Grund- und Hauptschule Kücknitz (Schleswig-Holstein). Seit 2006 Schulleiter der Rütli-Schule in Berlin-Neukölln. Seit 2008 Mitglied der kooperativen Schulleitung auf dem Campus Rütli – Gründung der Gemeinschaftsschule auf dem Campus Rütli.



Beatrix Geisen

Geboren 1962. Studium der Pädagogik an der Universität Köln. Zusatzqualifikationen Case Management und Interkulturelles Training. Von 1989 bis 1993 Eingliederungsberaterin beim Jugendmigrationsdienst im Kreis Soest (Träger: Arbeiterwohlfahrt Unterbezirk Hochsauerland/Soest). Seit 1993 Leiterin des Jugendmigrationsdienstes im Kreis Soest.



Dr. Hermann Kues

Geboren 1949 in Holthausen, Landkreis Emsland, verheiratet, drei Kinder. Diplomvolkswirt, Promotion zum Dr. rer. pol. Stellvertreter der Vorsitzender der CDU in Niedersachsen und Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Osnabrück-Emsland. Seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis Mittelems. 1998 bis 2000 Stellvertreter des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. 2002 bis 2005 Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Niedersachsen. Seit 2005 parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin

für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.



Dr. Martin Neubauer

Geboren 1962 in Köln. 1982 bis 1988 Studium der Rechtswissenschaften und anschließend bis 1991 Referendarzeit in Köln. Seit 1992 im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 1994 bis 1998 persönlicher Referent des Staatssekretärs und Leiter des Ministerbüros. 2000 bis 2007 Leitung des Personalreferats. Ab 2007 Leiter des Referats Chancengerechtigkeit, Integration.



Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Seit 1989 Professor für Sozialpädagogik an der Technischen Universität Dortmund. Seit 2002 Vorstandsvorsitzender und Direktor des Deutschen Jugendinstituts e. V. Arbeitsschwerpunkte: Bildung im Kindes- und Jugendalter, Jugendarbeit, soziale Berufe in Ausbildung und Arbeitsmarkt, Ehrenamt, Freiwilligendienste, Zivildienst, Dritter Sektor, Wohlfahrts- und Jugendverbände. Leiter des Forschungsverbundes DJI/TU Dortmund und der „Dortmunder Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendhilfestatistik“. Redakteur und Herausgeber zahlreicher Fachzeitschriften, u. a. der Buchreihen „Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfeforschung“ und „Praxis der Jugendhilfe“.



Ingelore Rosenkötter

Geboren am 24. Juli 1953 in Bremen. 1969 bis 1972 Ausbildung zur Bankkauffrau. 1972 bis 1979 Tätigkeit bei der Commerzbank in Bremen. 1979 bis 1989 Führung des elterlichen Betriebes. 1989 bis 1998 Betreuung von Kindern und Jugendlichen aus Aussiedlerfamilien beim Deutschen Roten Kreuz (DRK). 1998 bis 2000 Leiterin des Bereichs Gesundheitsförderung und von 2000 bis 2006 Geschäftsführerin des DRK-Landesverbandes Bremen. 2004 bis 2006 Vorsitzende der Ständigen Konferenz der Landessportbünde. Seit 2006

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales der Freien Hansestadt Bremen.



Holger Schwannecke

Geboren 1961 in Helmstedt, verheiratet, zwei Kinder. Nach Jurastudium und Referendariat Tätigkeit als Rechtsanwalt. 1992 bis 2004 Mitarbeiter des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), seit 1995 Leiter der dortigen Rechtsabteilung. Seit 2004 Geschäftsführer des Unternehmerverbandes Deutsches Handwerk (UDH) und des ZDH in Berlin, verantwortlich für Arbeitsmarkt-, Sozial- und Tarifpolitik. 2009 zum Generalsekretär des ZDH gewählt; Amtsantritt 2010.



Prof. Dr. Ludger Wößmann

Geboren 1973. Studium der Volkswirtschaftslehre in Marburg, Canterbury und Kiel. 1999 bis 2003 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Weltwirtschaft in Kiel. 2001 Promotion zum Thema „Schooling and the Quality of Human Capital“. Seit 2004 Leiter des Bereichs Humankapital und Innovation am ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München. 2006 Habilitation. Seit 2006 Inhaber des Lehrstuhls für Bildungsökonomie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Mitglied in zahlreichen wissenschaftlichen Kommissionen und Beratungsgremien. Forschungsarbeiten zu Fragen der Bildungs-, Wachstums- und Innovationsökonomik sowie der Wirtschaftsgeschichte.

Moderatorin



Foto: Murat Türemis, WDR

Ferdos Forudastan

Geboren 1960. Aufgewachsen in Deutschland, der Schweiz und Iran. Studium der Rechtswissenschaften und der Politischen Wissenschaften in Freiburg im Breisgau. Freie journalistische Tätigkeit für die Badische Zeitung. Nach dem juristischen Staatsexamen 1989 erst Bonner Korrespondentin der taz, dann der Frankfurter Rundschau. Seit 1999 freie Autorin und Moderatorin u. a. bei Deutschlandfunk und WDR, Moderatorin bei Kongressen und Tagungen zu politischen und gesellschaftspolitischen Themen, Dozentin für Journalistik an der Akademie für Publizistik in Hamburg und der Universität Dortmund, Mitautorin von Büchern über junge Menschen aus Zuwandererfamilien.



Dieses PDF ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
es wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
11018 Berlin
www.bmfsfj.de

Stand: September 2009

Gestaltung: www.avitamin.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 0 18 01/90 70 50*
Fax: 0 30 18/5 55 44 00
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr
E-Mail: info@bmfsfj-service.bund.de

* nur Anrufe aus dem Festnetz,
3,9 Cent pro angefangene Minute